Rockwell Golde: Sieg nach 5 Tagen Streik Seite 5 1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 17 vom 30. April 1982 16. Jahrgang 1 DM



Einst Judenhaß — heute Ausländererlaß!

In den richtigen Zusammenhang wurden die Bestrebungen der für den 29. April angesetzten Innenministerkonferenz gestellt, die nach Bundesländern unterschiedlichen Ausländererlasse zu einem bundesweit gültigen reaktionären Machwerk zu vereinheitlichen. Dies geschah auf einer Demonstration, die am 24.4. in München stattfand. Die KPD unterstützte diese von verschiedenen Initiativen organisierte Aktion nach Kräften. Die Demonstranten forderten die Rücknahme der Ausländererlasse und traten der ausländerfeindlichen Hetze entgegen. „Die Bosse können uns nicht spalten, wenn wir fest zusammenhalten!" lautete eine der Parolen. Im Mittelpunkt der Kritik stand auch der CSU-Sozialreferent Hans Stützle, ein Rassist, der kürzlich ein Pamphlet gegen die „Selbstausrottung der Weißen" verfaßte. Die Aktion wird dem Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit in München neuen Auftrieb geben.

1. Mai 1982

Gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung

Die Reichen sollen die Krise bezahlen!

Wenn am diesjährigen 1. Mai die Werktätigen in der Bundesrepublik auf die Straße gehen, um für ihre Forderungen zu demonstrieren, dann geschieht das unter Bedingungen, die sich deutlich von denen des Vorjahres unterscheiden. Um die Zwei-Millionen-Marke pendelt inzwischen selbst die offiziell angegebene Zahl der Arbeitslosen.

Die sogenannte „Operation '82", das Sparprogramm der Bundesregierung, hat tief in das früher so sehr gerühmte soziale Netz eingeschnitten und neue Belastungen für alle Schichten der arbeitenden Bevölkerung mit sich gebracht. Die Tarifabschlüsse der letzten Monate, die weit hinter der Teuerungsrate zurückliegen, bedeuten erneut einen drastischen Abbau des Reallohns.

Das alles hat sich längst ausgewachsen zu einem regelrechten Generalangriff auf den Lebensstandard, auf den sozialen Besitzstand der Werktätigen. Sie allein sollen alle Folgen der kapitalistischen Krise tragen. Und schon planen die Unternehmer neue Rationalisierungsfeldzüge und damit die weitere massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen. Dagegen muß überall ein entschlossener Kampf organisiert werden.

Die Gewerkschaftsbewegung muß sich insgesamt gegen den Generalangriff der Kapitalisten und ihres Staates mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen. Es darf nicht hingenommen werden, daß ausgerechnet die Verantwortlichen für immer neue Massenentlassungen, die Unternehmer, mit Subventions- und Steuergeschenken aus den Staatskassen gepäppelt werden; daß sie in der Krise immer reicher werden, während man uns ständig neue Lasten aufbürdet.

Deshalb drastische Anhebung der Besteuerung der Profite von Konzernen und Banken! Schluß mit den staatlichen Subventionen, solange sie nicht rechtsverbindlich an die Schaffung bzw. den Erhalt von Arbeitsplätzen gebunden sind! Steuererhöhungen für die Reichen!

Gerade am 1. Mai muß sich die Gewerkschaftsbewegung auch in aller Klarheit für eine Senkung der Rüstungsausgaben einsetzen. Denn diese Ausgaben, die den Rüstungskonzernen Milliardenprofite bringen, sind nicht nur Investitionen für einen kommenden Krieg. Sie bedeuten auch eine gigantische Vergeudung gesellschaftlichen Reichtums: Rüstungswahnsinn und Sozialabbau — das sind zwei Seiten einer Medaille. Deshalb: Kürzung der Rüstungsausgaben um mindestens 20 Prozent!

All diese Forderungen lassen sich aber nicht durchsetzen mit dem von der Gewerkschaftsführung verfochtenen Kurs der Sozialpartnerschaft. Um hier eine Wende in unserem Interesse herbeizuführen, ist eine klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik nötig, die sich nicht mehr auf ein Stillhalten gegenüber den Angriffen des Kapitals beschränkt, sondern das gewaltige Kampfpotential der Gewerkschaften für die Durchsetzung unserer Forderungen mobilisiert. Und ganz obenan müssen dabei die kompromißlose Verteidigung der Arbeitsplätze, der Kampf für die 35-Stunden-Woche und der Kampf für die Rechte der Arbeitslosen stehen.

Verbrechen in Heilbronn

Volksfront-Mitglied entführt

„Hört mit Eurer Kampagne gegen Ausländerfeindlichkeit auf, sonst..."

HEILBRONN. — Mina Hölzel aus Heilbronn, Mitglied des Landesvorstandes Baden-Württemberg der *Volksfront* gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, wurde vor einigen Tagen auf der Straße in ein Auto gebracht und verschleppt. Stunden danach, vollgepumpt mit Schlaftabletten, kam sie nach Hause zurück.

Was hier auf den ersten Blick klingen mag wie der Beginn eines Krimis, ist nackte Tatsache. Mina Hölzel hatte schon vorher Drohbriefe und Anrufe erhalten, der letzte mit der Ankündigung, man werde sie jetzt holen.

In einem — offensichtlich unbewohnten — Haus auf dem Lande wurde sie von ihren Entführern befragt, welche türkischen Bürger Mitglied der *Volksfront* seien. Es wurde von ihr verlangt, ihren Einfluß geltend zu machen, damit ihre Organisation ihren Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit einstelle, sonst würde man sich an ihren Kindern schadlos halten.

Die Entführer waren Deutsche und Türken, die Drohbriefe zuvor teilweise mit Hakenkreuzen versehen. Während der Befragung wurden Mina Hölzel Zigarettenkippen auf dem Fuß ausgedrückt. Von Kleidung und Benehmen der türkischen Entführer her wäre es auch möglich, daß sie dem Geheimdienst angehören — politisch denkbar ist es ohnehin.

Die Polizei, die sich offiziell des Falles angenommen hat, hat bisher weder eine öffentliche Fahndung begonnen noch den versprochenen Personenschutz geleistet, obwohl Mina Hölzel zahlreiche Angaben machen konnte. (Wir werden im nächsten RM einen ausführlichen Bericht bringen.) Die Forderung nach tatkräftiger Aufklärung dieses Verbrechens ist erhoben, ein entschiedenes Vorgehen gegen die Nazi-Gruppen steht auf der Tagesordnung.

Kundgebung gegen NPD-Parteitag

Ausgerechnet am 2. Mai — dem Tag, an dem 1933 die Hitler-Faschisten mit dem Überfall auf die Gewerkschaftshäuser die Zerschlagung der deutschen Gewerkschaftsbewegung einleiteten — will die faschistische NPD ihren Landesparteitag in der Ruhrstadt Witten durchführen.

Der Versammlungsort, der städtische Saalbau, war ihr zwar von der Stadt Witten verweigert worden. Das Verwaltungsgericht Arnsberg jedoch stellte sich hinter die Nazis und ordnete an, daß ihnen der Saalbau zur Verfügung gestellt wird.

Der DGB in Witten hat auf diese Provokation mit dem Aufruf zu einer Kundgebung reagiert, die eine Stunde vor dem geplanten Beginn des Parteitags direkt am Versammlungsort stattfinden wird. Zur Teilnahme an dieser Kundgebung ruft auch die Wittener Ortsgruppe der KPD auf.

Sonntag, 2. Mai, 10.00 Uhr, Saalbau, Bergerstraße

Lohnrunde '82: drastischer Reallohnabbau

Schlichtung ist ein faules Ei

Jetzt ist die Lohnrunde wohl weitgehend gelaufen. Noch nie gab es einen so starken Reallohnabbau wie dieses Jahr, wo allenthalben Schlichtungen durchgeführt wurden. Am schlimmsten hat es bis jetzt die Kollegen im öffentlichen Dienst erwischt — es sei denn, sie machen den Bonzen doch noch einen Strich durch die Rechnung.

Ob Letzteres geschieht, ob es an der Basis der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst doch noch zur Rebellion kommt, war bei unserem Redaktionsschluß noch nicht auszumachen. Es sieht aber nicht danach aus. Zu groß scheint die Resignation zu sein, die das Doppelspiel von Kluncker und Konsorten (mit radikalen Worten gegen ein Sonderopfer, mit Taten aber dafür) hervorgerufen hat.

Das Schlichtungsergebnis (3,6 Prozent vom 1. Mai '82 bis 28. Februar '83; auf ein Jahr umgerechnet sind das nur 3,15 Prozent) läuft exakt auf das von der Bundesregierung angestrebte 1-Prozent-Sonderopfer hinaus, vergleicht man es mit den Abschlüssen bei Metall, Druck und anderen Bereichen (4,2 Prozent).

In der Druckindustrie hat sich die Gewerkschaftsführung auf folgenden Kompromiß eingelassen: 4,2 Prozent mehr Lohn; Aufnahme der Verhandlungen über eine neue Lohnstruktur erst ab Mitte Februar 1983 (der entsprechende Tarifvertrag soll dann ab 1. 1. 84 in Kraft treten).

Dieses Nachgeben der Gewerkschaftsführung scheint unnötig angesichts der bemerkenswert hohen Kampfbereitschaft der Druckereiarbeiter: Noch in der Nacht vor dem Abschluß hatten in 89 Betrieben rund 9000 Kollegen an Proteststreiks teilgenommen. Das zeigt, daß die IG Druck nach wie vor eine kampfstarke Gewerkschaftsbasis hat.

„Es ist Krieg, Gentlemen"

Sofortiger Abzug der britischen Flotte!

Der Streit um die Falklandinseln vor Argentiniens Küste hat sich immer mehr zugespitzt, auf den etwas weiter entfernteren Südgeorgischen Inseln kam es zu den ersten Kriegshandlungen der britischen Aggressionsflotte. Nur der sofortige Abzug dieser imperialistischen Kriegsflotte kann der erste Schritt zu einer Lösung der Krise sein. Denn jetzt versuchen die beiden beteiligten Regierungen, ihre Völker chauvinistisch aufzuputschen, um ihre innere Situation zu bessern. Und während die USA die Rolle des „Maklers" übernommen haben, um selbst von der Lage zu profitieren, leistet die Bundesregierung dem britischen Imperialismus Beistand.

Man muß in dieser Situation nochmals unterstreichen, daß es in diesem Krieg keine gerechte Seite gibt. Wenn die reaktionäre Thatcher-Regierung unter der Losung „Britische Ehre wieder herstellen" den britischen Kolonialismus stärken will, so kann dies niemand, der ehrlichen Willens ist, bei klarem Denken unterstützen. Denn: So klein wie dies manches Mal dargestellt wird, ist das Restimperium Albions nicht — über 20 Militärbasen auf den Weltmeeren stehen der Kriegsflotte Londons zur Verfügung.

Und die argentinische faschistische Generaljunta, die sich jetzt plötzlich als Vertreter der nationalen Forderungen des Volkes aufspielt, will damit lediglich ihr ramponiertes Ansehen verbessern. Indem sie aber eine solche Frage wie die der Malvineninseln zum Zentrum des Kampfes um Souveränität erhebt, beweist sie, wie wenig ihr wirklich daran liegt. Denn die britische Herrschaft über diese Inseln ist bestimmt keines der Hauptprobleme oder Gefahren für die Souveränität des Landes.

Um so schlimmer ist es, wenn die Bundesregierung sich über die EG als Unterstützung für den britischen Kolonialismus zur Verfügung stellt und Boykottmaßnahmen gegen eine der beiden Seiten durchführt, die nur durch gleichlaufende imperialistische Ziele zu begründen sind. Neben der Forderung nach sofortigem Rückzug der britischen Flotte müssen die Kriegsgegner in der Bundesrepublik auch die Zurücknahme dieser imperialistischen Regierungssolidarität fordern!



Kommentar der Woche

„Tiefe Befriedigung" bekundete Helmut Schmidt auf dem Münchner Parteitag nach der Abstimmung über den Antrag zur Energiepolitik. Und der Kanzler konnte wahrlich zufrieden sein. Da hatten kluge Köpfe wie Jochen Vogel sich vor dem Kongreß ihre Gedanken darüber gemacht, wie man am besten Forderungen nach einem Ausstieg aus der Atomenergie abgewürgt werden könnten. Sie waren dabei auf die Idee verfallen, in den entsprechenden Leitantrag als kleines Zugeständnis einen zweijährigen Baustopp für AKWs hineinzunehmen.

Und was machte der Parteitag? Selbst dieser klitzekleine Kompromiß wurde noch abgeschmettert. Schmidt bekam die uneingeschränkte Unterstützung für sein Atomprogramm. Und das bedeutet ja Unterstützung für die Elektro- und Energiemonopole, die mit diesem Programm Milliarden scheffeln; Unterstützung für die weitere Abwertung der Kohle als Energieträger und damit die Vernichtung von Arbeitsplätzen im Kohlebergbau; Unterstützung für ein Programm, das die Bevölkerung ganzer Landstriche bedroht.

SPD auf Kanzlerkurs

Schmidt konnte zufrieden sein und mit ihm diejenigen, deren Profitinteressen er in Politik umsetzt. Die Abstimmung über die Energiepolitik war symptomatisch für den gesamten Parteitag. „Wir müssen aufeinander zugehen" hatte der Kanzler und stellvertretende Parteivorsitzende seinen Kritikern vom linken Flügel zugerufen. Und das sah dann im Ergebnis so aus, daß Schmidt keinen Millimeter von seinen bekannten reaktionären Positionen abwich, dafür aber seine Opponenten um so eifriger auf den Kanzler zukamen.

Die von manchen erwartete Schlacht um den Ausstieg aus der Kernenergie blieb aus. Und am Ende des Parteitags konnten Schmidt und seine Mannschaft sich dann auch in der Raketenfrage ohne Mühe und ohne jeden Abstrich durchsetzen. (Siehe Artikel auf dieser Seite.) Man hatte den Münchner Kongreß ja schon vor seinem Beginn zum historischen Parteitag der Sozialdemokratie erklärt. Nun hat sich zwar auf diesem Kongreß — entgegen manchen Erwartungen — politisch nichts bewegt. Was die Raketenfrage betrifft, hat der Parteitag jedoch durchaus seine geschichtliche Bedeutung gehabt — allerdings in einem vollständig negativen Sinne.

Denn hier hat die westdeutsche Sozialdemokratie ihre Chance verspielt, ein deutliches Zeichen im Kampf für die Erhaltung des Friedens zu setzen. Hier hat sie vielmehr einen Kurs bestätigt, der den Weg ebnet für die Entfesselung eines neuen Weltkriegs. Die von manchen ihrer Führer gerne so genannte größte Friedensbewegung der Bundesrepublik hat sich wie vor 1914 wieder einmal zur Wegbereiterin des imperialistischen Krieges gemacht. Nach dem Münchner Parteitag sollte allen Kräften in der wirklichen Friedensbewegung klar sein, daß es illusorisch ist, in der Abwehr der Kriegsgefahr Hoffnungen in diese Partei zu setzen. (Was natürlich die absolut notwendige Mobilisierung der SPD-Basis für den Friedenskampf nicht ausschließt).

Aber gerade die Interessen — und in den meisten Fällen auch den erklärten Willen — dieser Basis hat der Parteitag ja mit Füßen getreten, als er von vornherein auf den Kanzlerkurs einschwenkte. So wird der Preis des Münchner Parteitags, dessen Geschlossenheit hinterher so sehr gerühmt wurde, denn auch eine weitere Verschärfung der Krise der SPD sein. Und wo liegen die möglichen politischen Erfolge dieser demonstrativen Geschlossenheit hinter dem Kanzler? Vielleicht kann Schmidt nun einige Monate länger in Bonn regieren.

Damit aber, daß der Parteitag so vollständig darauf verzichtet hat, sich dem reaktionären Kurs der Schmidt und Co. entgegenzustellen, hat er doch letztlich die SPD gegenüber dem Zugriff der Strauß-Leute auf die Macht in Bonn entwaffnet. Auf eine Verteidigung der Positionen und Interessen der Werktätigen angesichts der Offensive des Finanzkapitals und der politischen Reaktion hat der Münchner Kongreß verzichtet. Das gilt auch für die wenigen Forderungen im Beschluß zur Beschäftigungspolitik, die wirklich im Interesse der arbeitenden Menschen liegen (siehe nebenstehenden Artikel).

Kaum nämlich hatte der Parteitag diesen Forderungen applaudiert, wurde Wischnewski schon zu Genscher in Marsch gesetzt, um dem FDP-Boß klarzumachen, daß an eine Umsetzung der Forderungen in Regierungspolitik nicht gedacht sei. Und selbst der Bremer Bürgermeister Koschnik sagte denn auch ganz offen: „Sowohl die Delegierten als auch die Gewerkschaften wissen, daß ein Teil dieser Beschlüsse nicht realisiert werden kann."

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Neues „Beschäftigungsprogramm"

Kein Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit

Die Diskussion über die sogenannte Beschäftigungspolitik war kurzfristig an den Beginn des SPD-Parteitages verlegt worden. Damit sollte nicht nur die Debatte über den NATO-Raketenbeschluß zeitlich nach hinten gedrängt werden. Es ging den Parteitagsstrategen auch darum, demonstrativ herauszustreichen, daß die SPD in der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit das gegenwärtig dringlichste Problem sehe.

Auf diese Weise wollte man dem zunehmenden Vertrauensverlust bei der werktätigen Basis entgegenwirken. Es gehe um eine „Signalwirkung für die Wähler", sagte denn auch unverblümt der hessische Ministerpräsident Holger Börner, der in wenigen Monaten Landtagswahlen zu bestreiten hat. Vorstandsmitglied Wolfgang Roth sah die Angelegenheit langfristiger und sprach von der Notwendigkeit, der SPD „klare Konturen für die Arbeitnehmerschaft" zu verleihen.

Daß es hier jedoch nicht um eine wirkliche Revision der arbeiterfeindlichen und antisozialen Politik ging, wie sie gegenwärtig von sozialdemokratischen Regierungen auf Bundes- und Länderebene praktiziert wird, sondern daß nur werbewirksame Kosmetik beabsichtigt war — das hatte sich allzu deutlich schon in dem unter der Regie von Kriegsminister Apel erarbeiteten Leitantrag des Parteivorstands gezeigt. Dieser Antrag nämlich enthielt wenig mehr als eine Bestätigung der gegenwärtigen Bonner Koalitionspolitik im wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Daß damit keine „Signalwirkung" zu erzielen war, ist der Parteispitze unmittelbar vor dem Münchener Kongreß selbst bewußt geworden. Also wurde in Verhandlungen zwischen führenden Vertretern der verschiedenen Parteiflügel unmittelbar vor dem Parteitag ein neuer Leitantrag zusammengeschustert, der dann unter dem wohltönenden Titel „Arbeit für alle" verabschiedet wurde.

Er besteht im wesentlichen aus einer erweiterten Form des sogenannten Beschäftigungsprogramms, das vor einigen Monaten von der Bonner Koalition auf den Weg gebracht wurde (und von dem nach dem gegenwärtigen Stand nur noch die 10prozentige Investitionszulage für die Unternehmer übrig geblieben ist). Kräftige Anreize für private Investitionen sieht auch der Beschluß des SPD-Parteitags vor, darüber hinaus werden umfangreiche staatliche Investitionen gefordert.

Finanziert werden soll das Programm unter anderem durch eine vermehrte staatliche Kreditaufnahme und durch höhere Steuereinnahmen. Hier wird gefordert: Eine Arbeitsmarktabgabe, die **alle** Steuerzahler zu entrichten hätten, eine befristete Ergänzungsabgabe auf höhere Einkommen und eine Heraufsetzung des Spitzensteuersatzes. Darüber hinaus hält der Beschluß auch noch „zusätzliche öffentliche Einnahmen" für nötig. Die Diskussionen in München haben deutlich erkennen lassen, was mit diesen zusätzlichen Einnahmen gemeint ist: Der alte Matthöfer-Plan nämlich, die Heiz- und Mineralölsteuern erneut drastisch anzuheben.

Sicher enthält dieser Beschluß des Münchner Parteitags einige Elemente, die — für sich genommen — positiv sind, und die dementsprechend sogleich ein wütendes Geheul sowohl bei



Schmidt auf dem SPD-Parteitag

den Unternehmerverbänden wie auch bei CDU/CSU und FDP ausgelöst haben. Staatliche Investitionen in Bereichen wie etwa dem sozialen Wohnungsbau oder im Umweltschutz sind notwendig; auf der Finanzierungsseite ist die Erhöhung des Spitzensteuersatzes ein Schritt in die richtige Richtung.

Insgesamt jedoch läuft auch dieses Programm auf eine Umverteilung zugunsten des Kapitals hinaus. Die Unternehmer werden mit Investitionszuschüssen bedacht (mit denen sie dann nach aller Erfahrung Rationalisierungsprogramme, also die Vernichtung von Arbeitsplätzen finanzieren); die Großbanken bekommen durch die Erhöhung der Staatsverschuldung zusätzliche Kredite zugeschustert. Und bezahlen sollen das alles im Wesentlichen die Werktätigen, denn ihnen werden ja durch die Arbeitsmarktabgabe oder die höheren Steuern auf den Energieverbrauch die weitaus größten Lasten aufgebürdet.

Für die arbeitenden Menschen ist ein solches Programm unannehmbar. Ihre Interessen sind in der Forderung ausgedrückt: „Die Reichen müssen die Krise bezahlen!" Bei der SPD jedoch ist es — wie gehabt — umgekehrt: Die Werktätigen sollen geschröpft werden, damit die Reichen noch reicher werden. Die wirklich notwendigen Forderungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Abwehr des Raubs am sozialen Besitzstand der Werktätigen fehlen in dem Parteitagsbeschluß denn auch vollständig. Weder von einer rigorosen Besteuerung der Unternehmerprofite ist darin die Rede, noch von einer Kürzung der Rüstungsausgaben oder von der 35-Stunden-Woche.

Und was die sozialen „Bonbons" in dem Parteitagsbeschluß betrifft, so sind sie tatsächlich nichts anderes als Kosmetik. Helmut Schmidt hat in dankenswerter Offenheit klargestellt, daß er sich ganz persönlich zwar auch eine Ergänzungsabgabe, eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes oder ein Verstopfen der steuerlichen Schlupflöcher für die Reichen wünschen würde, aber — leider, leider — sei das nun einmal „nicht machbar". Und die Richtlinien der Bonner Politik, auch darauf wies Schmidt hin — bestimmt der Kanzler und nicht der SPD-Parteitag.

Leitantrag des SPD-Vorstandes angenommen

Große Mehrheit für NATO-Raketenbeschluß

Die mit der größten Spannung erwartete Auseinandersetzung auf dem SPD-Parteitag betraf die Frage des NATO-Beschlusses von 1979, der die Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik und anderen Ländern Westeuropas vorsieht. Die Stationierung, auf dem Westberliner Parteitag der SPD noch abgesegnet, stößt auf zunehmenden Widerstand bei der Basis der Partei — nach den letzten Umfragen wird sie von mindestens 50 Prozent der Mitglieder abgelehnt.

Wie der RM bereits berichtete, hatte sich der Parteivorstand für die Raketendebatte auf dem Münchner Kongreß einen üblen Trick einfallen lassen: In seinem Leitantrag wird zum einen noch einmal der Kurs des Westberliner Parteitags bekräftigt, zum anderen heißt es in dem Antrag: „Die SPD wird auf einem ordentlichen Parteitag im Herbst 1983 entscheiden, welche Folgerungen sie aus den bis dahin erreichten Verhandlungsstand für die Stationierung zieht."

Der Herbst des nächsten Jahres aber ist laut NATO-Beschluß genau der Termin, an dem mit der Stationierung begonnen werden soll — falls die Genfer Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten bis dahin kein Ergebnis erbracht hätten. Die SPD-Parteiführer hatten ihre Strategie in der Verteidigung des Leitantrags auf dem Münchner Kongreß so festgelegt: Die Aufnahme der Genfer Verhandlungen wurde als Erfolg der Bonner Politik, vor allem als persönlicher Erfolg des Kanzlers, abgefeiert. Die wesentliche Aufgabe der SPD bestünde nun darin, diese Verhandlungen nicht zu stören, deshalb gebe es für die Partei in der Raketenfrage im Augenblick auch „keinen Entscheidungsbedarf" (Egon Bahr).

So sollte also gerade diese für unser Land lebens- und überlebenswichtige Frage vollständig an die Supermächte delegiert werden. Wobei doch alle Erfahrungen des letzten Jahrzehnts immer wieder gezeigt haben, daß die sogenannte Rüstungskontrollverhandlungen zwischen Moskau und Washington stets nur mit einer neuen Drehung an der atomaren Rüstungsschraube geendet haben, weil eben beide Seiten nicht das vielbeschworene „Gleichgewicht" anstreben, sondern die eigene Überlegenheit. Und was den amerikanischen „Partner" betrifft, dessen Winkelzüge in Genf die SPD nach dem Willen ihrer Führer nicht stören darf, so dürfte ja mittlerweile auch dem letzten klar sein, daß das konkrete strategische Ziel der von Washington betriebenen „Nach"rüstung darin besteht, einen für die USA gewinnbaren Atomkrieg von europäischem Territorium aus möglich zu machen.

Trotz dieser Ausgangslage waren die Gegner des Raketenbeschlusses auf dem Parteitag von vornherein in der Defensive. Die Gruppierung um Lafontaine, Eppler und Klose hatte sich auf ein Moratorium bei der Aufstellung von Mittelstreckenraketen verständigt, das als Alternative zum Leitantrag des Vorstands abgestimmt werden sollte. Das war schon ein fauler Kompromiß gegenüber der notwendigen eindeutigen Forderung nach Aufkündigung des Raketenbeschlusses, weil das Moratorium zunächst einmal einseitige Abrüstungsschritte bei der sowjetischen Mittelstreckenrüstung verlangte.

Aber nicht einmal das kam auf dem Parteitag durch. Schmidt erinnerte die Delegierten dezent an seine Rücktrittsdrohungen für den Fall, daß ihn die Partei bei seiner kompromißlosen Unterstützung des Reaganschen Kriegskurses im Stich lassen sollte. Nicht nur Kriegsminister Apel, sondern auch die Strategen der sogenannten Entspannungspolitik wie Brandt und Bahr stellten sich ganz massiv hinter die Raketenpolitik des Kanzlers. Der neue Kronprinz Rau konnte unwidersprochen solche absurden Albernheiten zum Besten geben wie etwa die Behauptung, man müsse den Leitantrag des Parteivorstands unterstützen, weil es heute eine Bundesregierung gebe, die „die Friedenssehnsucht der jungen Menschen aufnimmt."

Der Leitantrag des Vorstands bekam schließlich eine satte Dreiviertelmehrheit. Und damit hat sich der Parteitag der SPD (die sich ja neuerdings gerne als die größte Friedensbewegung in diesem Land bezeichnet) für den Kriegskurs der amerikanischen Supermacht entschieden, an dessen Ende — wenn er von den werktätigen Massen nicht noch gestoppt wird — unweigerlich ein atomares Schlachtfeld Deutschland stehen wird.

Helmut Schmidt bedankte sich für dieses Ergebnis und auch für die kompromißlerische Haltung der Linken (die immer wieder ihr Vertrauen in die Friedenspolitik des Kanzlers beteuert hatten) auf seine Weise: Im Schlußwort erklärte Schmidt die westdeutsche Friedensbewegung und mit ihr die Lafontaine, Eppler usw. kurzerhand zu Parteigängern Moskaus und zu einer Gefährdung für den Frieden.

KPD-Betriebszeitung bei Hoesch „Stählerne Faust" zur Stahltarifrunde

Tarifabschluß mit Augenmaß?



Als es in die Tarifrunde '82 ging, wurde als vorrangiges Ziel gesteckt: Sicherung des Reallohns.

Jetzt wollen uns Loderer, Janßen und Co. die 4,2 Prozent als einen „Abschluß mit Augenmaß", als einen „Kompromiß, der sich sehen lassen kann" verkaufen; einen Abschluß, der einen krassen, bei uns bisher beispiellosen Reallohnabbau bedeutet; der kaum ausreicht, um die Einkommensverluste durch Sozialabbau und erhöhte Sozialabgaben auszugleichen (geschweige denn die Teuerung).

Je höher die Preissteigerungen und sonstigen Lohneinbußen — um so niedriger der Tarifabschluß. Wenn das „Augenmaß" ist, fragt sich doch, was tragen diese Leute für eine Brille beim Maßnehmen?

Auf jeden Fall nicht die der Arbeiter! Unsere Gewerkschaftsführer haben ja auch andere Sorgen: z. B. wie man seine Hunderttausende Mark gewinnbringend anlegt und der Besteuerung entzieht. Da können die Herren Unternehmer mit ihren ach so „schmalen Erlösen" natürlich jederzeit mit dem „gesamtwirtschaftlichen Verständnis" und dem „Augenmaß" der Gewerkschaftsspitzen rechnen.

Uns Stahlarbeitern wird dazu noch ein X für ein U vorgemacht. Mit den 4,2 Prozent hätten wir mit der Metallverarbeitung gleichgezogen, heißt es. Doch rechnen wir die 14 monatige Laufzeit aufs Jahr um, so schauen nur 3,6 Prozent dabei heraus.

Kein Pauschalbetrag wie in der Metallverarbeitung; Verrechnung der 6 Pfennig Erhöhung ab 1.2.83 mit den übertariflichen Lohnbestandteilen; für Angestellte nicht mal diese 6 Pfennig!

Wenn uns einige betriebliche Funktionäre das als Erfolg andrehen wollen, zeigen sie nur, wie weit es auch mit ihnen schon gekommen ist.

Gewiß: wären die Warnstreiks nicht gewesen, hätten sich die Stahlbarone noch nicht einmal zu einer Vier vor dem Komma bereitgefunden. Mehr als die Hälfte aller betroffenen Werktätigen der Stahlindustrie war an Warnstreiks beteiligt! Um so schlimmer, daß die IGM-Führer diesen Tarifabschluß unterschrieben haben!

Das „Entgegenkommen" der Gewerkschaftsspitzen reizt die Kapitalisten zu immer dreisteren Forderungen nach Lohn- und Sozialabbau. Es wird darum höchste Zeit, daß gegen die Offensive der Unternehmer konsequent die ganze gewerkschaftliche Kraft mobilisiert wird.

Darum muß die klassenkämpferische Opposition in der Gewerkschaft gestärkt werden.

Das sollten wir auch am 1. Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse, unmißverständlich klarmachen!

Brutales Vorgehen gegen Schornsteinfegergesellen

Zuerst Maßregelungen — jetzt Aussperrung

KARLSRUHE/BREMEN. — Anfang April wurden in Bremen alle 74 Schornsteinfegergesellen, die dort in einen befristeten Schwerpunktstreik für einen besseren Manteltarifvertrag getreten waren, fristlos gekündigt. Daraufhin beschlossen die Kollegen, ihren Streik unbefristet fortzusetzen. Die Unternehmer revanchierten sich auf ihre Weise: durch Aussperrung im Regierungsbezirk Karlsruhe.

Hintergrund dieses Unternehmerterrors: Seit Monaten zieht sich bereits der Tarifkonflikt im Schornsteinfegergewerbe hin. Die Gesellen fordern längst fällige Verbesserungen im Manteltarifvertrag, vor allem eine Erhöhung des Jahresurlaubs auf 28 Tage. Bisher erhalten die Schornsteinfegergesellen lediglich 23 Tage Urlaub.

Die Unternehmer sind bislang jedoch nicht bereit, über ihr völlig unakzeptables Angebot von 25 Tagen hinauszugehn. Ihre selbstherrliche Haltung demonstrierten sie in unerträglicher Weise, als sie sich sogar weigerten, einen neutralen Schlichter zu akzeptieren.

Als auch Protestkundgebungen und Demonstrationen, die der Zentralverband Deutscher Schornsteinfegergesellen (ZDS) organisierte, nicht weiter halfen, traten in Bremen 74 organisierte Schornsteinfegergesellen in den befristeten Schwerpunktstreik. Die Unternehmer reagierten mit unerhörter Härte: Alle 74 streikenden Kollegen wurden fristlos gekündigt!

Daraufhin führte der Verband in Bremen eine Urabstimmung durch, bei der sich von den 74 Kollegen 71 dafür aussprachen, den Streik unbefristet fortzusetzen. Inzwischen dauert der Ausstand der Bremer Schornsteinfegergesellen bereits fünf Wochen an! Aber weder die brutalen Maßregelungen wurden bislang zurückgenommen, noch sind die Unternehmer von ihrer provokatorischen Haltung bei den Tarifverhandlungen abgerückt.

Im Gegenteil. Um die Schornsteinfegergesellen in die Knie zu zwingen, haben die Unternehmer jetzt auch noch den Aussperrungsknüppel aus dem Sack gezogen. Betroffen sind 91 Gesellen im Bezirk Karlsruhe, wo überhaupt nicht gestreikt wird!

Hier zeigt sich nebenbei in aller Deutlichkeit, wohin das Urteil des Bundesarbeitsgerichtes vom Frühjahr 1980 führt, durch das der Aussperrungsterror rechtlich abgesichert wurde: Das Streikrecht soll noch weiter entwertet, die Gewerkschaften sollen geschwächt und einer hemmungslosen Unternehmerwillkür soll Tür und Tor geöffnet werden.

Längst wären von Seiten der DGB-Führung Initiativen fällig gewesen, um die Solidarität mit den Schornsteinfegergesellen zu organisieren und mit massiven gewerkschaftlichen Protesten gegen den in der Öffentlichkeit kaum registrierten Maßregelungs- und Aussperrungsterror der Unternehmer vorzugehen. Bisher ist nichts dergleichen geschehen. Ein Trauerspiel!

Wo es darum geht, ihren Sozialpartnerschaftskurs in den Gewerkschaften gegen jede Opposition und um jeden Preis durchzusetzen, da reden die Bonzen mit Vorliebe von Einheitsgewerkschaft. Wo die Einheitsgewerkschaft aber praktisch gefordert, wo die Gewerkschaftseinheit im Kampf gegen die Unternehmer dringend nötig wäre, da stellen die Vetter, Loderer und Co. sich blind und taub!

Lassen wir nicht länger die Schornsteinfegergesellen im Regen stehn! Sie brauchen die Solidarität der größeren Gewerkschaften und des DGB insgesamt!

Außerdem wäre es einfach fatal, würde ein derartiger Maßregelungs- und Aussperrungsterror, wie er hier exemplarisch bei einer kleinen Gruppe der Arbeiterschaft vorexerziert wird, ohne massive gewerkschaftliche Proteste über die Bühne gehen. Hieße das nicht, daß man die Unternehmer geradezu ermuntert, demnächst in anderen Bereichen genauso brutal vorzugehen und ihre Willkür immer mehr zu eskalieren?

Landesarbeitsgericht: Neue Beweglichkeit rechtswidrig

Angriff auf das Streikrecht

STUTTGART. — Am 21. April kam es zum bislang ersten Urteil in der zweiten Instanz über die Warnstreik-Klage der Unternehmerverbände. Das Landesarbeitsgericht Stuttgart erklärte die Warnstreiks der IG Metall vom Frühjahr 1981 im Rahmen der „neuen Beweglichkeit" für rechtswidrig.

In erster Instanz hatten die Arbeitsgerichte zahlreiche entgegengesetzte Urteile gefällt. Nur in einem einzigen Fall erklärte ein Arbeitsgericht der untersten Instanz die „neue Beweglichkeit" für rechtswidrig. In Stuttgart wurde nun das erste zweitinstanzliche Urteil gefällt. Und es fiel prompt zugunsten der Unternehmer aus.

Das Gericht gab außerdem den Unternehmern auch noch in der Überstundenfrage recht. Es untersagte der IG Metall, während noch laufender Tarif- oder Schlichtungsverfahren zur Verweigerung von Überstunden aufzurufen.

Eine ganze Reihe Urteile von Landesarbeitsgerichten sind zu der Warnstreikklage noch zu erwarten. Die Unternehmerverbände haben gegen die Warnstreiks vom Frühjahr '81 allerorten Klage erhoben. Es ist zu befürchten, daß der Spruch des Stuttgarter Landesarbeitsgerichtes kein Einzelfall bleiben wird.

Die IG Metall wird die Revision, die in dem Stuttgarter Urteil zugelassen wurde, natürlich wahrnehmen und vor das Bundesarbeitsgericht in Kassel gehen. Es besteht jedoch keinerlei Anlaß, auf eine gewerkschaftsfreundliche Haltung der Kasseler Richter zu hoffen. Dazu gibt es allzu viele negative Richtersprüche aus Kassel, durch die in letzter Zeit Arbeiter- und Gewerkschaftsrechte zunehmend eingeschränkt wurden.

Dieses Urteil des Stuttgarter Landesarbeitsgerichtes kann von den Gewerkschaften nur als Alarmsignal verstanden werden. Bisher hat die IGM-Führung in dieser Sache darauf verzichtet, politischen Druck auszuüben, obwohl es hier um einen schwerwiegenden Angriff der Unternehmerverbände auf das — in der Bundesrepublik und Westberlin ohnedies nur als Torso vorhandene — Streikrecht geht.

Mit dieser Haltung muß jetzt Schluß sein. Gelingt es nicht zu verhindern, daß die Unternehmer vor weiteren Landesarbeitsgerichten und dann auch vor dem Bundesarbeitsgericht mit ihrer Klage durchkommen, so würde dies eine weiter einschneidende Beschränkung des Streikrechtes bedeuten.

Man muß diesen Angriff auf das Streikrecht auch im Zusammenhang damit sehen, daß das Bundesarbeitsgericht vor ungefähr zwei Jahren ausdrücklich den Aussperrungsterror der Unternehmer für rechtmäßig erklärt hat. Die gewerkschaftlichen Kampfmittel sollen auf ein Minimum eingeschränkt, das Streikrecht vollends ganz ausgehöhlt werden.

Dagegen müssen politische Protestaktionen organisiert werden, nicht allein von der IG Metall sondern vom ganzen DGB! Schluß mit der weiteren Verstümmelung des Streikrechtes! Für ein uneingeschränktes, gesetzlich verankertes Streikrecht! Für das gesetzliche Verbot der Aussperrung!

KPD-Veranstaltungen zum 1. Mai

Westberlin

30. April, 19.30 Uhr, Schultheiß an der Hasenheide

Köln

30. April, 19.30 Uhr, Gaststätte Mathildenhof, Mathildenstraße, Köln-Deutz. Es spricht Ernst Aust. Im Programm: Kabarett Zeitzünder.

Stuttgart

1. Mai, 16.00 Uhr, Turnhalle Kaltental, Fuchswaldweg 43

Frankfurt

1. Mai, 15.00 Uhr, Ostpark. Im Programm: Bericht von der Betriebsbesetzung der Rockwell-Golde-Kollegen. Es gibt Kaffee und Kuchen.

„Vetter unser, der du sitzt im Sessel..."

Die Bremer Stadtquerulanten, ein politisches Kabarett, schickte uns folgende Zuschrift:

„Liebe Genossen! Zum 1. Mai 1982 senden wir Euch die herzlichsten Kampfesgrüße und dazu einen Text, den wir gestern bei der Mai-Veranstaltung der HBV in Bremen mit großem Erfolg uraufführten — in schwarzen Kutten und heiligem Gesang:

Vetter unser,
der du sitzt im Sessel,
eilig werde dein Name
gestrichen!
Zu uns komme dein Reichtum,
dein Wille geschehe,
wie in der Chefetage
so auch bei uns Malochern hier auf Erden!
Unseren täglichen Lohnraub gib uns heute
und vergib uns unsere Schulden
wie auch wir vergeben unseren Gläubigern.
Und führe uns nicht auch noch in Versuchung
sondern erlöse uns von deinem Übel!
Denn was du hast, das reicht,
kraft der Bestechlichkeit,
Amen.

Mit satirischem Gruß!
Bremer Stadtquerulanten

Sieben neue Betriebszeitungen seit Jahresbeginn!

Kurz vor dem 1. Mai: „Der Durchblick"



Auf Seite 4 in dieser Ausgabe des „Roten Morgen" wird berichtet, daß unsere Partei seit Beginn des Jahres '82 bereits sechs neue Betriebszeitungen gegründet hat. Diese Angabe aber ist schon wieder veraltet! Kurz vor Redaktionsschluß, als die betreffende RM-Seite bereits in der Druckerei war, erreichte uns aus Lübeck die Nachricht, daß wenige Tage vor dem 1. Mai am Lübecker Drägerwerk zum ersten Mal „Der Durchblick" verteilt wird, eine neue Betriebszeitung unserer Partei.

Wir stellen hiermit also richtig: Von Januar bis einschließlich April dieses Jahres hat sich die Zahl der Betriebszeitungen der KPD um sieben (und nicht um sechs) Neuerscheinungen erhöht (1981 waren es im ganzen Jahr sieben Neuerscheinungen.) Allein im April '82 erhielt unsere Partei drei neue Betriebszeitungen.

Das Lübecker Drägerwerk ist mit rund 4500 Beschäftigten der zweitgrößte Betrieb Schleswig-Holsteins. Er gehört zum Metallbereich/Feinmechanik (Atemschutztechnik, Medizintechnik, Druckgastechnik, Filtertechnik, Tauchtechnik, Gasmeßtechnik).

Geplant ist, daß „Der Durchblick" zunächst mit vier Ausgaben im Jahr erscheint.

Die erste Ausgabe enthält einen Aufruf zur Mai-Demonstration, einen Bericht über Rationalisierung und Arbeitslosigkeit in Lübeck, einen Beitrag gegen die Ausländerfeindlichkeit und einen Beitrag zu dem Thema: „Die Reichen sollen die Krise bezahlen!".

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30,** Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 /92.

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt** 1, Kontaktadresse: Bernd Götz, Sternstr. 15, Tel.: 0611 / 5971864

2000 **Hamburg 6,** Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-Helmut Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg,** Parteibüro der KPD, Humboldstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück,** Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Die revisionistische Bewertung der diesjährigen Tarifrunde

Die DKP entschuldigt die Gewerkschaftsführer

Am 14. April veröffentlichte die UZ, die Zeitung der DKP, einen größeren Artikel, in dem die diesjährige Tarifrunde bewertet wurde. „Rückgang bei den Realeinkommen — Wohin werden sich die Gewerkschaften orientieren?", heißt dieser von Gert Hautsch verfaßte Artikel. Auf der Seite „Marxistische Theorie" der UZ abgedruckt, was seine Grundsätzlichkeit unterstreicht. Da werden also die Positionen dieser Partei zu den aktuellen Problemen der Gewerkschaftsbewegung dargelegt.

Unbestreitbar ist die Aussage zu Beginn des Artikels: daß es auch in diesem Jahr, obwohl die Tarifrunden noch nicht alle abgeschlossen sind, zu einem weiteren Rückgang der Realeinkommen führen wird, zu einem gegenüber dem Vorjahr noch verstärkteren Rückgang.

Die entscheidenden Fragen für jeden Gewerkschafter sind doch aber nun: Woran liegt das und wie kann man es ändern?

Und eben da zeigt sich in allem was Hautsch sagt, daß die DKP es nicht nur nicht wagt, die Wahrheit beim Namen zu nennen, sondern auch noch absichtlich Falsches unter die Leute bringt. Daß sie Positionen vertritt, die trotz aller Bekundungen nicht dazu führen können, die Gewerkschaftsbewegung zu stärken.

Als erstes merkt Hautsch an, daß die Angst um die Arbeitsplätze die Aktionsbereitschaft gelähmt habe, daß die Unternehmerpropaganda zusätzlich ihre hemmende Wirkung entfaltet habe. Nun — man kann nicht daran vorbeigehen, daß es solche Erscheinungen tatsächlich gegeben hat. Aber es ist im Angesicht der Tatsache, daß überall dort, wo mobilisiert wurde, auch gekämpft wurde und Kampfbereitschaft gezeigt wurde, schlicht falsch, dies als erstes anzuführen. Ob man das will oder nicht, wird damit der Eindruck erweckt, die alte Klage rechter Gewerkschaftsfunktionäre, die dumme Basis wolle halt nicht, sei eben doch richtig. Und tatsächlich muß Hautsch in seinem Artikel nun auch darauf eingehen, daß es diese Kampfbereitschaft durchaus gab.

Aber wie Hautsch selber sagt: **„Die Kraft, die hier sichtbar wird, kam bisher gegen die Angriffe von Unternehmern und Regierung nicht voll zur Wirkung."**

Ohne Zweifel — damit hat er recht. Aber eben: Warum?

Der Artikel der UZ, die DKP also, führt dafür vor allem zwei Argumente ins Feld.

Zum einen wird gesagt, daß es nicht gelungen sei, mit den Forderungen zu mobilisieren, weil die Basis der Gewerkschaften nach den vorjährigen Erfahrungen von der Möglichkeit einer Reallohnsicherung nicht überzeugt gewesen sei.

„Es gelang den Führern nicht, glaubhaft zu machen, daß dieses Ziel (Sicherung des Reallohns — d. Red.) 1982 wirklich ernsthaft angestrebt werden soll."

Zum zweiten wird grundsätzlich argumentiert. **„Die Generation, die heute in den Gewerkschaften die führenden und viele andere Funktionäre stellt, hat ihre prägenden politischen Erfahrungen in einer Periode gesammelt, als mit ‚Sozialpartnerschaft' soziale Verbesserungen zu erreichen waren. Diese Zeiten sind vorbei und zwar auf längere Sicht."**

Beide hier zitierten Argumente, die die politische Bewertung der Tarifrunden durch die DKP zusammenfassen, sind für eine Partei, die sich Kommunistische Partei nennt, die vorgibt, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, regelrecht beschämend. Mit Oberflächlichkeit und Phrasen wird hier eine äußerst dünne Argumentation vorgetragen, die frei von jedem Spurenelement an Marxismus ist.

Warum gelang es denn den Führungen nicht, glaubhaft zu machen, man werde für eine Reallohnsicherung eintreten? Das waren doch dieselben Führungen, die schon vorher gezeigt hatten, daß sie eben nicht dafür eintreten, die die Verträge im letzten Jahr unterschrieben haben. Das waren doch dieselben führenden Gewerkschaftsfunktionäre, die schon beim Aufstellen der diesjährigen Forderungen so weit unten blieben, daß jeder Spielraum — den sie sich immer ausbedingen — unter die Marke reichen mußte, bei der der reale Lohn noch erhalten bliebe. Das ist doch kein Zufall oder unabwendbares Schicksal, diese Unglaubwürdigkeit, sondern Ergebnis der früher und heute verfolgten Tarifpolitik eben dieser Leute.

Und gerade da reicht diese Frage dann auch in den Bereich des zweiten, des grundsätzlichen Arguments hinein. Erfolge mit der Sozialpartnerschaft haben sie geprägt und heute fällt es ihnen schwer, umzudenken. So lautet die Aussage in Hautschs Artikel. Wozu er wörtlich feststellt, was sich geändert hat: **„Erfolgreiche gewerkschaftliche Interessenvertretung ist gemeinsam mit den Unternehmern nicht mehr möglich..."**

Also: Heute ist Sozialpartnerschaft nicht mehr möglich und zwar, wie oben schon angeführt, auf längere Sicht. So weit ist die Gewerkschaftspolitik der DKP gekommen in ihrem peinlichen Bemühen, stets alles zu vermeiden, was der Gewerkschaftsführung ungelegen sein könnte!

Was heißt das denn?

Das heißt erstens, daß in den Augen der DKP Sozialpartnerschaft offensichtlich dann möglich ist, wenn keine Krisenzeit ist. Sozialpartnerschaft ist ja aber keineswegs die Frage, ob es Zeiten gibt, in denen ein härteres Klima herrscht und ruhigere Zeiten. Sondern es ist eine Grundsatzfrage. Ist die Zusammenarbeit der Arbeiter mit den Unternehmern ein Weg, die Lage beider Seiten eben — partnerschaftlich — zu verbessern? Der Marxismus jedenfalls, und das ist das Kriterium, an dem sich die DKP messen lassen muß, sagt da gerade das Gegenteil. Und betrachtet man sich die Erfolge, die die Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahrzehnten wirklich errungen hat, so wurde kein einziger von ihnen auf dem Wege der friedlichen Übereinkunft erzielt, sondern ausnahmslos alle durch Kampfmaßnahmen. Dies gilt für Lohnfortzahlung ebenso wie für den Lohnrahmen II der IG Metall und anderes mehr, vor allem auch für die Lohnerhöhungen Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre, wo die damals organisierten „wilden Streiks" aus dem Gedächtnis der DKP entschwunden scheinen.

Das heißt zweitens, daß die willkürlich zusammengebastelte DKP-Aussage über die „prägenden politischen Erfahrungen der führenden Gewerkschaftsfunktionäre", nicht nur grundsätzlich falsch ist, sondern auch einfach sachlich falsch. Oder möchte die DKP die mitbestimmten Rationalisierungskampagnen, die durch Sozialpläne abgemilderte massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen etwa durchweg als Erfolg anrechnen?

Nicht die „Erfolge der Sozialpartnerschaft", sondern die sozialpartnerschaftliche Politik mit all ihren Folgerungen hat diese Leute — nicht in ihren Erfahrungen, sondern in ihrem ganzen Leben geprägt. Der in diesem UZ-Artikel bescheiden am Rande erwähnte Neue-Heimat-Skandal hat dies noch einmal in aller Deutlichkeit gezeigt. Diese Gewerkschaftsführer, die Unternehmen mitbestimmen, die selbst einem Konzern vorstehen, haben sich mit ihrer Politik zu einem wahren sozialen Partner der Unternehmer gewandelt, das ist der Kern der Sache.

Die grundsätzliche Fragestellung für den künftigen Kurs der Gewerkschaftsbewegung, des DGB, heißt doch heute, ob man aus diesem DGB wieder eine echte Kampforganisation machen kann, indem man einige Lernprozesse bei der Führung anregt. Oder ob diese geschehen muß im Kampf gegen den Widerstand, den diese Führung einer klassenmäßigen Gewerkschaftspolitik entgegensetzt. Und in dieser Frage nimmt die DKP einmal mehr — und so deutlich wie selten zuvor — Partei: für die Gewerkschaftsführer, deren Vorgehen beschönigt und entschuldigt wird, an die appelliert wird, sich zu bessern. Und gegen diejenigen Kräfte im DGB, die eine Gewerkschaftspolitik erreichen wollen, die sich ausschließlich an den Interessen der Arbeiter und Angestellten orientiert.

Es ist eben kein tragischer Irrtum einiger Gewerkschaftsführer, daß sie in der Krise die sozialpartnerschaftliche Politik fortsetzen wollen und damit „Ja" sagen zu Reallohnsenkung und Sozialabbau. Sondern diese Haltung ist die Konsequenz der gesellschaftlichen und politischen Stellung eben dieser Gewerkschaftsführer, aus ihrem eigenen Verwachsen mit dem Kapitalismus, den sie durch Opfer der Arbeiter retten müssen, wie jeder, der aus eigenem Interesse den Kapitalismus verteidigt.

Indem die DKP durch eine Politik, wie sie auch in dieser Bewertung der Tarifrunde zum Ausdruck kommt, diese heute immer stärker aufbrechenden Gegensätze innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes verkleistert und die Politik der Gewerkschaftsführung entschuldigt, leistet sie, trotz aller ausgedrückten halbherzigen Kritik am Kurs der Sozialpatnerschaft, ihren Beitrag zur Stärkung der Positionen eben dieser Gewerkschaftsführer.

Diese Stellungnahme ist einmal mehr eine Revision, eine Abkehr vom Marxismus-Leninismus. Denn sie läßt beiseite, was Lenin sagte, was damals schon richtig war und sich bis heute und auch beim DGB immer wieder bestätigt hat: daß sich innerhalb der Arbeiterbewegung eine Aristokratie, eine besser, anders gestellte Schicht herausbildet, die ins Lager des Kapitals übergeht. Und eben, weil diese Leninsche Erkenntnis richtig ist, ist die Analyse der DKP nicht nur etwa eine theoretische Revision des Marxismus, sondern hat auch die ganz praktische Auswirkung der Parteinahme für diese Gewerkschaftsführer. Auf die Frage von Gerd Hautsch „Wohin werden sich die Gewerkschaften orientieren" bleibt zu sagen: Wenn sie der Politik der DKP folgen, dann werden sie sich weiterhin auf den Kurs orientieren, den ihnen diese Gewerkschaftsführung vorgibt. Und dieser wird, wie jetzt auch bei engerem Spielraum vielleicht etwas wortradikaler, genau so sozialpartnerschaftlich sein wie in der Vergangenheit. Mit Lohn- und Sozialabbau und Arbeitslosigkeit, all jenen Übeln, denen man dann wehrlos ausgeliefert ist.

Fortschritte in der Betriebsarbeit der Partei

Sechs neue Betriebszeitungen seit Jahresbeginn

Wie der letzten im alten Jahr erschienenen Ausgabe des „Roten Morgens" (RM 52/81) zu entnehmen ist, kamen im Laufe von 1981 sieben neue Betriebszeitungen unserer Partei heraus. Diese positive Entwicklung, in der sich die Fortschritte der Verankerung unserer Partei in den Betrieben widerspiegeln, hat sich inzwischen beschleunigt. Für die Zeit seit dem Beginn des neuen Jahres können wir bereits wieder sechs Neuerscheinungen melden. Im Februar wurde zum ersten Mal im Wilhelmshavener Werk des Schreibmaschinenherstellers Olympia unsere Zeitung „klartext" verteilt. Ebenfalls im Februar erschien für die Kumpel der Saarberg-Steinkohlenzechen in Saarbrücken die erste Ausgabe von „Es brennt". Im März meldeten wir die erste Nummer von „Frischer Wind", der auf der Hamburger Großwerft Blohm + Voss erscheint. Und im April erhielten wir von den Genossen die zwei Betriebszeitungen zugeschickt, die neu erschienen sind: „Der Motor" bei VW in Emden und der „Widerhaken" bei Dogmoch, einem Großhandelsbetrieb in Ludwigshafen (diese beiden Zeitungen stellen wir im folgenden gesondert vor). Insgesamt gibt die KPD jetzt ca. 50 Betriebszeitungen heraus, davon die meisten in Mittel- und Großbetrieben. Dazu kommen noch so ungefähr 20 bis 30 Stadtteil- oder Stadtzeitungen (ein genauer Überblick fehlt uns hier momentan).





Im folgenden stellen wir die beiden Betriebszeitungen der KPD vor, die im April neu erschienen sind:

Betriebszeitung der KPD für die Belegschaft von VW/Emden

„Der Motor"

VW in Emden beschäftigt gegenwärtig rund 10000 Menschen. Der Betrieb wächst gegenwärtig noch. Geplant ist die Ausweitung der Tagesproduktion von gegenwärtig 800 auf 1200 Fahrzeuge. Dennoch ist langfristig mit Arbeitsplatzvernichtung und Entlassungen zu rechnen, denn gleichzeitig treiben die VW-Bosse die Rationalisierung und die Automatisierung voran. Hier ist wohl auf lange Sicht der Einsatz von „Robbys" in größerem Ausmaß vorgesehen. Die Fahrzeugtypen der hier ausschließlich hergestellten Pkws sind: Passat, Santana und Quantum (geht ausschließlich in die USA). Emden liegt in Ostfriesland an der Nordseeküste. Es ist der größte „Arbeitgeber" weit und breit. 75 Prozent der Belegschaft sind Pendler, die zum Teil weit her aus Ostfriesland sowie aus Friesland kommen und lange Anfahrtszeiten in Kauf nehmen müssen. Manche Kollegen müssen bereits um 3 Uhr in der Frühe aufstehen, damit sie pünktlich zum Schichtbeginn um 6 Uhr an ihrem Arbeitsplatz sind.

Die erste Ausgabe von „Der Motor" enthält Beiträge zu folgenden Themen:

Vertrauensleutewahlen; Für die Einführung der „3-Tage-Regelung" (d. h. daß die Arbeiter bei Kurzerkrankungen bis zu drei Tagen keine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vom Arzt mehr vorzulegen brauchen, wie das heute schon bei den Angestellten der Fall ist); Mitbestimmung (aus Anlaß der Wahl der Wahlmänner für die Aufsichtsratswahlen bei VW Emden); Kommentar zum Neue-Heimat-Skandal (aus dem RM übernommen); außerdem einen Beitrag, indem unsere Partei den Kollegen kurz vorgestellt wird („Wir über uns").

Betriebszeitung der KPD für Dogmoch in Ludwigshafen

„Widerhaken"



Die Firma Dogmoch ist ein Großhandelsbetrieb in Ludwigshafen, der hauptsächlich Geschenkartikel führt. Es sind hier 200 Menschen beschäftigt, davon 130 Arbeiter und 70 Angestellte. Einen Betriebsrat gibt es bei Dogmoch erst seit Januar '82. Vor einem Jahr gab es in der ganzen Firma nur zwei Gewerkschaftsmitglieder. Inzwischen sind es immerhin über 60 Kollegen, die in der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV) organisiert sind. Seit einiger Zeit arbeitet hier eine Betriebszelle der Partei. Auch eine Gruppe der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) gibt es bei Dogmoch.

Die erste Ausgabe des „Widerhaken" enthält Beiträge zu folgenden Problemen:

Einen Artikel zur Lohnrunde (wobei bezeichnenderweise folgende Forderung im Vordergrund steht: „Anerkennung des Tarifvertrages über die Lohn- und Gehaltserhöhung für alle. Keine Anrechnung des Tarifabschlusses auf die übertariflichen Zulagen!"); Aufruf zur Teilnahme an der Maikundgebung des DGB; „Es stinkt..." (über die untragbaren Zustände auf den Toiletten und bei den anderen sanitären Anlagen); über die schäbige Haltung der Firma bezüglich sozialer Leistungen, die eigentlich üblich sind, bei Dogmoch jedoch nicht gewährt werden (13. Monatsgehalt, Zuschuß zum Essensgeld usw.); Gegen Ausländerfeindlichkeit; „In eigener Sache").

Am Rande berichtet...

Beistand aus Ulm

Kollegen von Videocolor in Ulm, wo die Belegschaft im Januar dieses Jahres 16 Tage lang den Betrieb besetzte, um die Stillegung des Werkes zu verhindern, verteilten im März anläßlich einer Betriebsversammlung bei Rockwell Golde in Frankfurt ein Flugblatt, das von dem weiterexistierenden Streikkomitee der Videocolor-Belegschaft und von dessen Sprecher Udo Tischer hergestellt und unterzeichnet worden war. Darin werden die Rockwell-Golde-Kollegen aufgerufen, den Kampf für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze aufzunehmen, und es werden Ratschläge gegeben, wie dieser Kampf angepackt werden kann. Udo Tischer nahm außerdem an einer Versammlung für Rockwell-Golde-Kollegen teil, die von der IGM unterstützt wurde. Er vermittelte dabei die Erfahrungen der Betriebsbesetzung bei Videocolor.



Fortsetzung bei Mannesmann-Demag?

Am Mittwoch nachmittag, eben jenem Tag, als die Kollegen von Rockwell Golde ihren Streik erfolgreich beendeten, fand im Frankfurter Stadtteil Bockenheim eine Protestdemonstration gegen die angekündigte Entlassung von 140 Arbeitern bei Mannesmann-Demag in Frankfurt-Bockenheim statt. Im Anschluß an diese Protestaktionen fand eine Veranstaltung der IGM statt, auf der auch über die Erfahrungen der Rockwell-Golde-Kollegen diskutiert wurde. Der 1. IGM-Bevollmächtigte Günter Otto mußte dabei zugeben, daß die Rücknahme der Massenentlassungen bei Rockwell Golde nur durch das konsequente Vorgehen der Arbeiter, also durch den Streik und die Betriebsbesetzung, erreicht werden konnte. Rockwell-Golde-Betriebsratsvorsitzender Heinz Göppner, der an der Veranstaltung ebenfalls teilnahm, sprach von fünf Tagen, „die uns alle verändert haben". Und Göppner sagte weiter: „Mir würde es leid tun, wenn andere Kollegen nichts von uns lernen würden".



Zensur in der „Roten Fahne"

Die streikenden Arbeiter von Rockwell Golde hatten am Werkstor ein Transparent aufgehängt mit der Parole „Kompromißlose Verteidigung aller Arbeitsplätze". Die „Rote Fahne", Zentralorgan des Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands (KABD), hielt es für nötig, diese Parole durch Zensur zu verstümmeln. Wir zitieren aus dem sehr kurzen Bericht, den dieses Blatt dem Kampf der Rockwell-Golde-Arbeiter nur widmet: „Verteidung aller Arbeitsplätze!' — Unter dieser Forderung halten die Rockwell-Golde-Kollegen in Frankfurt seit Freitag, den 17. April (es muß heißen: 16. April — RM), den Betrieb besetzt!"

Warum hat die „Rote Fahne" aus der „kompromißlosen Verteidigung" ein einfache „Verteidigung" gemacht? Mußte das Wort „kompromißlos" vielleicht deshalb gestrichen werden, weil die Leser dieses Blattes wissen, daß die Parole „Kompromißlose Verteidigung der Arbeitsplätze" speziell von unserer Partei, der KPD, propagiert wird? Hat der KABD denn solch lächerliche Zensurmaßnahmen nötig?

Die DKP-Zeitung UZ ist da allerdings konsequenter. Anstatt die besagte Parole zu verstümmeln, wie die „Rote Fahne" es tat, hat die UZ sie gleich ganz totgeschwiegen. Nun gibt es in bezug auf die Führung allerdings auch keine Frage, warum sie hier zur Zensur greifen muß: Kompromißlose Verteidigung der Arbeitsplätze? Das geht den Revisionisten denn doch zu weit! Das liefe ja praktisch auf den revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus hinaus! Um Himmels willen!



Massenentlassungen nach fünftägiger Werksbesetzung zurückgenommen

Rockwell-Golde-Arbeiter haben gesiegt!

FRANKFURT/MAIN. — Die Arbeiter von Rockwell Golde in Frankfurt haben einen großen Sieg errungen. Unter der Parole „Kompromißlose Verteidigung aller Arbeitsplätze" streikten sie und besetzten den Betrieb, um die von den Bossen angekündigten Massenentlassungen zu verhindern. Nach fünf Tagen und Nächten hatten die Kollegen ihr Ziel erreicht: Die Geschäftsleitung erklärte, daß die Massenentlassungen zurückgenommen werden.

Wie im letzten „Roten Morgen" bereits ausführlich berichtet, trat die Belegschaft des Frankfurter Rockwell-Golde-Werkes am Freitag, den 16. April um die Mittagszeit in den Streik und ging dann auch zur Besetzung des Betriebes rund um die Uhr über. Der Kampf der Kollegen (es sind zum größten Teil ausländische Kollegen, vor allem Kollegen aus der Türkei) entzündete sich an der Ankündigung von Massenentlassungen und der geplanten Verlagerung eines Teils der Produktion in das Rockwell-Golde-Werk in Como (Norditalien).

Rockwell Golde, ein multinationales Tochterunternehmen des US-amerikanischen Rüstungskonzerns Rockwell International, produziert Autoteile als Zulieferer für große Autofabriken in verschiedenen Ländern. Im Frankfurter Werk, das gegenwärtig noch rund 340 Beschäftigte hat (vor acht Jahren waren es noch 900), werden Fensterheber und Schiebedächer hergestellt.

Die geplante Verlagerung der Fensterheber-Produktion nach Como und die beabsichtigte Entlassung von mindestens 115 Arbeitern (zunächst war sogar von 140 bzw. 160 Entlassungen die Rede) hatte die Geschäftsleitung vor ca. zwei Monaten auf einer Belegschaftsversammlung bekanntgegeben.

Am vorletzten Freitag um die Mittagszeit versammelten sich die Arbeiter auf dem Werkshof und verlangten Auskunft über den Stand der Dinge. Zum gleichen Zeitpunkt waren gerade Verhandlungen zwischen der Geschäftsleitung und dem Be triebsrat im Gange. Die meisten Betriebsratsmitglieder waren übrigens der Meinung, daß alle Arbeitsplätze erhalten bleiben müßten und keiner Entlassung zugestimmt werden dürfte.

Aus dem Streik entwickelte sich — nicht zuletzt infolge des provokativen Vorgehens der Geschäftsleitung, die am Freitagnachmittag die Spätschicht aussperrte — eine Betriebsbesetzung. Was zuerst als Protestaktion begonnen hatte, wurde zu einem Kampf auf Biegen und Brechen, einem Kampf für den Erhalt aller Arbeitsplätze.

Da liegt der Punkt, der den Kampf der Rockwell-Golde-Kollegen ganz besonders auszeichnet: Sie setzten sich von Anfang an klar die kompromißlose Verteidigung aller Arbeitsplätze zum Ziel. Diese konsequente Haltung kam auch in den entsprechenden Parolen zum Ausdruck, die die Kollegen am Werkstor aufgehängt hatten: „Kompromißlose Verteidigung aller Arbeitsplätze"; „Behaltet Eure Abfindungen, wir wollen unsere Arbeit".

Der zweite Punkt, der bei diesem Streik ins Auge springt, ist die militante und konsequente Kampfführung von seiten der Arbeiter. Mit großer Wachsamkeit und mit zum Teil sehr riskantem persönlichem Einsatz blockierten die Kollegen jede Auslieferung von Produkten aus dem besetzten Werk (was sich dann als entscheidend für den Verlauf der Auseinandersetzung erwies).

Die Arbeiter hielten fest zusammen, widerstanden allen Spaltungsversuchen und ließen sich weder durch die Drohung mit nächtlichen Polizeieinsätzen noch durch Provokationen des türkischen Konsulates (die von den Rockwell-Golde-Bossen initiiert worden waren) ins Bockshorn jagen.

Am Dienstag, dem fünften Tag der Werksbesetzung, kam es bei Volvo in Schweden infolge ausbleibender Zuliferungen aus dem besetzten Frankfurter Werk zu Produktionsstockungen. Bei einem Weiterführen der Werksbesetzung um einige Tage hätten sich ähnliche Schwierigkeiten in kurzer Zeit auch in anderen großen Autofabriken ergeben. Am Mittwoch Morgen kam es zu einer Vereinbarung, an der der Betriebsrat und die IG Metall einerseits, sowie die Geschäftsleitung und ein Vertreter des Unternehmerverbandes auf der anderen Seite beteiligt waren. Sie beinhaltet als entscheidender Punkt die Rücknahme der angekündigten Massenentlassungen.

Auf einer Belegschaftsversammlung am Mittwoch Morgen wurde die Vereinbarung bekanntgegeben. Der Betriebsrat und die IGM-Ortsverwaltung forderten die Arbeiter auf, diese Vereinbarung anzunehmen und umgehend die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Arbeiter folgten dieser Aufforderung nur zögernd, denn die Vereinbarung enthält auch einige negative Punkte.

Neben der Rücknahme der angekündigten Entlassung von 115 Arbeitern wird in der Vereinbarung auch die Bezahlung der Streikschichten und der Ausschluß von Maßregelungen zugesichert. Zweifellos ein großer Erfolg!

Ein nicht zu rechtfertigendes Zugeständnis allerdings ist es, daß in der Vereinbarung ausdrücklich die Möglichkeit von Rationalisierungsmaßnahmen und Arbeitsplatzabbau im Angestelltenbereich eingeräumt wird. Die Tatsache, daß die Angestellten sich aus dem Streik herausgehalten haben, kann für die Vertreter von Betriebsrat und Gewerkschaft kein Grund sein, Derartiges zu unterschreiben.

Fragwürdig ist auch die Berechtigung eines weiteren Zugeständnisses von Betriebsrat und Gewerkschaft: Die Vereinbarung billigt den Rockwell-Kapitalisten die Möglichkeit zu, „Beschäftigungsengpässe durch Kurzarbeit im Rahmen des AFG" (Arbeitsförderungsgesetz), d. h. auf Kosten der Arbeitslosenversicherung, zu überbrücken. Dabei hatte Rockwell in den letzten Jahren Milliardengewinne zu verzeichnen!

Einige Kollegen waren der Ansicht, man hätte weiterstreiken müssen, bis die Geschäftsleitung ausdrücklich den Plan zurücknimmt, die Fensterheberproduktion aus Frankfurt zu verlagern.

Ein solch konsequentes Herangehen ist im Prinzip richtig. Allerdings muß dabei realistisch eingeschätzt werden, ob die Belegschaft den Kampf bis zur Durchsetzung einer derartig weitgehenden Forderung durchstehen kann (bzw. ob es möglich ist, zusätzlich Solidaritätsaktionen in anderen Betrieben auszulösen, um dadurch auch einen starken politischen Druck auszuüben).

Wie dem auch sei: Dieser Kampf bei Rockwell Golde muß als bedeutender Sieg der Arbeiter gewertet werden. Unter den Bedingungen der verschärften Wirtschaftskrise und der sprunghaft anwachsenden Massenarbeitslosigkeit ist es erstmalig gelungen, einen Konzern zu zwingen, geplante Massenentlassungen in einem seiner Werke zunächst vollständig zurückzunehmen.

Die Arbeiter von Rockwell Golde in Frankfurt haben damit den praktischen Beweis erbracht, daß der Kampf für die kompromißlose Verteidigung der Arbeitsplätze nicht nur realistisch ist, **sondern daß wesentliche Erfolge im Grunde nur auf dieser Linie zu erreichen sind.**

Begonnen hat die Umsetzung dieser Linie des Kampfes bereits — wenn auch noch widersprüchlich und mit Unklarheiten — im November '81 mit der neuntägigen Betriebsbesetzung bei VDM in Frankfurt/Heddernheim. Fortgeführt wurde die Sache dann im Januar '82 von der Belegschaft von Videocolor in Ulm.

Die Rockwell-Golde-Kollegen haben jetzt den ersten Durchbruch in diesem Kampf erzielt. Sie haben damit ein Beispiel für die gesamte Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gegeben. Jetzt heißt es, auf diesem Weg weiter vorzustoßen.

KPD an der Seite der Rockwell-Golde-Kollegen

Bereits am Samstag, einen Tag nach Beginn des Kampfes, unterstützten Genossen der KPD die Rockwell-Golde-Arbeiter durch die Verteilung von Tee und belegten Brötchen. Außerdem überreichten sie eine Grußadresse der Frankfurter Ortsgruppe der KPD und eine Spende von 100 Mark. In der Grußadresse heißt es:

„Wir haben uns unheimlich gefreut, als wir am Freitag erfuhren, daß Ihr um 12.30 Uhr in den Streik getreten seid und den Betrieb besetzt habt! (...)

Und Ihr habt ja auch ein klares Ziel vor Augen, nämlich den Erhalt Eures Arbeitsplatzes.

Was wir brauchen, sind die Arbeitsplätze, mit Sozialplänen muß endgültig Schluß sein!"

* * *

In einem ersten Flugblatt, das unsere Partei schon am Samstag an die streikenden Arbeiter verteilte, heißt es:

„Für Euch, die Ihr fast alle ausländische Kollegen seid und es damit doppelt schwer habt, gibt es nur diese einzige Möglichkeit:

Kompromißlose Verteidigung der Arbeitsplätze! Jeder Sozialplan muß abgelehnt werden!

Keine Sozialpläne — Arbeitsplätze brauchen wir!

Deshalb: Der Betrieb muß solange besetzt gehalten werden, bis gesichert ist, daß die Arbeitsplätze hier in Frankfurt erhalten bleiben. (...) **Die Ortsverwaltung Ffm der IG Metall darf sich kein zweites Mal aus ihrer Verantwortung und Pflicht stehlen. Sie muß jetzt handeln, sie muß die praktische Unterstützung der Arbeiter Frankfurts organisieren!**

Wie habt Ihr doch auf Euer Plakat geschrieben?

‚Da hilft Euch keine Maus, wir gehen hier nicht raus'.

Jawohl, haltet stand! Wenn es Euch gelingen sollte, die Arbeitsplätze zu erhalten, dann setzt Ihr damit auch Zeichen für andere Belegschaften, denen es ebenso ergeht wie Euch!

Dann wird es heißen: Wir machen es genau so wir Ihr!"

* * *

Am Mittwoch starteten zwei Redakteure des „Roten Morgen" mit dem Auto nach Frankfurt, um den Arbeitern von Rockwell Golde eine Grußadresse und eine Geldspende des Zentralkomitees der KPD zu überbringen. Als sie jedoch im Frankfurter Rockwell-Golde-Werk eintrafen, wurde dort bereits wieder gearbeitet.

Die RM-Redakteure aber wurden von Arbeitern trotzdem und obwohl einer der Bosse dagegen einzuschreiten versuchte, in das Werk geholt. Die Macht der streikenden Arbeiter lag immer noch in der Luft! Die Genossen überreichten dem Betriebsrat die Grußadresse samt Spende.

Anschließend setzten unsere Redakteure sich noch mit einem der aktivsten Streikkämpfer, einem türkischen Kollegen, zusammen. Der Kollege gab für die Leser des RM ein Interview. Wir werden es in der nächsten Ausgabe veröffentlichen. Im folgenden einige Auszüge aus der Grußadresse des Zentralkomitees der KPD:

„Auf die drohende Entlassung von 110 Kollegen und die beabsichtigte ‚Stillegung auf Raten' des Frankfurter Werkes habt Ihr eine sehr gute Antwort gegeben: Streik und Besetzung des Betriebes.

Das ist genau die Sprache, die die Konzernbosse wirklich verstehen und die sie fürchten. Auf diesem Weg könnt Ihr es schaffen und den Erhalt aller Arbeitsplätze bei Rockwell Golde in Frankfurt durchsetzen. (...)

Der Weg, den Ihr mit Eurer Aktion eingeschlagen habt, ist konsequent. Er muß und wird zum Weg der gesamten Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung werden: Kompromißlose Verteidigung aller Arbeitsplätze!"





Beim Besuch in Westdeutschland:

Reagan bringt seine Killerkommandos mit

Wenn US-Präsident Reagan im Juni nach Bonn und Westberlin kommt, ist er nicht allein. Mit ihm werden Spezialeinheiten der US-Armee kommen, um den Schutz ihres obersten Kriegsherrn selbst zu übernehmen. Das meldete am 1. April die Zeitung „Washington Post". Diese Maßnahme sei aufgrund der Erfahrungen der amerikanischen „Sicherheitskräfte" beim Westberlinbesuch des US-Außenministers Haig im Herbst 1981 ins Auge gefaßt worden.

Inzwischen dementierte der Pentagon-Staatssekretär für politische Fragen, Fred C. Ikle, diese Meldung und erklärte, es handele sich hier um Überlegungen, die noch nicht „ausgereift" seien. Man behalte sich allerdings eine solche Maßnahme vor, für den Fall, daß es konkrete Hinweise für eine besondere Gefährdung Reagans durch „den gewalttätigen Teil der Friedensbewegung" gäbe! Er fügte hinzu, man wolle keinen Einfluß auf die innenpolitischen Verhältnisse nehmen. Man rechne aber mit Verständnis dafür, daß Sicherheitsbelange der USA Vorrang haben müßten!

Na klar. Die Interessen der Kriegstreiber in Washington stehen höher als die Interessen westdeutscher Souveränität, als innenpolitische Bedenken. Dafür wird man in Bonn doch Verständnis haben, denn man hat Reagan ja persönlich eingeladen, und man weiß doch wohl, wie der über solche Fragen denkt! Da gilt dann dort, wo sich der Präsident aufhält, nicht mehr deutsches, sondern amerikanisches „Recht". Da geht die Verantwortung für „Sicherheit und Ordnung" in die Hände der US-Army über, die sich ja bei der Wahrnehmung dieser Verantwortung bereits auf der ganzen Welt bestens bewährt hat.

Das SPD-Bundesvorstandsmitglied Peter von Oertzen erklärte in einer ersten Stellungnahme, falls diese Pläne bestätigt würden, bedeutet dies eine „unerträgliche Einmischung" der US-Regierung, die auf eine fast koloniale Abhängigkeit der Bundesrepublik schließen lasse. „Ich behalte mir das Recht vor, auf der Bonner Kundgebung der Friedensbewegung zum NATO-Gipfel im Juni 82 das Wort zu ergreifen." Nur zu, Herr Oertzen, wenn Sie etwas Vernünftiges zu sagen haben. Für persönlichen Mut spräche solch ein Schritt schon deshalb, weil nach wie vor die Ausschlußdrohung aus der SPD für die Teilnahme an dieser Kundgebung im Raum steht. Allerdings sind wir weniger überrascht als von Oertzen, denn diese neue und zugegeben besonders unverschämte Provokation und Bedrohung der Kriegsgegner in unserem Land ist ja nicht das erste Zeichen dafür, wie es mit dem „partnerschaftlichen" Verhältnis zwischen Bonn und Washington steht. Die Politik der NATO wird seit eh und je vor allem in den USA bestimmt, und die Herrschenden im westdeutschen imperialistischen Staat haben sich in diesen Block gefügt, weil sie sich davon am meisten versprechen.

Deshalb ist es auch so wichtig, am 10. Juni ein klares Bekenntnis gegen die NATO, für den Austritt der Bundesrepublik aus diesem Kriegspakt abzulegen. Dafür hat sich unsere Partei bei allen Vorbereitungsgesprächen für die Demonstration eingesetzt, und in diesem Sinne werden wir auch dazu mobilisieren und daran teilnehmen.

Die Geisteshaltung der SPD-Verantwortlichen offenbarte einmal mehr ihr Bundesgeschäftsführer Glotz, der nicht etwa die US-Regierung für ihr Vorhaben, Spezialtruppen zu entsenden, angriff, sondern sein Bedauern kundtat, daß wieder einmal durch vorab bekanntgemachte Indiskretionen „gezielt Verwirrung gestiftet" würde. Glotz möchte lieber, daß derartige Vorgänge bis zum letzten Moment geheim bleiben, damit die Friedensbewegung davon überrascht wird.

Wenn Reagan sein Vorhaben wahrmacht und seine eigenen Soldaten mitbringt, wäre das ein Skandal ersten Ranges und zudem eine echte Bedrohung für die Friedensdemonstration. Die Skrupellosigkeit der US-Eliteeinheiten ist hinreichend bekannt. Was an den kritischen Worten dran ist, die einzelne SPD-Politiker gegen die Rüstungs- und Bündnispolitik der Bundesregierung äußern, wird sich auch daran zeigen, wie sie sich zu dieser Frage stellen, ob sie sich zu wirklichem Widerstand bereitfinden und ob sie zum Beispiel wenigstens jetzt dafür eintreten, Reagan nicht vor dem Bundestag sprechen zu lassen.

Die Kriegsgegner in der Bundesrepublik sollten sich durch diese Vorgänge bestärkt fühlen, für eine massenhafte Beteiligung an der Juni-Demonstration, für den Widerstand gegen die Politik der NATO und der Bundesregierung zu sorgen.

- **Ami go home!**
- **Bundesrepublik — raus aus der NATO! Neutralität!**
- **Aufkündigung des „Nach"-rüstungsbeschlusses!**
- **Sofortige einseitige Abrüstungsmaßnahmen!**

Provokationen

Die Hetze gegen alle Aktionen, die sich gegen den Reagan-Besuch in Westdeutschland richten, ist bereits im vollem Gange. Gerüchte von einer Bedrohung des US-Präsidenten werden in die Welt gesetzt, um die Aktionen zu verteufeln, eventuell Leute von einer Unterstützung abzuhalten und ein Massenaufgebot an Polizei, Grenzschutz und Militär — auch US-Militär — zu rechtfertigen. Mit dieser Hetze wird auch Provokationen Tür und Tor geöffnet.

Ein besonders plastisches Beispiel lieferte wieder einmal die „Bild"-Zeitung, hier ein Artikel vom 26. März:

Bundeswehr-Flak gestohlen Angst um Reagans Leben!

Terroralarm in Bonn! Bei der Bundeswehr ist ein Flugabwehr-Geschütz gestohlen worden – offenbar von Terroristen. Gleichzeitig warnen die Sicherheitsbehörden: Die Rote Armee Fraktion (RAF) plant zum NATO-Gipfel und Besuch von US-Präsident Reagan (kl. Foto oben) am 10. Juni einen Terroranschlag. (Lesen Sie bitte weiter auf der letzten Seite.)



Ein solches 20-mm-Flak-Geschütz wurde gestohlen, hier eingebaut im Turm des Schützenpanzers „Marder"

aus: „Bild", 26.3.1982

Wer weiß, was wir bis zum Juni noch alles erleben werden! Hauptsache: Wir lassen uns nicht irre machen und von den Vorbereitungen zum Massenprotest abhalten.

Autonome Friedensgruppen für Bonner Aufruf

Am 25. April versammelten sich in Göttingen rund 40 Vertreter aus Friedensinitiativen des Bundeskongresses Autonomer Friedensinitiativen (BAF), um über ihre Haltung zum Bonner Aufruf für die Anti-Reagan-Demonstration am 10.6. zu beschließen. Sie entschieden sich mehrheitlich dafür, den Bonner Aufruf zu unterschreiben — ausgenommen zwei Passagen, in denen die USA aufgefordert werden, in Genf ernsthaft zu verhandeln und die Mitgliedsländer der NATO aufgefordert werden, die Entspannungspolitik fortzusetzen.

Gleichzeitig werden die Friedensinitiativen der BAF in einer Erklärung der Teilnehmer des Treffens aufgefordert, auf der Grundlage des Aufrufs der BAF (siehe Auszüge) nach Bonn zu mobilisieren. Wir halten diese Entscheidung für falsch und von kurzsichtigen taktischen Erwägungen geleitet. Die Demonstration in Bonn muß eine klare Stoßrichtung gegen die Aggressions- und Kriegspolitik der USA, der NATO und der Bundesregierung haben. Der Bonner Aufruf bietet dafür keine Grundlage. Deshalb wäre es wichtig gewesen, daß die BAF ihren Aufruf als Alternative zum Bonner Aufruf aufrechterhalten hätten, um auf dieser Grundlage möglichst viele Menschen nach Bonn zu mobilisieren. Wir rufen jedenfalls alle Friedensinitiativen auf, auf der Grundlage des BAF-Aufrufs, von dem wir im folgenden Auszüge abdrucken, nach Bonn zu mobilisieren.

Aufruf der BAF Auszüge

Schmidt und Genscher wollen mit der Einladung ein „Signal für deutsche Bündnistreue" setzen. Sie verbünden sich damit mit einer Politik, die:

— das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen tritt wie aktuell gerade in El Salvador, wo ein Volk direkt oder indirekt durch die USA auf grausamste Weise niedergehalten und eine US-Intervention vorbereitet wird. (...)

— Die offen über den möglichen Sieg in einem Atomkrieg nachdenkt und entsprechende Schritte zu seiner Vorbereitung in Angriff nimmt.

— Die eine „schnelle Eingreiftruppe" aufbaut, die überall in der Welt schnell militärisch intervenieren kann, wenn dies zur Wahrung „vitaler Interessen" der USA für notwendig erachtet wird.

Allein die Anwesenheit des Hauptvertreters dieser Politik, Präsident Reagan, in Bonn ist für uns Grund genug, unsere Ablehnung und Abscheu vor einer solchen Politik zum Ausdruck zu bringen. (...)

Verteidigungsminister Apel sagte einmal, die größte Friedensbewegung sei die NATO. Mitnichten ist sie das. (...) Die NATO ist ganz offensichtlich das militärische Mittel der westlichen Mitgliedsländer, um ihre Vormachtstellung in der Welt sicherzustellen und auszudehnen — gegebenenfalls auch mit Krieg. (...)

Trotz einiger — zum Teil schwerwiegender — Differenzen haben die NATO-Länder ihre Gründe, Mitglied der NATO zu bleiben. Denn die Politik der NATO und der USA sichert ihnen die Teilhabe an der Weltmacht und damit den Zugang zu Rohstoffen sowie Arbeits- und Absatzmärkten. Der Öffentlichkeit in den eigenen Ländern gegenüber wird die NATO als Schutzbündnis gegen eine bevorstehende Aggression der Sowjetunion verkauft. Aber die NATO ist für uns kein Schutz, sondern eine Bedrohung. (...)

Wir können uns aus der geographischen Lage zwischen den beiden Großmächten nicht befreien. Wir können aber dafür eintreten, daß wir weder für die Interessen der einen noch der anderen Großmacht den Kopf hinhalten und wir können verhindern, daß die Bundesrepublik die offene Interventions- und Kriegspolitik der USA und der NATO unterstützt.

Wir haben keinerlei Vertrauen in die Abrüstungsverhandlungen in Genf. Allein eine starke Friedensbewegung kann zusammen mit den Befreiungsbewegungen der 3. Welt die Politik der USA und der NATO kreuzen. (...)

Rücknahme des NATO-„Nach"rüstungsbeschlusses!

Austritt der Bundesrepublik aus der NATO! Auflösung von NATO und Warschauer Pakt!

Für eine atomwaffenfreie Zone Mitteleuropa!

Vernichtung aller Massenvernichtungswaffen!

Keine Startbahn West in Frankfurt!

Schluß mit der Interventionspolitik in El Salvador!

Rassistische HLA als Partei anerkannt

Antifaschisten, wählt KPD — Liste 5!

HAMBURG. — Am 22. April wurde die Hamburger Liste für Ausländerstopp (HLA) als Partei anerkannt. Damit haben die Behörden der Stadt alle formellen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß sic diese faschistische Liste an den Bürgerschaftswahlen beteiligen kann. Die endgültige Entscheidung über die Wahlzulassung fällt am 7. Mai.

Die in Hamburg regierende SPD beläßt es bisher bei nichtssagenden Floskeln gegen die rassistische Politik, die diese Liste propagiert. Obwohl auch Innensenator Pawlczyk öffentlich erklären mußte, daß die HLA ein NPD-Unternehmen ist — was er allerdings erst tat, nachdem Antifaschisten ihm und den angeblich ahnungslosen Hamburger „Verfassungsschützern" die personelle Identität der Leitungsmitglieder nachgewiesen hatten —, fand sich bisher niemand zu einem Einschreiten gegen diese Umtriebe bereit. Verschiedene antifaschistische Organisationen, auch die KPD, fordern das Verbot der HLA. Aber die Behörden ebnen ihr den Weg.

So sieht der HLA-Vorstand aus:

Vorsitzender ist H.-J. Sabrautzki, Landesvorsitzender der NPD von 1976 bis 1978. Stellvertreter: Ulrich Harder, amtierender stellvertretender NPD-Landesvorsitzender, sowie Michael Anrejewski, Mitglied der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN). Im Schiedsgericht der HLA sitzt der amtierende Landesvorsitzende der NPD, Immanuel Regehy. Zu Beisitzern wurden die ANS-Mitglieder Christian Grabsch und Ulrich Thadard gewählt.

Gegen diese Liste ist eine politische, keine nur formaljuristische Entscheidung gefordert (ob die allgemeinen Grundlagen für eine Anerkennung als Partei gegeben sind, wie Programm, Satzung, fristgerechte Antragstellung...). Dazu muß der Senat gezwungen werden. Auf jeden Fall muß er eindeutig politisch Farbe bekennen.

Wie schon recht erfolgreich bei den Kommunalwahlen in Kiel machen sich auch in Hamburg die Faschisten die durch die Politik der Regierung und aller Bonner Parteien hervorgebrachte und geförderte ausländerfeindliche Stimmung zunutze. Es gehört ja zu den für diese Parteien allgemeingültigen Weisheiten, daß die angeblich übergroße Zahl von Ausländern die Grundlage der Ausländerfeindlichkeit sei, daß deshalb zumindest drastische „Zuzugsbeschränkungen" vorzunehmen seien — also der „Ausländerstopp", wie das die Nazis nennen —, daß „Rückführungsmaßnahmen" zu treffen seien usw. Die Ausländer nähmen uns die Arbeitsplätze weg, sie blockierten die schulische und berufliche Ausbildung deutscher Kinder usw. — all das ist Bestandteil offizieller Politik zur Spaltung der westdeutschen Arbeiterschaft, damit diese nicht geeint gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf ihre Schultern antreten kann, damit sie den wahren Feind nicht sieht, damit nicht der Kampf Arbeiterklasse gegen Kapitalistenklasse, sondern Deutsche gegen Ausländer die Kräfte der Arbeiterschaft in Anspruch nimmt.

Das ist der Boden, den die Nazis vorfinden. Und deshalb konzentrieren sie sich auf die Ausländerfrage, deshalb geben sie sich in „Bürgerinitiativen" überparteilich, um all die in der deutschen Bevölkerung tatsächlich vorhandenen Vorbehalte gegen die Ausländer organisieren zu können und damit Wasser auf ihre Mühlen zu leiten.

Ausdrücklich hat das ja der Terroristenführer Michael Kühnen, der zur Zeit noch im Gefängnis sitzt, aber bald freikommen soll, als Richtlinie seiner künftigen Politik und der seiner Anhänger ausgegeben. Die HLA ist der Beweis dafür, daß Kühnens Anweisungen bereits befolgt werden. Sie unterstreicht gleichzeitig, daß die NPD entgegen aller scheinheiligen Beteuerungen zu direkter Zusammenarbeit mit offenen Terroristen bereit ist. Es ist schon ein ungeheurer Skandal, daß diese Liste unbehelligt ihrer Arbeit nachgehen kann. Eine SPD-Regierung ermöglicht rechtsradikalen Bombenlegern prinzipiell den Zugang zu Parlamentssitzen!

Das Gründungsmanifest der HLA enthält die sattsam bekannten Forderungen mit der bei Wahlen üblichen „milderen" Formulierung. „Deutsche und Ausländer haben 20 Jahre lang zu beider Vorteil gut zusammengearbeitet. Wir konnten dank ihrer Arbeitskraft unsere Wirtschaft ausbauen; sie konnten der im ihrem Land herrschenden Arbeitslosigkeit entgehen und an unserem Lebensstandard teilhaben. Jetzt aber beginnen die Nachteile dieser Beziehung zu überwiegen." — im Klartext: Wir brauchen euch nicht mehr — haut ab, aber schnell! „Noch ist Trennung in Freundschaft möglich. In zehn Jahren wird es zu spät sein dafür." Das ist schon eine kaum noch verstellte Drohung. Und als Begleitmusik zu diesen Worten schmieren Anhänger derselben Parteien ihr „Ausländer raus!" an die Wände und legen Bomben in Ausländerunterkünften und türkischen Geschäften...

Einwanderungsstopp, Apartheidsklassen, Untergrabung des Asylrechts, „hartes Durchgreifen" gegen „Kriminelle" — das Standardrepertoire der Rechten wird abgespult. Damit soll „ein wirklicher Anfang gemacht" werden „zur Gestaltung einer gesunden und lebenswerten Hansestadt, unseres Hamburg".

„Gesund und lebenswert". Diese Worte klingen falsch im Munde von Leuten, die direkte Mitschuld an so vielen Verletzten und Toten, ausländischen und deutschen Arbeitern und Antifaschisten haben.

In Hamburg muß der Widerstand verstärkt werden. Gegen die Zulassung der HLA zur Wahl. Für das Verbot aller faschistischen Organisationen und die Bestrafung ihrer Aktivisten, der ANS ebenso wie der NPD. Gegen ausländerfeindliche Politik, wer immer sie auch betreibt. Für den gemeinsamen Kampf der deutschen und ausländischen Bevölkerung, aller Arbeiter gleich welcher Nationalität für ihre Lebensrechte unter der Losung: Die Reichen sollen die Krise bezahlen! Und letztendlich für eine Gesellschaft ohne Krisen, ohne Apartheid, ohne Faschisten: den Sozialismus.

Im Hamburger Wahlkampf steht nur eine Liste für diese Ziele: Die Liste 5 der KPD.

Prozeß gegen 5 Neonazis in Lübeck

Die Fememörder sind guten Mutes

LÜBECK — Am 19. April begann der Prozeß gegen fünf Hamburger Neonazis, die am 29. Mai vergangenen Jahres ein Mitglied ihrer terroristischen faschistischen Vereinigung — der Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS) — ermordet hatten, weil sie herausfanden, das es homosexuell war. Begleitumstände und Ablauf des Verfahrens stellen sich nach den ersten Prozeßtagen als Ermutigung für die Faschisten dar.

Regelrecht abgeschlachtet wurde der 26jährige Johannes Bügner von seinen „Kameraden" **Friedhelm Enk, Willi Wegner** und **Michael Frühauf**, zu deren Tat die Brüder **Olaf** und **Torsten König** Hilfestellung leisteten. Er wurde in eine Falle gelockt und mit mehr als 20 Messerstichen getötet, außerdem schnitten ihm seine Mörder die Kehle durch.

Noch im Gerichtssaal brüsten sich die Nazis mit ihrer nationalsozialistischen Gesinnung. Enk beantragte gar, am 20. April — „Führers Geburtstag" — eine Verhandlungspause einzulegen; ein Ansinnen, dem der Vorsitzende Richter Kröger bedauernd nur deshalb nicht entsprach, weil das zu bewältigende Material so außerordentlich umfangreich sei. Enk: „Ich bin furchtbar traurig darüber, aber ich habe mich damit abgefunden." Kröger: „Das ist schön..."

Enk und Wegner betonen ihren freiwilligen Bundeswehrdienst, bei dem sie auf viele Gleichgesinnte gestoßen seien. Enk, ausgebildeter Einzelkämpfer, wurde mehrfach ausgezeichnet; „für meine Härte", wie er stolz erzählt. Insgesamt befand Enk diese Armee allerdings für „zu schlapp".

Den unmittelbaren Mordbefehl gab nach Enks Aussagen Michael Frühauf, 25 Jahre alt und sinnigerweise Rechtsberater von Beruf. Er eifert erklärtermaßen seinem Vater nach, der Mitglied der Waffen-SS und Kriegsfreiwilliger war. Die Autorität zu seinen Befehlen erlangte Frühauf durch seinen Posten als „Chef des Sicherheitsdienstes" der ANS.

Der eigentliche Drahtzieher dieses Verbrechens — wie vieler anderer der Bande — ist aber **Michael Kühnen**, der vor Jahren die ANS aufbaute. Er sitzt zur Zeit noch in Haft, soll aber bereits im Sommer entlassen werden, obwohl er bereits öffentlich angekündigt hat, weiter im nationalsozialistischen Sinne tätig sein und dabei auch terroristische Mittel anwenden zu wollen.

Frühauf besuchte Kühnen noch wenige Tage vor dem Mord im Gefängnis und sprach sich mit ihm über das Vorgehen gegen Bügner ab. Homosexuelle werden in diesen Kreisen „Verrätern an der Idee" gleichgesetzt.

Frühauf ist nicht nur für die ANS tätig. Sondern auch für den Verfassungsschutz! Kurz vor der Tat ist er in die Dienste der Hamburger Abteilung des staatlichen Spitzeldienstes getreten, um sich für Informationen aus der rechten Szene ein monatliches Zubrot von 500 Mark zu verdienen. Das sagte er selbst am ersten Verhandlungstag aus.

Die Anklage wird von der Lübecker Staatsanwaltschaft vertreten. Nicht etwa von der Bundesanwaltschaft des Herrn Rebmann, der sich so gern als Terroristenjäger hinstellt. Obwohl die ANS inzwischen offiziell als terroristische Vereinigung bezeichnet wird, lehnte die Karlsruher Behörde eine Übernahme des Falls, der ihr von der örtlichen Staatsanwaltschaft angetragen wurde, ab.

Wie wenig Interesse der Staat an einer konsequenten Verfolgung der Faschisten hat, wird auch noch durch ein anderes Geschehen deutlich, das im Zusammenhang mit dem Lübecker Prozeß von Interesse ist.

Der Kopf der ANS, Kühnen, der den eigentlichen Anstoß zur Ermordung Bügners gab, wikkelte von seiner Zelle im Celler Gefängnis aus eine rege Korrespondenz ab. Nach Angaben des niedersächsischen Justizministeriums verschickte er im Jahr 1981 1 032 Briefe und erhielt selbst 1 261 Schreiben. Kühnen selbst gibt unumwunden zu, daß er damit sein künftiges politisches Wirken vorbereiten wolle, das für ihn vor allen Dingen in dem Aufgreifen und der Anheizung ausländerfeindlicher Stimmungen besteht, eine Politik, von der er sich Masseneinfluß für die militanten Faschisten verspricht.

Über den Inhalt der Korrespondenz dieses unverbesserlichen Terroristen, der — ginge es mit rechten Dingen zu — niemals wieder auf freien Fuß gesetzt werden dürfte, ist sich in den verantwortlichen Stellen ebenfalls niemand im Unklaren. Und man schreitet nicht etwa dagegen ein, sondern fördert es sogar.

Als der Leiter der Justizvollzugsanstalt eine Briefsendung anhalten wollte, die Kühnens „Gedanken zur Volksverteidigung und zur Staatsreform" enthielt, entschied die Strafvollzugskammer, es handele sich zwar um „unzweifelhaft nationalsozialistisches Gedankengut", in dessen Verbreitung Kühnen jedoch nicht gehindert werden dürfe! Eine Beschwerde des Präsidenten des Justizvollzugsamtes gegen diesen Beschluß wurde vom Oberlandesgericht verworfen.

Das ist die bittere Wahrheit über die Zustände in der Bundesrepublik:

Da wird den Nazi-Terroristen nicht der Weg verbaut, da wird ihnen der Weg geebnet, wie Kühnen, der eine Symbolfigur der terroristischen Rechten darstellt. Wenn sie allzusehr über die Stränge schlagen, stellt man sie schon mal vor Gericht und sperrt sie auch ein, aber ihnen das Handwerk legen — nein, dafür kann man sie doch allzu gut für die eigenen politischen Pläne benutzen, kann sie die Drecksarbeit machen lassen und sich dann auch noch als liberalen Saubermann hinstellen... In der Frage der Ausländerfeindlichkeit, die von allen politischen Parteien in Bonn und den Länderregierungen zur Spaltung der werktätigen Bevölkerung, zur Ablenkung von den wirklichen Ursachen der kapitalistischen Krise, die die einfachen Menschen heute schon so hart trifft, benutzt wird und der sich die Neonazis nun besonders annehmen wollen und das auch schon tun — im Vorstand der Hamburger Liste für Ausländerbegrenzung zum Beispiel sitzen ja neben NPDlern auch zwei ANS-Mitglieder — wird dieses Zusammenwirken besonders deutlich.

Vertrauen in staatliche Institutionen beim Kampf gegen die faschistischen Umtriebe ist vollkommen unangebracht. Den müssen die antifaschistischen Kräfte in unserem Land kompromißlos in die eigenen Hände nehmen. Nur so wird sich etwas ändern.

Alle Bundesländer wollen CS-Gas

HANNOVER. — Die sogenannten Polizei- und „Sicherheits"-Experten aller Bundesländer befürworten jetzt einhellig den Einsatz des völkerrechtlich geächteten Kampfstoffes CS durch die bundesdeutsche und Westberliner Polizei. Das geht aus einem internen Bericht des Unterausschusses „Leitende Exekutivbeamte" hervor, der Anfang April in Hannover vor den Ländervertretern beschlossen wurde.

Damit steht der bundesweite Einsatz dieses Giftgases bevor. Damit sind offenbar auch die eine Zeitlang von SPD-Ministern vorgebrachten „Bedenken" ausgeräumt, denn auch die Bundesländer, in denen die SPD regiert bzw. mitregiert, erhoben keine Einwände mehr. Dies war von vornherein zu erwarten, nachdem auch diese Minister alle wissenschaftlichen Beweise für die extreme Gesundheitsschädlichkeit, für die tödliche Gefahr, die vom Einsatz des CS-Kampfstoffes ausgeht, in den Wind geschlagen hatten.

Der Beschluß der Länder-„Experten" erfolgte nur wenige Tage, nachdem das Freiburger Öko-Institut die Gefährlichkeit des von offizieller Seite als „unbedenklich" bezeichneten Gases nachgewiesen und seine Verwendung als „unverantwortbar" gekennzeichnet hatte. Wie der „Rote Morgen" schon im letzten Jahr in mehreren Artikeln dargestellt hatte, sind die tatsächlichen Eigenschaften des CS schon lange bekannt, ebenso natürlich die völkerrechtliche Ächtung des Stoffes, den unter anderem die US-amerikanischen Truppen in Indochina eingesetzt haben.

Das alles spielt keine Rolle, wenn die Staatsgewalt nach einem geeigneten Mittel gegen „gewalttätige Störer und Demonstranten" sucht, nach einer neuen Bürgerkriegswaffe. An der Frankfurter Startbahn West hatten baden-württembergische Beamte ihr CS bereits mitgebracht. In einer Situation sich verschärfender kapitalistischer Krise und anwachsenden Widerstandes in allen Teilen der Bevölkerung verstärkt der bundesdeutsche Staat — weit davon entfernt, freiwillig den berechtigten Forderungen seiner Bürger nachzugeben — seine Bürgerkriegsvorbereitungen, um die Interessen und den Besitzstand der Reichen, der Kapitalisten, zu schützen.

Brokdorf-Prozesse

Freiheit für Markus Mohr und Michael Duffke!

Das Verfahren geht zu Ende

ITZEHOE. — Das Gerichtsverfahren gegen Markus Mohr und Michael Duffke geht zu Ende. Den beiden wird, wie auch der „Rote Morgen" berichtete, vorgeworfen, während der großen Demonstration gegen das Atomkraftwerk Brokdorf Anfang letzten Jahres den Polizisten Schütt in einem Wassergraben verprügelt zu haben. Sie wurden zu Beginn einer Fahndung, zu der ein mittlerweile berühmtes Pressefoto der Illustrierten „Stern" mißbraucht wurde, als „Mörder von Brokdorf" bezeichnet, obwohl Schütt kaum etwas passiert war. Vor Gericht tritt die Haltlosigkeit der Anklagekonstruktion immer deutlicher zutage.

Was sich in der letzten Woche in dem Prozeß tat, schildern Kollegen vom „Arbeitskreis Leben — Gewerkschafter gegen Atomstrom" in ihren Prozeßnachrichten so:

„Zur Zeit werden wiederum Augenzeugen des Grabenvorfalls — die sich auf Zeugenaufrufe der Anwälte gemeldet haben — verhört.

Sie schilderten sehr eindrucksvoll wie sie die Demonstration empfunden, was sie erlebten. So schilderten die Zeugen D. und Günter W. eine Szene, die sich parallel zum Grabenvorfall ereignete. Kette um Schütt, um ihn zu schützen und bringen ihn zur Krankenstation bei Bauer Bolten.

Soweit bisher die neuesten Zeugenaussagen. Übrigens, einen Ortstermin lehnte das Gericht ab. Diesen Beschluß verkündete Selbmann auf einem der letzten Verhandlungstage. Es reiche aus, Fotos zu sehen.

In wenigen Tagen wird nun die Beweisaufnahme geschlossen. Dann werden Staatsanwaltschaft und Verteidigung ihre Plädoyers halten, bis dann Selbmanns Kammer zum Richterspruch kommen wird. Dieses bezeugt jedenfalls die Redakteurin Regine Meyer. Schmidt stritt vor Gericht ab, dieses Interview gegeben zu haben. Eine reine Schutzbehauptung. Gegen die Veröffentlichung im „Hamburger Abendblatt" hatte er bisher nichts einzuwenden gehabt und nichts unternommen. Und das sagte dieser Hetzer damals, als schon feststand, daß Schütt nahezu unverletzt war, und im vollen Wissen um den tatsächlichen „Tathergang":

„...schildert Polizeidirektor Schmidt dem Hamburger Abendblatt: ‚Ein Trupp militanter Demonstranten schleifte den Beamten in den nahen Wassergraben, während einige Leute mit Stangen auf den Wehrlosen einschlugen, drückten ihn andere mehrfach in das eiskalte Wasser. Auf dem Weg zu einem nahegelegenen Bauernhof wurden der bereits schwerverletzte Polizist und eine ‚Bewacher' noch einmal überfallen und ‚furchtbar zusammengeschlagen', so Walter Schmidt.



SEK = Skrupellose, Entmenschte Kampfmaschinen. **Dieses Transparent mit der treffenden Entschlüsselung des Kürzels für die Sondereinheiten der Polizei, die damals in Brokdorf hemmungslosen Terror ausübten und heute vor Gericht verlogene Aussagen machen, hängten AKW-Gegner vor dem Itzehoher Landgericht auf.**

Polizisten stürmen hinter den Demonstranten her. Ein junger Menn rutscht auf der nassen Straße aus, kurze Zeit später dreschen 10 bis 12 Polizisten auf ihn „unentwegt" ein. Er trägt keine Schutzkleidung. Die Demonstranten rufen: „Mörder, Mörder", haben eine unheimliche Wut, als gleichzeitig der Polizist ihnen zu Füßen in den Graben rutscht. Der Zeuge W. zu diesen parallel ablaufenden Szenen, zu der Situation von Schütt: "Wie Schläge auf den Panzer einer Schildkröte".

Im wesentlichen bestätigen alle Zeugen die Zeugenaussage des Zeugen Warnecke, wonach Schütt mit erhobenem Knüppel einen Demonstranten verfolgte, sein Schlag aber verfehlte, er am Grabenrand abrutschte und in den Graben fiel. Demonstranten sprangen nach, um dem jungen Mann zu helfen, nämlich dem, den Schütt schlagen wollte und die sich jetzt im Graben gegenüber standen, ließen dann aber wieder von ihm ab.

Schütt wollte ans Ufer, bekam dort die Schläge, die der Pressefotograf Tobias Held in seiner Kamera einfing und die Auslöser der bundesweiten Fahndung nach den ‚Mördern von Brokdorf' waren. Schütt krabbelte schnell auf allen vieren an das andere Ufer und ließ sich von Demonstranten ‚aus dem Wasser helfen'.

Dann wurde er von Demonstranten erneut umringt und geschlagen. Zum erstenmal macht er einen ‚benommenen' und ‚angeschlagenen' Eindruck. Andere Demonstranten bilden eine

Verfahren, was mit einem Revisionsgrund im Gepäck durchgeführt wurde, hat dann über 50 Prozeßtage lang gedauert. Michael Duffke wird sich dann seit über einem Jahr in Untersuchungshaft befinden. Wir können an dieser Stelle nur unsere Forderungen wiederholen:

- **Freiheit für Markus Mohr und Michael Duffke!**
- **Kein Atomkraftwerk in Brokdorf und auch nicht anderswo!**
- **Uneingeschränktes Demonstrationsrecht!"**

In den letzten Wochen war auch ein Vorfall Gegenstand der Verhandlung, der einer der Auslöser für die unwahrscheinliche Hetze gegen die Angeklagten war. Es handelt sich um ein Interview, das ein Polizeidirektor Schmidt am 4. März dem „Hamburger Abendblatt" gab. Das

Zur Demonstrantenszene gehörende Ärzte auf dem Bauernhof alarmierten den Rettungshubschrauber, Walter Schmidt: ‚...laß ihn in Ruhe, der kommt doch nicht durch', sollen die Ärzte gesagt haben. Es sei nicht auszuschließen, daß die militanten Demonstranten den SEK-Mann als Geisel nehmen wollten, meinte Walter Schmidt..."

Die Anwälte von Markus Mohr und Michael Duffke haben Strafantrag gegen diesen Herrn gestellt.

Unsere volle Solidarität gehört den Angeklagten. Die „Roter-Morgen"-Redaktion hat eine Protestresolution des Aktionskreises Leben unterzeichnet, in der die Richter aufgefordert werden, die Angeklagten freizusprechen, und an das Landgericht Itzehoe geschickt.

Weitere Verfahren

Herbert Bauermann aus Uelzen war damals auch in Brokdorf. Als die Polizei mit Hubschraubern begann, Jagd auf Demonstranten zu machen, flüchtete er mit Freunden. Er wurde abgedrängt, von einem Hubschrauber zu Boden gedrückt, von den heraneilenden Polizisten schwer zusammengeschlagen. Er mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Jetzt steht er vor Gericht — einer der verlogenen SEK-Beamten, der sich inzwischen vor Gericht vollkommen in Widersprüche verstrickte, beschuldigt ihn, zwei Steine gegen die Polizisten geworfen zu haben.

Wir fordern Freispruch!

Josef Leinen, Vorsitzender des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) wird von der Staatsanwaltschaft Itzehoe der „Leitung einer verbotenen Demonstration", eben der besagten Brokdorf-Demonstration, beschuldigt. Inzwischen wurde Strafantrag gestellt.

Dies ist ein weiterer Versuch der Kriminalisierung des Protestes gegen die verbrecherische Atompolitik der Regierung. Wir fordern die Einstellung des Verfahrens!

Aktionseinheit gegen „Graue Wölfe"

Volkskorrespondenz aus Düsseldorf

Am Sonntag, dem 18.4.1982, demonstrierten in Düsseldorf Demokraten, Antifaschisten und Kommunisten gemeinsam gegen eine „Kulturveranstaltung" des „Türkischen Kulturvereins", hinter dem sich die Faschisten der MHP und der „Grauen Wölfe" verstecken. Direkt nach Bekanntwerden der Veranstaltung wird ein Aktionskomitee gebildet, an dem Vertreter verschiedener Organisationen teilnehmen, unter anderem DIDF, FIDEF, Ausländergruppe Düsseldorf-Bilk, *Volksfront*, KPD, KJD, VVN.

Es gelingt, daß ein ursprünglich von den Faschisten angemieter Saal vom Besitzer wieder gekündigt wird, nachdem man ihn über den tatsächlichen Charakter der Veranstaltung aufgeklärt hat. Die Faschisten sind damit gezwungen, die Veranstaltung in ihren eigenen Räumen durchzuführen.

Das Aktionskomitee ruft zu einer Gegendemonstration auf, an der sich ca. 400 Menschen beteiligen. Der gesamte Häuserblock, in dem sich die Räume des von den Faschisten geführten „Kulturvereins" befinden, wird systematisch von der Polizei abgesperrt. Reiterbarrikaden und Polizeihundertschaften schützen die Veranstaltung.

Als die Antifaschisten auf einem in Sichtweite gelegenen Platz ihre Abschlußkundgebung durchführen, wird dieses Vorgehen der Behörden und der Polizei noch einmal von einem Redner des Aktionskomitees besonders angeprangert.



Auch wenn die Veranstaltung der Faschisten nicht verhindert werden konnte, so wurde mit der Aktion doch klargemacht, daß solche faschistischen Umtriebe auf den Widerstand der Düsseldorfer Antifaschisten stoßen und man sich auch über bestehende Meinungsverschiedenheiten hinweg zusammenschließt, um gemeinsam gegen die Faschisten vorzugehen.

---

15 Jahre ROTER MORGEN

Wir laden ein zum Pressefest:

11./12. September im Ruhrgebiet

Beteiligt euch an den Wettbewerben!

„Roter-Morgen"-Verkaufswettbewerb

Wertungszeitraum: 1. Mai bis 1. September

Dies soll ein Wettbewerb zwischen den Ortsgruppen der Partei sein. Wir fordern alle Genossen auf, ihre bisherige Verkaufspraxis zu überprüfen, nach neuen Möglichkeiten zu suchen und diese umzusetzen.

Schreibt uns über eure Ideen und Erfahrungen, wir werden darüber berichten. Der Wettbewerb ist ja keine Geheimkonkurrenz, er soll Ansporn sein, damit wir insgesamt vorankommen.

Die Preise, die dabei zu gewinnen sind, kann sicher jede Ortsgruppe für ihre Arbeit gebrauchen:

1. Preis — Ein Diaprojektor
2. Preis — Ein Epidiaskop
3. Preis — Ein kompletter Parteistand (mit Tisch, Sonnenschirm, Stelltafeln, Parteifahne)

„Roter-Morgen"-Abonnenten-Werbewettbewerb

Wertungszeitraum: 1. Mai bis 1. September

Hier ist jeder einzelne Leser des „Roten Morgens" aufgerufen, aktiv zu werden. Neben der Freude über die weitere Verbreitung unserer Presse winkt als

Hauptpreis — Eine Flugreise nach Albanien
Zwei Wochen Vollpension mit Ausflügen für eine Person
Die anderen Preise sind attraktive Buchpreise

Erzählwettbewerb

Was ihr erlebt habt im politischen, gewerkschaftlichen Kampf, im Betrieb, mit dem Staat, seinen Nazis, seiner Polizei oder seinen Sozialämtern, mit Kollegen und Genossen im Kampf für unsere Sache — schreibt es auf. Große Scheu ist unangebracht, man muß kein Schriftsteller sein, um im „Roten Morgen" berücksichtigt zu werden. Schon vor dem Pressefest werden wir einzelne Einsendungen abdrucken. Aus euren Erfahrungen können andere lernen, sie können Ansporn sein.

Einzige Auflage: Schreibt bitte nicht mehr als 200 Schreibmaschinenzeilen.

Auch hier gibt es etwas zu gewinnen:

1. Preis — Eine Spiegelreflexkamera
2. Preis — Ein Kassettenrecorder mit Mikro
3. Preis — Ein Buchpreis

Einsendeschluß: 15. August 1982



Ich haben den/die unten Genannte(n) als neue Abonnenten des „Roten Morgens" geworben. Ich nehme damit am Wettbewerb teil. Das Abo soll beginnen ab Nr. /82. Es gelten die bekannten Abonnements- und Vertriebsbedingungen.

Name des Werbers:

Straße:

Plz./Ort:

RM-Abo-Wettbewerb

Name des Abonnenten:

Straße:

Plz./Ort:

(Ausschneiden, auf Postkarte kleben oder in Briefumschlag stecken, einsenden!)

Jetzt geht's los!

Wir hoffen, daß sich unsere Genossen und Freunde von Flensburg bis München inzwischen eingestimmt haben auf die Wettbewerbe zum Pressefest „15 Jahre ‚Roter Morgen'". Am 1. Mai beginnt die Wertung, schon während der Demonstrationen sollten also die vielen Ideen in die Tat umgesetzt werden.

Bei erfolgreicher Abonnentenwerbung bitten wir, den untenstehenden Vordruck auszufüllen, auf eine Postkarte zu kleben und an die Redaktion zu schicken.

Im Erzählwettbewerb ist bereits der erste Beitrag eingegangen, wir rechnen mit zahlreichen Nachahmern!

Viel Spaß, viel Schwung und viel Erfolg wünscht allen Teilnehmern

Eure „Rote-Morgen"-Redaktion

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

* * *

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

Spendenkampagne zum 5. Parteitag der KPD

	DM
LBV Weser-Ems	516,—
LBV Baden-Württemberg	60,—
Veranstaltung Westberlin-Wedding	50,—
I.T., Westberlin	500,—
W.K., Bremen	200,—
T.R., Hamburg	50,—
LBV Schleswig-Holstein	32,—
J.W., Schweinfurt	20,—
LBV Ruhr	10200,—
Zelle Hoesch, Dortmund	400,—
G.Sch., Dortmund	20,—
E.A., Müden	100,—
A.B., Osnabrück	5100,—
J.D., Essen	10,—
Türk. Kollegen	8,—
R. u. W.H., Mudersbach	20,—
Kollege, Bochum	200,—
Seminar der Parteischule	111,11
Genossen aus Dortmund	2200,—
insgesamt	19797,11

Spenden für den „Roten Morgen"

	DM
LBV Hamburg-Unterelbe	150,—
C.K., Westberlin	400,—
P.K., München	1500,—
Kollege, Bochum	200,—
insgesamt	2250,—

Damit sind insgesamt 55505,79 DM Spenden für den „Roten Morgen" eingegangen.

Spenden zur Unterstützung unserer Genossen in der DDR

	DM
LBV Weser-Ems	1000,—
KS Bochum	30,—
Skatrunde Wilhelmshaven	35,—
B.J., Gelsenkirchen	16,—
insgesamt	1081,—

Damit sind insgesamt 5845,65 DM an Spenden für die Genossen in der DDR eingegangen.

Spenden für die Hinterbliebenen der ermordeten Genossen aus Kosovo

	DM
Berichtigung:	
Fam. B.E., Kiel	30,—
(die Spende war irrtümlich in der letzten Spendenliste als Spende für die DDR-Genossen aufgeführt)	
J.J., Stuttgart	100,—
Kollegen aus Melle	50,—
L. u. E.K., Kassel	100,—
insgesamt	280,—

Damit sind insgesamt bisher 1300,— DM für die Hinterbliebenen der Genossen aus Kossovo bei uns eingegangen.

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.



Eine Gruppe von Arbeiterinnen der Textilfabrik in Korça bereitet sich auf die Kontrolle des städtischen Gesundheitswesens vor.

Arbeiterkontrolle in Albanien

Als in Polen der General Jaruzelski zum Schlag gegen die Arbeiterbewegung ausholte, begründete er das mit der Notwendigkeit, „konterrevolutionäre Aktivitäten“ auszumerzen. „Konterrevolutionär“ und „antisozialistisch“ waren nach der Logik dieses Generals und seiner Hintermänner beispielsweise die Bestrebungen der Solidarność, bestimmte Kontrollfunktionen der Arbeiter in den Betrieben, beispielsweise das Recht, über die Anstellung von Werksdirektoren zu entscheiden, durchzusetzen.

Ganz offensichtlich also fürchteten die Herren des angeblich sozialistischen Polens jede Form einer Kontrolle oder auch nur einer Mitsprache durch die Arbeiter wie der Teufel das Weihwasser. Und sie hatten und haben auch allen Grund dazu: Bilden sie doch eine Klasse von kapitalistischen Ausbeutern und Schmarotzern, die ihre Profite und Privilegien gegen diejenigen verteidigen, die nur in der Propaganda die „Herren des Landes“ sind — die Arbeiter nämlich. Und um all das zu sichern, was sie sich auf Kosten der Werktätigen zusammengerafft haben, sind sie — wie sich im vergangenen Dezember gezeigt hat — eben auch bereit, die Panzer auffahren zu lassen.

Mit Sozialismus hat all das nicht das geringste zu tun. Und es gibt ja mit dem sozialistischen Albanien das konkrete Beispiel dafür, wie eine Gesellschaftsordnung aussieht, in der tatsächlich die Arbeiterklasse an der Macht ist. Nehmen wir nur die oben angeschnittene Frage der Kontrolle. Welche realen Möglichkeiten haben die Arbeiter in Albanien, um Kontrollfunktionen im Produktionsprozeß, oder auch in anderen Bereichen auszuüben?

Eines der wichtigsten Instrumente, das schon lange zu einer festen Einrichtung geworden ist, stellt hier die Arbeiter- und Bauernkontrolle dar. In allen Industriebetrieben, Staatsfarmen und landwirtschaftlichen Genossenschaften werden solche Gruppen der Arbeiter- und Bauernkontrolle gebildet. Sie setzen sich ausschließlich aus Werktätigen zusammen, die in der Produktion arbeiten, also je nach dem Bereich Arbeiter oder Genossenschaftsbauern. Die Gruppen werden nicht irgendwie „von oben“ eingesetzt, sondern von den jeweiligen Belegschaften auf Versammlungen gewählt. Bezeichnend ist dabei eine Art Rotationsprinzip: Jedes Jahr wird ein Drittel der Mitglieder einer Kontrollgruppe neu gewählt, eine wichtige Voraussetzung dafür, daß sich möglichst viele Werktätige an der Arbeit beteiligen können.

Welche Aufgaben haben nun diese Kontrollgruppen? Ihre Tätigkeit zielt im wesentlichen darauf ab, alle Erscheinungen zu bekämpfen, die gegen die Interessen der Arbeitermacht und damit der Werktätigen gerichtet sind. Dazu gehören beispielsweise Bürokratismus, Schlampereien mit dem sozialistischen Eigentum, Übertretungen von Gesetzen oder auch die persönliche Raffgier einzelner Leute.

Der Sozialismus ist keine „heile Welt“, solche Erscheinungen wie die hier genannten treten auch dort auf. Die Frage ist eben nur, ob man sie wuchern läßt oder ihnen energisch entgegentritt. Gerade aus den Erfahrungen mit der Entartung von früher sozialistischen Ländern wie der DDR oder Polen haben die Albaner die notwendige Schlußfolgerung gezogen, daß man es nicht zulassen darf, solche Erscheinungen zu einem ganzen System werden zu lassen. Und deshalb tritt, wo immer etwas faul ist, die Arbeiter- und Bauernkontrolle in Aktion.

Die einzelnen Gruppen sind dabei mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet. Sie haben das Recht, in dem Bereich, den sie überprüfen, alle Bücher und sonstigen Unterlagen einzusehen. Jedermann ist ihnen gegenüber zur Auskunft verpflichtet. Und die Gruppen können auf diese Art nicht nur Mißstände aufdecken, sie sorgen auch gleich für deren Beseitigung. Sie haben nämlich auch das Recht, bestimmte Maßnahmen anzuordnen und notfalls auch für personelle Konsequenzen zu sorgen. Wenn also eine Kontrollgruppe beispielsweise eine Untersuchung in einem Betrieb durchführt —, was übrigens stets ohne vorherige Ankündigung geschieht — dabei auf schwerwiegende Mißstände stößt und zu der Ansicht gelangt, daß leitende Kader in diesem Betrieb ihre Aufgaben nicht korrekt erfüllen, dann kann sie auch deren Entlassung bewirken.

Die Tätigkeit der Kontrollgruppen beschränkt sich nicht nur auf den eigenen Betrieb, beziehungsweise die eigene Genossenschaft. Es wird vielmehr auf Bezirksebene jeweils eine Gruppe der Arbeiter- und Bauernkontrolle gewählt, die für sämtliche Einrichtungen dieses Bezirks zuständig ist. Das heißt, sie kontrolliert die Staatsorgane, das Gesundheitswesen, Schulen usw. Diese Gruppen, die auch jederzeit unangemeldet irgendwo auftauchen können, sind mit den gleichen Rechten ausgestattet wie diejenigen Gruppen, die auf der Ebene eines Betriebs oder einer Genossenschaft aktiv werden.

Ein wesentlicher Faktor für eine effektive Arbeit ist die Tatsache, daß sich die Mitglieder der Arbeiter- und Bauernkontrolle umfassend auf ihre Tätigkeit vorbereiten können. Das ist ja auch unbedingt notwendig, denn wenn eine Gruppe beispielsweise eine nicht nur oberflächliche Kontrolle in einem Verwaltungsorgan durchführen will, dann muß sie sich gründliche Kenntnisse über diesen Bereich angeeignet haben. Solche Kenntnisse werden in besonderen Schulungskursen vermittelt, außerdem kann die Gruppe auch Spezialisten für ihre Arbeit heranziehen.

Die Arbeiter- und Bauernkontrolle in Albanien kann man fast schon als Massenbewegung bezeichnen. Zehntausende von Werktätigen arbeiten jeweils in den verschiedenen Gruppen. Sie sind damit aktiv an der Leitung des Landes, an der faktischen Regierungstätigkeit beteiligt. Dabei ist die Arbeiter- und Bauernkontrolle nur eine — wenn auch äußerst bedeutsame — Form, in der die Werktätigen ihre Macht unmittelbar ausüben. Sie steht auch nicht im Widerspruch zur kommunistischen Partei oder zum Staatsapparat. Denn im sozialistischen Albanien sind Partei und Staat selbst Instrumente der Arbeitermacht. Aber dennoch sind solche Einrichtungen wie die Arbeiter- und Bauernkontrolle notwendig, weil durch sie ganz konkret und unmittelbar gewährleistet wird, daß die Werktätigen tatsächlich die Herren des Landes sind.

Gewerkschaftsverband Albaniens

Gewerkschaftskongreß für Juni einberufen

Lieber „Roter-Morgen“-Leser! Eigentlich wollte ich nach meinem langen letzten Brief so schnell nicht wieder schreiben, doch als ich heute morgen in der Frühstückspause die Zeitung aufschlug, mußte ich meinen Vorsatz aufgeben, denn in Albanien bahnt sich nach dem 8. Parteitag der PAA ein weiteres wichtiges Ereignis an.

Briefe aus Albanien



Also: Aus einer Meldung der ATA geht hervor, daß am 15. März das Plenum des Zentralrates des Gewerkschaftsverbandes Albaniens (GVA) im Kulturpalast Tiranas zusammengetreten war. Der Präsident Rita Marko, Mitglied des Politbüros der PAA, erstattete Bericht „Über die Einberufung des 9. Kongresses des GVA und die anstehenden Aufgaben, um die Rolle der Arbeiterklasse bei der Durchführung des Beschlüsse des 8. Parteitags der PAA weiter zu heben“.

Der 9. Kongreß des GVA wird am Sonntag, den 6. Juni 1982 beginnen und in der Hauptstadt stattfinden.

Für die Vorbereitungen beschloß das Plenum des Zentralrats folgendes: Im April sind in sämtlichen Betrieben und Institutionen neue Gewerkschaftsleitungen und Delegierte für die Rayonskonferenzen zu wählen. Bis zum 20. Mai müssen sämtliche Rayons- und Bezirkskonferenzen stattgefunden haben, auf letzteren werden neben der Bezirksleitung die Kongreßdelegierten gewählt.

Nun sind ja Gewerkschaften im Sozialismus nicht so ohne weiteres mit Gewerkschaften im Kapitalismus zu vergleichen; während erstere eng mit dem Arbeiterstaat zusammenarbeiten (aber keinesfalls verschmelzen), arbeiten letztere gegen den Staat bzw. sollten es tun. Eines aber haben die Gewerkschaften in beiden Gesellschaftssystemen gemeinsam; höben wie drüben müssen sie Kampforganisationen der Arbeiterklasse sein, hier, um für die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Arbeitermacht zu kämpfen (denn das geht nicht im Selbstlauf und schon gar nicht ohne Arbeiterklasse), da, um die von Kapital und Staat mit Füßen getretenen Arbeiterinteressen zu verteidigen bzw. durchzusetzen.

Die Frage nach der Hauptaufgabe des GVA ist schnell beantwortet: kommunistische Erziehung der Werktätigen; darunter kann man heutzutage natürlich alles mögliche verstehen, denn es gibt ja heute etliche „Kommunismusmodelle“, und sicherlich wird der Arbeitermörder Jaruzelsky ebenfalls diese Losung im Munde führen, wobei allerdings sein wichtigstes Erziehungs- oder besser Züchtigungsinstrument das Kanonenrohr ist. Was aber versteht man in Albanien darunter? In der heutigen Ausgabe von „Zëri i popullit“ finden wir Antwort:

„Je höher das ideologische, politische, kulturelle und berufliche Gesamtniveau unserer Werktätigen ist, desto besser werden sie die Aufgaben auf allen Lebensgebieten des Landes, etwa im Bereich der Produktion, der Leitung der staatlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten (...) erfüllen.“

Das ist eigentlich der Leitsatz des gesamten gesellschaftlichen Lebens in Albanien. Seine Verwirklichung wird nie abgeschlossen sein, denn die Aufgaben und Probleme werden immer verwickelter, wobei die Erziehungsarbeit der Massenorganisationen der Arbeiterklasse eine höchst gewichtige Rolle spielt.

Lesen wir aber weiter in der heutigen „Zëri i popullit“, was kommunistische Erziehung weiter zu bedeuten hat:

„(...) jedes Gewerkschaftsmitglied muß (...) den Geist der Unversöhnlichkeit gegenüber den Mängeln heben, seien es die eigenen oder die des Arbeitskollegen, gegenüber den Erscheinungen von Trägheit, Routine, von Bürokratismus und Liberalismus seitens der Verwaltungsleute, gegenüber jedem Hindernis, auf das er bei der Realisierung der Parteidirektiven stößt.“

Hier wird klar, daß die Gewerkschaften auch im Sozialismus **Kampf**organisationen der Arbeiterklasse sind und sein müssen.



Der 8. Kongreß des Gewerkschaftsverbandes Albanien

Unsere Partei, die KPD, hat seit ihrem 3. Parteitag immer besser begriffen, daß die Arbeiter am meisten durch die Praxis lernen; deshalb haben wir unsere Propaganda natürlich nicht eingestellt, aber haben aufgehört, sie zu idealisieren. Dasselbe gilt auch für den Sozialismus. So wichtig die Propaganda hier auch ist (und im Sozialismus über sämtliche Massenmedien vollzogen wird), so ist auch hier die Tat das Entscheidende, schließlich hat es noch niemand geschafft, den Sozialismus mit Worten herbeizureden oder zu verteidigen.

Seit langem wird in Albanien der schöne Brauch der revolutionären Bewegungen und Initiativen betrieben. Das sind Erscheinungen, die in den seltensten Fällen von der Parteiführung ausgelöst werden, sondern in einzelnen Belegschaften entwickelt werden, dann allerdings, wenn es sich als nützlich erweist, von der Partei im ganzen Land verbreitet werden. Nach dem 8. Parteitag sind z.B. zahlreiche revolutionäre Initiativen zur Einsparung von Strom, Öl, Rohstoffen usw. entstanden.

Hier muß der Gewerkschaftsverband, der Gewerkschafter mitmischen, denn gerade durch das revolutionäre Neue wird der Bürokratismus, der Schlendrian, die Trägheit und was sonst noch alles das Vorankommen der Gesellschaft hindert, aufgespürt und aufs Korn genommen.

Doch abgesehen davon, daß der Gewerkschaftsverband die theoretische Erziehung aufs engste mit der Praxis verbinden muß, gilt es auch, etwaige Mängel in der theoretischen Erziehung selbst zu beseitigen. So heißt es in „Zëri i popullit“:

„Die vom 8. Parteitag für den Gewerkschaftsverband festgelegten Aufgaben machen erforderlich, daß die Gewerkschaftsorganisationen ihre Erziehungsarbeit weiter verbessern, daß sie sie konkret durchführen und eng mit dem Leben verbinden, daß sie gegen Routine, Globalismus und Formalismus in der Erziehungsarbeit kämpfen und möglichst lebendige, geschickte und vielfältige Arbeitsformen benutzen, die dem Niveau, den Interessen und Anforderungen der Klasse, den neuen Situationen und Aufgaben Rechnung tragen.“

Unter diesem Blickwinkel ist es durchaus zu begreifen, warum es in dem erwähnten „Zëri-i-popullit“-Artikel heißt:

„Auf diesem Kongreß wird ein weiteres Mal die Stimme der Arbeiterklasse erschallen, die wie stets ihr gewichtiges Wort zu allen Fragen des Landes sagt, wird die Stimme der machthabenden Klasse erschallen, die eng mit ihrer Partei der Arbeit mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze verbunden ist. Der Kongreß wird dazu beitragen, die Rolle des gewerkschaftsverbandes, dieser Kampforganisation der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen, noch höher zu heben.“

Man darf also auf den 6. Juni gespannt sein; vielleicht wird der eine oder andere Leser zu dieser Zeit seinen Urlaub in Albanien verbringen. In diesem Sinne, bis zum nächsten Mal!

Johannes Vetter

Nach einem Film der BBC erneut in der Öffentlichkeit

Bonn, Buenos Aires und die Bombe

Entschiedene Dementis aus Bonn rief in der letzten Woche die Berichterstattung der britischen BBC über die Zusammenarbeit von Bonn und Buenos Aires beim Projekt „argentinische Atombombe" hervor. Man habe sich stets an alle internationalen Regeln gehalten, alles sei beaufsichtigt und völlig klar, keinerlei dunkle Geschäfte seien dabei. In Wirklichkeit aber ist dieser BBC-Bericht nur die Bestätigung dessen, was in der fortschrittlichen, linken und revolutionären Presse der Bundesrepublik schon seit Jahren immer wieder nicht nur behauptet, sondern auch bewiesen wurde.

Argentinien ist das Land in Lateinamerika mit dem ältesten Atomprogramm. Die „Comision Nacional de Energie atomica" (CNEA) wurde bereits im Jahr 1950 offiziell gegründet, nachdem es schon in den Jahren vorher verschiedene Anfangsversuche gegeben hatte.

Der BBC-Reporter Denselow, Autor dieses Berichts, stützte sich denn auch nicht auf Vermutungen, sondern sprach mit den Betroffenen selbst. Vor allem mit Walter Schnurr, den er persönlich interviewte. Schnurr war in der Nazizeit der Chef der Sprengstoffabteilung des IG-Farben-Konzerns gewesen. Nach dem Krieg setzte er sich — in Begleitung so manch anderer größerer und größter Nazis — in Richtung Lateinamerika ab, wo Hitlers Blutregime in den reaktionären Kreisen viele Sympathien genossen hatte. Dieser Schnurr war dann, bis 1955, Mitarbeiter eben dieser CNEA, als — Sprengstoffexperte. In jenem Jahr wurde er von Franz Josef Strauß zurückgeholt, um als Direktor des Karlsruher Kernforschungszentrums bis in die 70er Jahre hinein zu wirken, dann ging er in Rente nach Argentinien, wo er bis heute als Berater und Experte geschätzt ist — gerade auch von den jetzt herrschenden Generälen.

Unterstützt werden diese Aussagen auch durch einen Artikel des Wirtschaftsjournalisten Fritz Sahm, der im April 1970 in der Zeitung „Industriekurier" schrieb, daß die damals begonnene atomare Zusammenarbeit zwischen der Siemens AG und der CNEA von einem geregelten Wissenschaftleraustausch zwischen Karlsruhe und Buenos Aires begleitet werde. Dabei muß man wissen, daß das erste AKW Lateinamerikas im Jahre 1968 in Bau ging — Atucha I, gebaut von der Siemens-Tochter KWU.

Über zehn Jahre später, 1979, war es Graf Lambsdorff, der eine wesentlich erweiterte Zusammenarbeit auf diesem Sektor ermöglichte, den Abschluß der Verträge über Atucha II und sechs weitere AKWs.

Und diese, obwohl seit Mitte der 70er Jahre im Parlament in Buenos Aires offen vom Wunsch nach der argentinischen Bombe gesprochen wurde — genau so lange, wie es ein Parlament gab.

Und dies, obwohl der Typ Naturuanreaktor genau der Typ ist, den man benutzt, wenn man eine Plutoniumbombe bauen will oder einen schnellen Brüter — ein solcher aber ist in Argentinien nicht geplant. Die nötige Anlage zur Schwerwasseraufbereitung wird aus der Schweiz geliefert.

Slums in Buenos Aires — die Generale, die sich jetzt plötzlich patriotisch geben, betreiben seit langem den nationalen Ausverkauf: an die USA vor allem, aber auch an die Bundesrepublik und Großbritannien

Und schließlich unterstrich die argentinische Regierung damals schon in aller Eindeutigkeit, daß es einen Grund dafür gab, weshalb die KWU den Zuschlag trotz der billigeren kanadischen Konkurrenzangebote bekam: weil sie nicht so detaillierte Vorschriften mache, großzügiger sei — anders gesagt, keine Kontrolle über die Herstellung einer Bombe durchgeführt wurde.

Es ist also keinesfalls so, daß die Bundesregierung hier in Unkenntnis dessen war, was da passierte, von Siemens-KWU natürlich gar nicht zu reden. Zahlreiche Spekulationen aber gab und gibt es darüber, ob geheime Vereinbarungen bestehen, die der bundesrepublikanischen Seite die Möglichkeit eigener Atombombenerzeugung in einem fremden Land ermöglichen. Was darauf hinweisen könnte, ist die Tatsache, daß auch Wissenschaftler der berüchtigten OTRAG-Gesellschaft Kaisers am Hin und Her zwischen Bonn und Buenos Aires in den fünfziger Jahren beteiligt waren. Was weiter darauf hinweist, sind die bekannten Tatsachen über die direkte militärische Zusammenarbeit zwischen Bonn und Buenos Aires. Eine halbe Milliarde Mark bezahlte Argentinien an bundesdeutsche Firmen für Waffen in den letzten zehn Jahren — damit ist Bonn drittgrößter Waffenlieferant der Junta. (Nach den USA und bezeichnenderweise Großbritannien).

Und dies ohne die Blaupausen für Panzer und die U-Boot-Lieferungen. Was ebenfalls ein Indiz für geheime Zusammenarbeit ist, ist die Tatsache, die vor einiger Zeit aus Anlaß des Besuchs eines argentinischen Schulschiffes ersichtlich wurde: die geheimdienstliche Zusammenarbeit der militärischen Agenten.

So gibt es, wie auch in den Beziehungen zu anderen Staaten, die sich durch extrem reaktionäre Regimes auszeichnen, bei den deutsch-argentinischen Beziehungen seit langem Beweise für eine intensive militärische und atomare Zusammenarbeit (Südafrika und Pakistan sowie Brasilien sind weitere Beispiele einer solchen Reihe). Ebenso widerlegen diese Tatsachen die ständige Bonner Behauptung von „keine Waffenlieferung in Spannungsgebiete".

Denn Spannungsgebiete zeichnen sich ja nun gerade als erste Kunden für Waffenhändler aus. Und daß Argentiniens Generale nicht nur alte antikoloniale Forderungen gegenüber England für sich auszunutzen versuchen, sondern auch territoriale Forderungen an verschiedene andere Nachbarstaaten stellen, ist seit langem bekannt. Aber bisher paßte das eben ins Bild vom Südatlantikpakt mit den USA und Südafrika.

Diese Enthüllungen, die mit dem BBC-Bericht zum ersten Mal einer breiten Öffentlichkeit zugänglich werden, jedenfalls beweisen einmal mehr, daß nicht nur Profit hinter den ständig wachsenden Bonner Waffengeschäften steht, sondern auch der Versuch, die eigene militärische Kraft des westdeutschen Imperialismus zu stärken.

Ein 11jähriger Junge in Nordirland

Erneut Todesopfer durch Plastikgeschosse

BELFAST. — In Nordirland forderte der Einsatz von Plastikgeschossen durch britische Besatzungssoldaten erneut ein Todesopfer. Ein 11jähriger Junge starb an seinen Kopfverletzungen als die Soldaten das Feuer auf demonstrierende Jugendliche und Kinder eröffneten.

Die Plastikgeschosse, von der Polizei auch in der Bundesrepublik immer wieder als Antidemonstrationswaffe gefordert, haben schon zu zahlreichen Todesopfern geführt — am meisten in Nordirland. 14 Menschen mußten dort den Einsatz dieser Waffe in den letzten zehn Jahren mit dem Leben bezahlen.

Die britische Besatzungsmacht hat damit ein weiteres Mal gezeigt, daß sie mit allen Mitteln die letzte Bastion des Kolonialismus in Europa aufrecht erhalten will. Der Mord an Kindern und Jugendlichen irischer Nation ist in den letzten fünfzehn Jahren zu einer fast normalen Form der Auseinandersetzung mit dem Unabhängigkeitswunsch des irischen Volkes geworden — egal wer auch immer in London an der Regierung war.

Der Bischof von Londonderry, Edward Daly, erhob nach diesem erneuten Todesfall die Forderung nach dem Verbot der Plastikwaffen ein weiteres Mal. Eine Forderung, die von allen irischen Organisationen unterstützt wird, da sie die Wirkung des „weichen Todes", wie diese Waffe auch genannt wird, zur Genüge kennen und fürchten.

Heftige Auseinandersetzungen britischer Jugendlicher mit der Polizei

LONDON. — Erinnerungen an das letzte Frühjahr wurden wach, als vor einigen Tagen die Meldung über massive Auseinandersetzungen britischer Jugendlicher mit der Polizei in der Presse die Runde machte.

Im letzten Frühjahr hatte es in zahlreichen Städten Englands regelrechte, zum Teil tagelange Straßenschlachten zwischen Jugendlichen und der Polizei gegeben.

Und auch dieses Mal verliefen die Ereignisse nach demselben Muster. Eine Polizeistreife hatte willkürlich zwei farbige Jugendliche aufgegriffen und wollte sie wegen „Vagabundierens" festnehmen. Daraufhin sammelten sich sehr schnell mehrere hundert farbige und weiße Jugendliche und verschafften ihren Freunden freien Abzug, während die Polizisten in erhebliche Schwierigkeiten gerieten und nur mit herbeigerufener Verstärkung nach einiger Zeit herauskamen.

Die ständigen willkürlichen kurzfristigen Festnahmen vor allem von farbigen Jugendlichen sind eine der Methoden, mit denen die jungen Briten Tag für Tag schikaniert werden.

Und in der Tat: „Vagabundieren" als Delikt trifft natürlich die Zehntausende in den Arbeitervierteln der britischen Industriestädte, die ohne Arbeit ihre Tage verbringen. Es ist eine offen zynische Vorgehensweise der Behörden, die keinerlei Anstrengungen unternehmen, die Beschäftigungssituation vor allem der Jugend auch nur etwas zu verbessern.

Anstatt irgend etwas zur Verbesserung der Lage zu unternehmen, wußte die britische Regierungspartei im letzten Jahr nur eine Antwort: massive Polizeieinsätze und anschließend eine gesteuerte Kampagne zur Wiedereinführung der Todesstrafe und Versuche, einen Erlaß mit allgemeiner nächtlicher Ausgangssperre für alle Jugendlichen, die schon mit der Polizei in Konflikt geraten waren, durchzusetzen. Das aber war gerade in den Großstädten schon nahezu die Mehrheit der Jugendlichen.



Falkland-Konflikt

Kurzarbeit bei Blohm und Voss?

HAMBURG. — Die Betriebszelle der KPD bei der Blohm + Voss-Werft in Hamburg veröffentlichte am 14. April eine Extraausgabe ihrer Zeitung „Frischer Wind". Darin gehen die Genossen auf die Folgerungen dieses Streits für die Werftarbeiter ein, die ja die Fregatten für Argentinien bauen sollen. Jetzt wird mit Kurzarbeit gedroht. Im „Frischen Wind" heißt es dazu:

Der Blohm + Voss-Vorstand hat angekündigt:

Sollte die Werft einen schriftlichen Bescheid über den Baustopp für die vier argentinischen Fregatten bekommen, dann würden 2 000 bis 3 000 Kollegen keine Arbeit mehr haben. Dr. Budczies: „Die direkte Folge wäre Kurzarbeit".

Die Bundesregierung hat durch ihren Regierungssprecher Becker erklärt: Die Bundesregierung wird verhindern, daß ein Land, das sich eines rechtswidrigen Gewaltaktes schuldig gemacht hat, jetzt Waffen aus der Bundesrepublik erhält.

So würden es die Herrschaften vom Blohm-Vorstand und die Bundesrepublik gerne darstellen: Wir müssen kurzarbeiten, weil es die „Friedenspolitik" der Bundesregierung, die rechtswidrige Gewaltakte ablehnt, so verlangt.

Aber die Wahrheit sieht ganz anders aus.

Waffen für den Krieg!

Jetzt sieht man, wofür sie wirklich da sind — die Fregatten, die bei uns auf der Werft gebaut werden. Sie sind für den Krieg. Genauso wie die Leos, die Rolands, die Korvetten usw.

Es ist reines Geschwätz, wenn die Bundesregierung bisher behauptet hat, sie liefere keine Waffen in Spannungsgebiete. Welches Land kauft sich schon Waffen für Milliarden, ohne an den militärischen Einsatz zu denken. Überall dort, wo die Bundesregierung Waffen hinliefert sind Spannungsgebiete. Und durch die Waffenexporte werden die Spannungen verstärkt.

Kurzarbeit — Folge der kapitalistischen Krise

Kurzarbeit und Entlassungen bei B + V wurden lange vor der Falkland-Krise angekündigt. Gerne nimmt Budczies jetzt die Gelegenheit, die Verantwortung dafür auf eine internationale Krise zu schieben.

Dabei sind es doch vielmehr die Rationalisierung bei den Angestellten, die Tatsache, daß nur Aufträge reingenommen werden, die höchste Profite bringen, daß Akkordzeiten immer mehr gekürzt werden und dadurch die Arbeit von weniger Kollegen geschafft werden muß — diese Dinge sind es doch, die Entlassungen und Kurzarbeit auf der Werft spätestens seit der letzten Betriebsversammlung wieder aktuell gemacht haben.

Der Forderungskatalog von der letzten VK-Sitzung liegt auf dem Tisch: Entfernung der Leihfirmen von der Werft, zeitliche Streckung der Aufträge, Überstundenabbau und Ausgleich zum Kurzarbeitergeld. Besonders nach der jetzigen Drohung von Budczies dürfen diese Forderungen keine leeren Worte bleiben!

Arbeitsplätze in der Rüstung sind unsicher!

Die Falkland-Krise hat schlagartig deutlich gemacht, was der Vertrauenskörper bei B + V in seiner Grundsatzerklärung zum Arbeitskreis „Alternative Fertigung" richtig festgestellt hat:

Arbeitsplätze im Rüstungsbereich „hängen extrem von kurzfristigen politischen Entscheidungen ab. Besonders im Exportbereich können Aufträge von heute auf morgen gestoppt werden, z.B. die U-Boote für Chile und den Iran bei HDW, aber auch das Fregattenprogramm der Bundeswehr."

Weiter heißt es in der Grundsatzerklärung:

„Die Durchsetzung unserer Vorstellungen ist nur über langfristige Arbeit möglich. Die Unterstützung durch die Belegschaft ist dabei vorrangig und ausschlaggebend. (...) Wir werden uns an die Öffentlichkeit wenden, wo es nötig und vernünftig ist. Bei unserer Tätigkeit stützen wir uns auf die gewerkschaftliche Bewegung und suchen zusätzliche Unterstützung in anderen öffentlichen Bereichen."

Die Falkland-Ereignisse machen es nötig, diese guten Vorsätze entschlossen in die Tat umzusetzen. Gerade unter Androhung von Kurzarbeit und Entlassungen müssen die Blohm-Kapitalisten und die Regierung durch Einbeziehung der Belegschaft und möglichst breiter Öffentlichkeit verstärkt unter Druck gesetzt werden, von der Rüstungsproduktion wegzukommen. Denn wir sehen ja: Rüstung führt zum Krieg und macht unsere Arbeitsplätze nicht sicherer.



Eine Gruppe von Arbeiterinnen der Textilfabrik in Korça bereitet sich auf die Kontrolle des städtischen Gesundheitswesens vor.

Arbeiterkontrolle in Albanien

Als in Polen der General Jaruzelski zum Schlag gegen die Arbeiterbewegung ausholte, begründete er das mit der Notwendigkeit, „konterrevolutionäre Aktivitäten" auszumerzen. „Konterrevolutionär" und „antisozialistisch" waren nach der Logik dieses Generals und seiner Hintermänner beispielsweise die Bestrebungen der Solidarność, bestimmte Kontrollfunktionen der Arbeiter in den Betrieben, beispielsweise das Recht, über die Anstellung von Werksdirektoren zu entscheiden, durchzusetzen.

Ganz offensichtlich also fürchteten die Herren des angeblich sozialistischen Polens jede Form einer Kontrolle oder auch nur einer Mitsprache durch die Arbeiter wie der Teufel das Weihwasser. Und sie hatten und haben auch allen Grund dazu: Bilden sie doch eine Klasse von kapitalistischen Ausbeutern und Schmarotzern, die ihre Profite und Privilegien gegen diejenigen verteidigen, die nur in der Propaganda die „Herren des Landes" sind — die Arbeiter nämlich. Und um all das zu sichern, was sie sich auf Kosten der Werktätigen zusammengerafft haben, sind sie — wie sich im vergangenen Dezember gezeigt hat — eben auch bereit, die Panzer auffahren zu lassen.

Mit Sozialismus hat all das nicht das geringste zu tun. Und es gibt ja mit dem sozialistischen Albanien das konkrete Beispiel dafür, wie eine Gesellschaftsordnung aussieht, in der tatsächlich die Arbeiterklasse an der Macht ist. Nehmen wir nur die oben angeschnittene Frage der Kontrolle. Welche realen Möglichkeiten haben die Arbeiter in Albanien, um Kontrollfunktionen im Produktionsprozeß, oder auch in anderen Bereichen auszuüben?

Eines der wichtigsten Instrumente, das schon lange zu einer festen Einrichtung geworden ist, stellt hier die Arbeiter- und Bauernkontrolle dar. In allen Industriebetrieben, Staatsfarmen und landwirtschaftlichen Genossenschaften werden solche Gruppen der Arbeiter- und Bauernkontrolle gebildet. Sie setzen sich ausschließlich aus Werktätigen zusammen, die in der Produktion arbeiten, also je nach dem Bereich Arbeiter oder Genossenschaftsbauern. Die Gruppen werden nicht irgendwie „von oben" eingesetzt, sondern von den jeweiligen Belegschaften auf Versammlungen gewählt. Bezeichnend ist dabei eine Art Rotationsprinzip: Jedes Jahr wird ein Drittel der Mitglieder einer Kontrollgruppe neu gewählt, eine wichtige Voraussetzung dafür, daß sich möglichst viele Werktätige an der Arbeit beteiligen können.

Welche Aufgaben haben nun diese Kontrollgruppen? Ihre Tätigkeit zielt im wesentlichen darauf ab, alle Erscheinungen zu bekämpfen, die gegen die Interessen der Arbeitermacht und damit der Werktätigen gerichtet sind. Dazu gehören beispielsweise Bürokratismus, Schlampereien mit dem sozialistischen Eigentum, Übertretungen von Gesetzen oder auch die persönliche Raffgier einzelner Leute.

Der Sozialismus ist keine „heile Welt", solche Erscheinungen wie die hier genannten treten auch dort auf. Die Frage ist eben nur, ob man sie wuchern läßt oder ihnen energisch entgegentritt. Gerade aus den Erfahrungen mit der Entartung von früher sozialistischen Ländern wie der DDR oder Polen haben die Albaner die notwendige Schlußfolgerung gezogen, daß man es nicht zulassen darf, solche Erscheinungen zu einem ganzen System werden zu lassen. Und deshalb tritt, wo immer etwas faul ist, die Arbeiter- und Bauernkontrolle in Aktion.

Die einzelnen Gruppen sind dabei mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet. Sie haben das Recht, in dem Bereich, den sie überprüfen, alle Bücher und sonstigen Unterlagen einzusehen. Jedermann ist ihnen gegenüber zur Auskunft verpflichtet. Und die Gruppen können auf diese Art nicht nur Mißstände aufdecken, sie sorgen auch gleich für deren Beseitigung. Sie haben nämlich auch das Recht, bestimmte Maßnahmen anzuordnen und notfalls auch für personelle Konsequenzen zu sorgen. Wenn also eine Kontrollgruppe beispielsweise eine Untersuchung in einem Betrieb durchführt —, was übrigens stets ohne vorherige Ankündigung geschieht — dabei auf schwerwiegende Mißstände stößt und zu der Ansicht gelangt, daß leitende Kader in diesem Betrieb ihre Aufgaben nicht korrekt erfüllen, dann kann sie auch deren Entlassung bewirken.

Die Tätigkeit der Kontrollgruppen beschränkt sich nicht nur auf den eigenen Betrieb, beziehungsweise die eigene Genossenschaft. Es wird vielmehr auf Bezirksebene jeweils eine Gruppe der Arbeiter- und Bauernkontrolle gewählt, die für sämtliche Einrichtungen dieses Bezirks zuständig ist. Das heißt, sie kontrolliert die Staatsorgane, das Gesundheitswesen, Schulen usw. Diese Gruppen, die auch jederzeit unangemeldet irgendwo auftauchen können, sind mit den gleichen Rechten ausgestattet wie diejenigen Gruppen, die auf der Ebene eines Betriebs oder einer Genossenschaft aktiv werden.

Ein wesentlicher Faktor für eine effektive Arbeit ist die Tatsache, daß sich die Mitglieder der Arbeiter- und Bauernkontrolle umfassend auf ihre Tätigkeit vorbereiten können. Das ist ja auch unbedingt notwendig, denn wenn eine Gruppe beispielsweise eine nicht nur oberflächliche Kontrolle in einem Verwaltungsorgan durchführen will, dann muß sie ja gründliche Kenntnisse über diesen Bereich angeeignet haben. Solche Kenntnisse werden in besonderen Schulungskursen vermittelt, außerdem kann die Gruppe auch Spezialisten für ihre Arbeit heranziehen.

Die Arbeiter- und Bauernkontrolle in Albanien kann man fast schon als Massenbewegung bezeichnen. Zehntausende von Werktätigen arbeiten jeweils in den verschiedenen Gruppen. Sie sind damit aktiv an der Leitung des Landes, an der faktischen Regierungstätigkeit beteiligt. Dabei ist die Arbeiter- und Bauernkontrolle nur eine — wenn auch äußerst bedeutsame — Form, in der die Werktätigen ihre Macht unmittelbar ausüben. Sie steht auch nicht im Widerspruch zur kommunistischen Partei oder zum Staatsapparat. Denn im sozialistischen Albanien sind Partei und Staat selbst Instrumente der Arbeitermacht. Aber dennoch sind solche Einrichtungen wie die Arbeiter- und Bauernkontrolle notwendig, weil durch sie ganz konkret und unmittelbar gewährleistet wird, daß die Werktätigen tatsächlich die Herren des Landes sind.

Gewerkschaftsverband Albaniens

Gewerkschaftskongreß für Juni einberufen

Lieber „Roter-Morgen"-Leser! Eigentlich wollte ich nach meinem langen letzten Brief so schnell nicht wieder schreiben, doch als ich heute morgen in der Frühstückspause die Zeitung aufschlug, mußte ich meinen Vorsatz aufgeben, denn in Albanien bahnt sich nach dem 8. Parteitag der PAA ein weiteres wichtiges Ereignis an.

Briefe aus Albanien



Also: Aus einer Meldung der ATA geht hervor, daß am 15. März das Plenum des Zentralrates des Gewerkschaftsverbandes Albaniens (GVA) im Kulturpalast Tiranas zusammengetreten war. Der Präsident Rita Marko, Mitglied des Politbüros der PAA, erstattete Bericht „Über die Einberufung des 9. Kongresses des GVA und die anstehenden Aufgaben, um die Rolle der Arbeiterklasse bei der Durchführung des Beschlüsse des 8. Parteitags der PAA weiter zu heben".

Der 9. Kongreß des GVA wird am Sonntag, den 6. Juni 1982 beginnen und in der Hauptstadt stattfinden.

Für die Vorbereitungen beschloß das Plenum des Zentralrats folgendes: Im April sind in sämtlichen Betrieben und Institutionen neue Gewerkschaftsleitungen und Delegierte für die Rayonskonferenzen zu wählen. Bis zum 20. Mai müssen sämtliche Rayons- und Bezirkskonferenzen stattgefunden haben, auf letzteren werden neben der Bezirksleitung die Kongreßdelegierten gewählt.

Nun sind ja Gewerkschaften im Sozialismus nicht so ohne weiteres mit Gewerkschaften im Kapitalismus zu vergleichen; während erstere eng mit dem Arbeiterstaat zusammenarbeiten (aber keinesfalls verschmelzen), arbeiten letztere gegen den Staat bzw. sollten es tun. Eines aber haben die Gewerkschaften in beiden Gesellschaftssystemen gemeinsam; höben wie drüben müssen sie Kampforganisationen der Arbeiterklasse sein, hier, um für die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Arbeitermacht zu kämpfen (denn das geht nicht im Selbstlauf und schon gar nicht ohne Arbeiterklasse), da, um die von Kapital und Staat mit Füßen getretenen Arbeiterinteressen zu verteidigen bzw. durchzusetzen.

Die Frage nach der Hauptaufgabe des GVA ist schnell beantwortet: kommunistische Erziehung der Werktätigen; darunter kann man heutzutage natürlich alles mögliche verstehen, denn es gibt ja heute etliche „Kommunismusmodelle", und sicherlich wird der Arbeitermörder Jaruzelsky ebenfalls diese Losung im Munde führen, wobei allerdings sein wichtigstes Erziehungs- oder besser Züchtigungsinstrument das Kanonenrohr ist. Was aber versteht man in Albanien darunter? In der heutigen Ausgabe von „Zëri i populllt" finden wir Antwort:

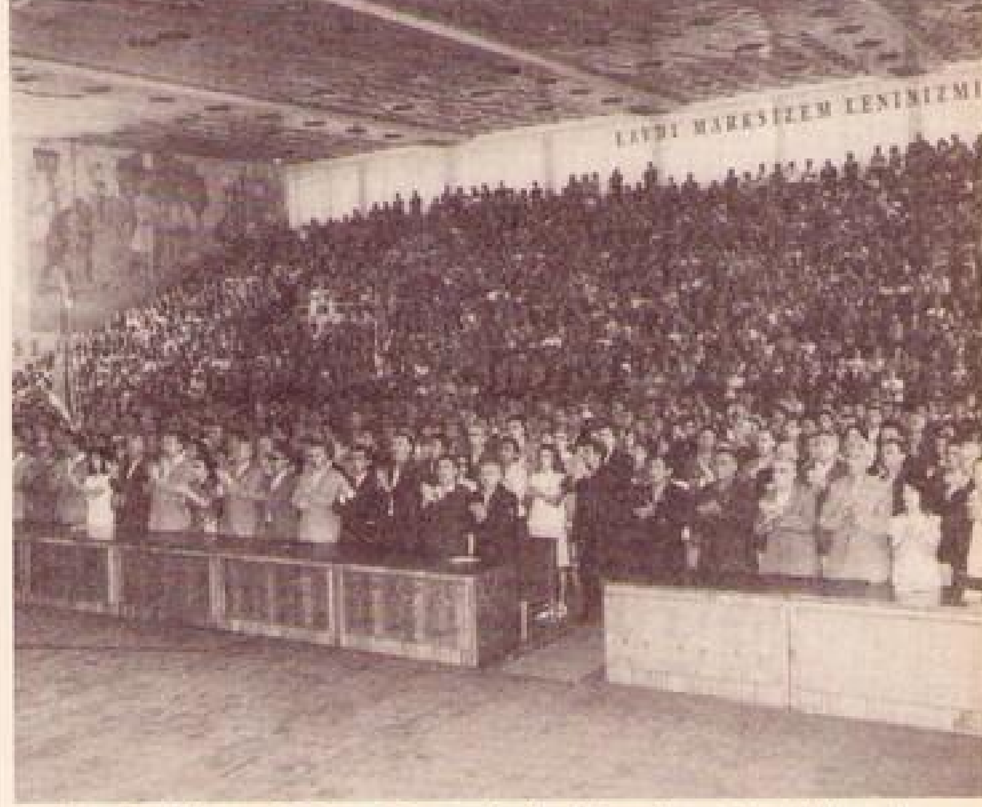
„Je höher das ideologische, politische, kulturelle und berufliche Gesamtniveau unserer Werktätigen ist, desto besser werden sie die Aufgaben auf allen Lebensgebieten des Landes, etwa im Bereich der Produktion, der Leitung der staatlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten (...) erfüllen."

Das ist eigentlich der Leitsatz des gesamten gesellschaftlichen Lebens in Albanien. Seine Verwirklichung wird nie abgeschlossen sein, denn die Aufgaben und Probleme werden immer verwickelter, wobei die Erziehungsarbeit der Massenorganisationen der Arbeiterklasse eine höchst gewichtige Rolle spielt.

Lesen wir aber weiter in der heutigen „Zëri i populllt", was kommunistische Erziehung weiter zu bedeuten hat:

„(...) jedes Gewerkschaftsmitglied muß (...) den Geist der Unversöhnlichkeit gegenüber den Mängeln heben, seien es die eigenen oder die des Arbeitskollegen, gegenüber den Erscheinungen von Trägheit, Routine, von Bürokratismus und Liberalismus seitens der Verwaltungsleute, gegenüber jedem Hindernis, auf das er bei der Realisierung der Parteidirektiven stößt."

Hier wird klar, daß die Gewerkschaften auch im Sozialismus **Kampf**organisationen der Arbeiterklasse sind und sein müssen.



Der 8. Kongreß des Gewerkschaftsverbandes Albanien

Unsere Partei, die KPD, hat seit ihrem 3. Parteitag immer besser begriffen, daß die Arbeiter am meisten durch die Praxis lernen; deshalb haben wir unsere Propaganda natürlich nicht eingestellt, aber haben aufgehört, sie zu idealisieren. Dasselbe gilt auch für den Sozialismus. So wichtig die Propaganda hier auch ist (und im Sozialismus über sämtliche Massenmedien vollzogen wird), so ist auch hier die Tat das Entscheidende, schließlich hat es noch niemand geschafft, den Sozialismus mit Worten herbeizureden oder zu verteidigen.

Seit langem wird in Albanien der schöne Brauch der revolutionären Bewegungen und Initiativen betrieben. Das sind Erscheinungen, die in den seltensten Fällen von der Parteiführung ausgelöst werden, sondern in einzelnen Belegschaften entwickelt werden, dann allerdings, wenn es sich als nützlich erweist, von der Partei im ganzen Land verbreitet werden. Nach dem 8. Parteitag sind z. B. zahlreiche revolutionäre Initiativen zur Einsparung von Strom, Öl, Rohstoffen usw. entstanden.

Hier muß der Gewerkschaftsverband, die Gewerkschafter mitmischen, denn gerade durch das revolutionäre Neue wird der Bürokratismus, der Schlendrian, die Trägheit und was sonst noch alles das Vorankommen der Gesellschaft hindert, aufgespürt und aufs Korn genommen.

Doch abgesehen davon, daß der Gewerkschaftsverband die theoretische Erziehung aufs engste mit der Praxis verbinden muß, gilt es auch, etwaige Mängel in der theoretischen Erziehung selbst zu beseitigen. So heißt es in „Zëri i populllt":

„Die vom 8. Parteitag für den Gewerkschaftsverband festgelegten Aufgaben machen erforderlich, daß die Gewerkschaftsorganisationen ihre Erziehungsarbeit weiter verbessern, daß sie sie konkret durchführen und eng mit dem Leben verbinden, daß sie gegen Routine, Globalismus und Formalismus in der Erziehungsarbeit kämpfen und möglichst lebendige, geschickte und vielfältige Arbeitsformen benutzen, die dem Niveau, den Interessen und Anforderungen der Klasse, den neuen Situationen und Aufgaben Rechnung tragen."

Unter diesem Blickwinkel ist es durchaus zu begreifen, wenn es in dem erwähnten „Zëri-i-populllt"-Artikel heißt:

„Auf diesem Kongreß wird ein weiteres Mal die Stimme der Arbeiterklasse erschallen, die wie stets ihr gewichtiges Wort zu allen Fragen des Landes sagt, wird die Stimme der machthabenden Klasse erschallen, die eng mit ihrer Partei der Arbeit mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze verbunden ist. Der Kongreß wird dazu beitragen, die Rolle des gewerkschaftsverbandes, dieser Kampforganisation der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen, noch höher zu heben."

Man darf also auf den 6. Juni gespannt sein; vielleicht wird der eine oder andere Leser zu dieser Zeit seinen Urlaub in Albanien verbringen. In diesem Sinne, bis zum nächsten Mal!

Johannes Vetter

Leitartikel aus „Workers Weekly"

Kampf der imperialistischen britischen Kriegstreiberei!

Zentralorgan der Revolutionären Kommunistischen Partei Britanniens (M-L) verurteilt den britischen Imperialismus

LONDON. — In einem ausführlichen Artikel im Zentralorgan der RKPB(M-L), „Workers Weekly", nimmt die britische Kommunistische Partei Stellung zur Falkland-Krise. Dabei verurteilen die britischen Kommunisten die kriegstreiberische Politik des eigenen Imperialismus, die Kriegspolitik der Thatcher-Regierung und rufen die Arbeiterklasse und die Werktätigen zum Widerstand gegen diesen gefährlichen Kurs auf.



Friedensdemonstration in England

In dem Artikel wird festgehalten, daß die britische Reaktion auch in den letzten Tagen ihren gefährlichen, kriegstreiberischen Kurs fortgesetzt habe. Die zwangsweise Bereitstellung von Zivilschiffen wird dabei als ein Beispiel der Steigerung und Verschärfung dieses Kurses genannt.

Als besonders kennzeichnend für die gegenwärtige Lage stellt der Artikel die auffällige Übereinstimmung der verschiedenen bürgerlichen Parteien heraus. Das hat sich zum einen an den Debatten im Parlament gezeigt, wo es keinen offenen Widerspruch gegen den Kriegskurs der Regierung gab. Zum anderen zeigt sich dies an allen Stellungnahmen dieser Parteien. Auch und gerade die Labourführung hat sich in dieser zugespitzten Situation als lügnerisch erwiesen. Die monatelangen Friedensbeteuerungen waren wie weggewischt, als Falkland aufs Tapet kam — von einer Kritik am Kolonialismus großbritischer Prägung war keine Rede.

Die RKPB(M-L) wendet sich vor allem auch gegen jene Demagogen auf der britischen Insel, die den Feldzug des britischen Imperialismus als eine Aktion gegen eine faschistische Diktatur hinstellen und so die Unterstützung demokratischer Kreise gewinnen wollen. Der Artikel erinnert dagegen an die traditionelle Zusammenarbeit britischer Regierungen mit faschistischen Regimes, von Hitler bis hin zu eben diesem Argentinien.

Das britische Vorgehen gegen Argentinien, stellt die Zeitung fest, ist denn auch kein Beweis für einen plötzlichen Antifaschismus der Regierung, sondern dafür, wie schnell und plötzlich bei der heutigen krisenhaften Weltlage lange Zeit schwelende Konflikte in offene Aggressionen umschlagen können.

Für das britische aggressive Vorgehen, so wird in dem Artikel unterstrichen, gibt es keinerlei Rechtfertigung. Auch nicht die Tatsache, daß Argentinien einen bewaffneten Überfall durchführte, um die britische Oberherrschaft durch die eigene abzulösen.

Die Zeitung unterstreicht dabei, daß es für die Lage bezeichnend ist, daß beide Regierungen um die Gunst des USA-Imperialismus buhlen. Während die britischen Abgeordneten — der Konservativen Partei vor allem — sich laut über die Undankbarkeit der USA beklagten, die die vielen Hilfsdienste Britanniens für die USA-Imperialisten nicht honorieren würden, haben die Washingtoner Weltherrschaftsstrategen in ihrem südatlantischen Machtkalkül eine entscheidende Rolle für die argentinischen Generale reserviert.

In dieser Situation, so schlußfolgern die britischen Kommunisten, müssen die Arbeiter und Werktätigen, alle demokratischen Kräfte Britanniens vor allem anderen fordern, daß die britische Aggressionsflotte beidrehen muß. Keine „ehrenwerte Lösung" noch eine Verteidigung der „britischen Ehre" kann da zur Debatte stehen, und alle anderen Forderungen sind in der aktuellen Lage zweitrangig.

Der Aritkel schließt mit den Losungen der Revolutionären Kommunistischen Partei Britanniens (M-L):

- **Gegen die Kriegspsychose!**
- **Gegen die chauvinistische Kriegshetze der bürgerlichen Parteien!**
- **Die britischen Kriegsschiffe müssen beidrehen!**
- **Schluß mit dem britischen Kolonialismus!**
- **Unterstützt die Kämpfe der Völker der Welt, einschließlich des Kampfes in Lateinamerika gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und Reaktion!**

Kommunistische Partei Schwedens gegründet

Anfang April gründete sich die Kommunistische Partei Schwedens. Vorausgegangen war ein mehrjähriger Kampf der Marxisten-Leninisten Schwedens zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus, nachdem sich erwiesen hatte, daß die „Schwedische Kommunistische Partei" eine rein maoistische Organisation war. In der Auseinandersetzung, um eine marxistisch-leninistische Analyse der Lage in Schweden und der Aufgaben der Revolution zu erarbeiten, kam es zu einem Prozeß des Zusammenschluß von mehreren marxistisch-leninistischen Gruppen, die das Ziel der Parteigründung vereinte.

In einem Brief, den unsere Partei von der neugegründeten Partei erhielt, heißt es, daß der Gründungsparteitag von vollem Erfolg gekrönt war und die Kommunistische Partei Schwedens im Kampf zu einer starken Partei der Aktion werden wird. Alle Beschlüsse wurden in kämpferischer und vollständiger Einheit gefaßt. Zu den wichtigsten Beschlüssen gehörten:

- Verabschiedung von Programm und Statut der Partei;
- Verabschiedung der Berichte des vorläufigen Zentralkomitees und der Kontrollkommission;
- Verabschiedung eines Plans zum Aufbau und zur Ausdehnung der Partei in den wichtigsten Städten und Branchen. Die Partei existiert heute in acht Städten, soll sich aber bis zum nächsten Parteitag beträchtlich vergrößert haben.
- Ein kommunistischer Jugendverband soll geschaffen werden;
- die lokale Gewerkschaftsopposition soll zu einer landesweiten „roten Gewerkschaftsopposition" (RFO) entwickelt werden;
- Betriebszeitungen sollen als Teil der Tätigkeit der Betriebs- und Branchenzellen ausgebaut werden;
- das Zentralorgan „Kommunisten" (Monatszeitung) soll im Zeitraum bis zum nächsten Parteitag zu einer Wochenzeitung werden.

In einem Grußschreiben, das unsere Partei der jüngsten Bruderpartei geschickt hat, wird die Gründung der Kommunistischen Partei Schwedens als ein wichtiges Ereignis für die schwedische Arbeiterklasse begrüßt und die Hoffnung und Zuversicht geäußert, daß die junge Partei ihre gesteckten Ziele erreichen und tatsächlich zur anerkannten Partei der schwedischen Arbeiterklasse werden wird. Es wird der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß sich die Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus im gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus, Sozialimperialismus, Reaktion udn Revisionismus entwickeln werden.

Demonstration gegen die Hinrichtungen durch die türkische Militärdiktatur

Aus Anlaß des 10. Jahrestags der Ermordung dreier führender Revolutionäre in der Türkei!
Samstag, 8. Mai um 11.30 Uhr
KÖLN-Ebertplatz

Organisiert von Sympathisanten von Halkin Kurtulusu
Der Rote Morgen ruft seine Leser zur Beteiligung auf!

„Marsch auf Brüssel"

Jugenddemonstration in Belgien

Zum ersten Mal gab es in Belgien am letzten Wochenende eine Massendemonstration für die sozialen Forderungen der Jugend des ganzen Landes. Mehr als 30 000 junge Menschen beteiligten sich an dieser in der Geschichte des Landes einmaligen Aktion. Sie wurde vor allem von der sozialistischen Gewerkschaft unterstützt.

Hintergrund dieser Kampagne ist vor allem die Jugendarbeitslosigkeit. Belgien hat eine der höchsten Arbeitslosenquoten der industrialisierten Staaten der ganzen Welt. Über ein Drittel dieser Arbeitslosen, mehr als 200 000 Menschen, sind Jugendliche.

Wir sollen das Erbe der Krise tragen — dies ist eine Kriegserklärung der Gesellschaft an die Jugend. Das war der Grundtenor dieser Aktion. Spruchbänder, Parolen und Redner richteten sich immer wieder in großer Schärfe gegen die Regierung Martens. Die Wirtschaftspolitik der konservativen Regierung, seit Monaten von den belgischen Arbeitern auf das heftigste bekämpft, hat neben den Arbeitern bestimmter Branchen — vor allem Stahl und Textil — die Jugend des Landes als Opfer. Arbeitsplätze, Ausbildungsmöglichkeiten, soziale Versicherungsforderungen und das Hungergeld, das jungen Arbeitslosen ausbezahlt werden soll, das waren die Probleme, die inhaltlich im Zentrum der Massendemonstration standen.

Auch diese Demonstration wurde, wie in den Wochen zuvor schon verschiedene Demonstrationen der Gewerkschaften, von der Polizei überfallen. Denn nach neuem belgischen Recht ist jeder, der sich gegen die wirtschaftlichen Erlasse der Regierung zur Wehr setzt, ein Gesetzloser, denn diese haben, nachdem das Parlament auf seine Rechte für dieses Jahr verzichtete, den Charakter von königlichen Anordnungen. Den Jugendlichen aber war es genauso egal wie zuvor den Stahlarbeitern, und die Polizei mußte die Straße freigeben.

Was kam im letzten Jahr nicht alles an Meldungen aus England: Bürgermeister, die ihre Orte als atomwaffenfreie Zone deklarierten, große Massenorganisationen, die sich zum Kampf gegen die atomare Aufrüstung der NATO bekannten, die Führung der Labourpartei, die sich gegen diese Politik aussprach, ganz im Unterschied zur hiesigen SPD.

Und jetzt? Bilder von jubelnden Massen, die den auslaufenden britischen Kriegsschiffen Beifall zollten. „Britannia rules the waves" — England beherrscht die Meere anstelle von „No nukes" — keine neuen Atomraketen.

England als Warnung für die Friedensbewegung

Manch einer mag sich da fragen, wie kommt das? Wie kann das passieren, daß eine doch relativ starke Friedensbewegung in einem Land plötzlich nicht mehr da ist, beziehungsweise sich kaum noch bemerkbar macht? Erinnerungen werden wach an die Zeit vor dem ersten imperialistischen Weltkrieg. Der sozialdemokratische Kongreß von 1912 mit all den Losungen und Forderungen gegen den Krieg, erhoben von der mächtigen II. Internationale. Und keine zwei Jahre später kannte man nur noch Deutsche, aber keine Parteien mehr. In allen Ländern Europas war es nur noch eine kleine Minderheit, revolutionäre Sozialdemokraten damals, die trotz der geschürten Kriegshysterie auf den Losungen von 1912 beharrten. Geht das immer wieder so? Gelingt es den herrschenden Kapitalisten, das Volk zu betrügen, in den Krieg zu treiben, sei es damals gegen das Bollwerk der Reaktion, das zaristische Rußland oder heute angeblich gegen eine faschistische argentinische Junta?

Und wie schlimm es ist, zeigt sich an Äußerungen, die aus den selben Kreisen kommen, die zuvor gegen neue Atomraketen gesprochen hatten. Wenn dort von einigen prominenten Sprechern gesagt wird, jetzt zeige es sich, daß es falsch gewesen sei, bei der Flotte zu sparen für die neuen Raketen, dann tut sich da ein Abgrund auf, wenn man eben bedenkt, daß der, der das sagte, eben ein solcher Sprecher einer Bewegung für atomwaffenfreie Zonen war.

Der Grund von all dem liegt vor allem in der politischen Unklarheit, die wie in England auch hier bei uns in der Bundesrepublik besteht. Und gerade deshalb muß uns England als Warnung dienen, für den eigenen Kampf.

Wenn es dort gelang, imperialistische Ideologie tief in die Friedensbewegung eindringen zu lassen, dann deshalb, weil diese Bewegung in ihrem Kampf nicht von einer kriegstreiberischen herrschenden Klasse als Gegner ausging und ausgeht.

Wer nur in neuen Raketen die Gefahr sieht, der wird nicht in vollem Maß in der Lage sein, die Politik derjenigen, die zum Krieg treiben zu durchschauen und kann sie demzufolge auch nicht bekämpfen. Wer gar für konventionelle Aufrüstung anstelle der atomaren eintritt, der macht sich zum Fürsprecher der Aufrüstung.

Wie auch immer und unter welchem Gesichtspunkt man es sich betrachten mag: Diese und ähnliche Halbheiten in einer Friedensbewegung, das hat unsere Partei immer wieder gesagt und wird es in Zukunft erst recht tun, das sind Schwächen, die eine solche Bewegung in die Niederlage führen können. Kriegsgefahr gibt es eben heute auch ohne NATO-Nachrüstung, sie ergibt sich aus der weltpolitischen Lage und der weltweiten krisenhaften Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft in Ost und West.

Eine Politik, die sich auf Appelle beschränkt, sich ausschließlich gegen einen Schritt der Kriegstreiber wendet — und mag es auch der gegenwärtig wichtigste sein —, die sich auf die Kritik an Waffen beschränkt und nicht an jene eine Kampfansage macht, die diese Waffen benutzen wollen, die wird früher oder später zum Scheitern verurteilt sein.

Was schon in der Bundesrepublik zu sagen war aus Anlaß der Ostermärsche, die trotz ihrer großen Zahl, trotz ihrem großen Willen zum Friedenskampf, trotz all dem Begrüßenswerten eben auch und gerade solche Schwächen hatten, all das kann man an dieser Stelle nochmals unterstreichen. Für England ist das klar: die Friedensbewegung dort muß sich mit aller Kraft jedem imperialistischen aggressiven Schritt der eigenen Regierung widersetzen, wie wir das bei uns auch tun müssen — auch indem man die von der Bundesregierung mit Thatcher geübte Solidarität kritisiert, eine Solidarität mit Kriegstreibern.

Die Reichen in der Bundesrepublik (Teil II)

„Großaktionäre kennen keine Krise"

In der ersten Folge unserer Serie über die Reichen in der Bundesrepublik hatten wir eine Übersicht darüber gegeben, wer die Reichen in diesem Land sind, welche Macht sie haben, wie sie leben. Im zweiten Teil wollen wir zeigen, wie gerade diese Leute an der krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklung verdienen. Mitten in der Krise, sozusagen umringt von einem wachsenden Heer von Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und Jugendlichen ohne Lehrstelle raffen diese Leute Millionen und Milliardenbeträge an sich. Die etwa hunderttausend Millionäre, die es in der Bundesrepublik gibt, besitzen im Durchschnitt ein privates Geldvermögen von vier bis fünf Millionen Mark. Diesen Durchschnitt drücken die kleineren Unternehmer, die daran beteiligten Freiberufler und vielleicht sogar auch ein paar Lottokönige. Dieser Schnitt wird gehoben von den „Hundert Familien", deren verschiedene Zweige und Sippen die ganz großen, die Milliardenvermögen dieser Republik besitzen. Das sind die Familien der Gründerzeit, die adligen Großgrundbesitzer, die traditionsreichen Bankierssippen und die Großindustriellen, die heute zumeist mit den Großaktionären der Aktiengesellschaften und den potentesten Gesellschaftern mit beschränkter Haftung gehören.

In der Bundesrepublik gibt es etwa 39000 Betriebe des Bergbaus und des verarbeitenden Gewerbes. (Also: ohne alle Arten von Handel, Banken, Versicherungen und Handwerksbetrieben, sowie Dienstleistungsunternehmen.) Davon sind etwas über 1400 Aktiengesellschaften, die über den Großteil des angelegten Kapitals verfügen, die die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des westdeutschen Kapitalismus maßgeblich beeinflussen. Sie bezahlten im Jahre 1978 über 7,64 Milliarden im Jahr darauf 8,14 und für 1980 7,75 Milliarden Mark an Dividenden aus. Oder gegeneinander gestellt: In drei Jahren, in denen es stets über eine Million Arbeitslose gab, in denen ein politischer Kurs der Beschneidung der Sozialleistungen und der Verschlechterung der Lage der Arbeitslosen gesteuert wurde, strichen alleine die Aktionäre dieser über 1400 AGs über 23,5 Milliarden Mark für ihr Privatkonto ein.



Die Flicks — drei Generationen von Ausbeutern allergrößten Stils. Das Wort Arbeit kennen solche Leute nur als mißlichen Kostenfaktor. Sie leben vom Geld und von „Transaktionen" wie dem steuerfreien Verkauf eines Teils ihrer Daimler-Benz-Aktien.

Daimler Benz bezahlte für das Jahr 1980 sage und schreibe 35 Prozent Dividende für die Anteilseigner der rund 1,35 Milliarden Grundkapital. Also: 450 Millionen Mark. Was unter anderem heißt, daß die Flicks für ihre 10prozentige Beteiligung an Daimler in diesem einen Jahr 45 Millionen Mark einstreichen. Die Deutsche Bank wurde dabei mit 112,5 Millionen Mark bedient. Die großen Privatvermögen werden neben den Bank- und Bodengeschäften vor allem bei den allergrößten Aktiengesellschaften gemacht. Von den 7,75 Milliarden Mark, die für 1980 ausbezahlt wurden, gingen allein 5,3 Milliarden Mark, also fast 70 Prozent der gesamten Dividendenbeträge an die Teilhaber der 50 größten dieser über 1400 AGs. Die zehn größten dieser Gesellschaften zahlten zusammen rund 2,25 Milliarden an Dividenden aus. Zweistellige Millionenbeträge für eine einzige ihrer zahlreichen Beteiligungen bekamen neben den Flicks auch noch die Thyssen und Siemens. Von den etwa 300 Millionen Mark, die die Siemens AG ausbezahlte, dürfte die Besitzerfamilie über 10 Prozent bekommen haben, rund 35 Millionen Mark.

Diese irrsinnigen Beträge bekommen diese Leute für nichts und wieder nichts — ausschließlich dafür, daß sie Millionen für das Kapital der betreffenden Gesellschaft einbezahlt haben, oder besser: vor Jahrzehnten einbezahlt hatten. Dabei bekommen bei diesen Familien noch die Einkünfte aus den von ihnen besetzten — meist mehreren — Aufsichtsratssitzen derselben Gesellschaft hinzu, die bei den Riesen-AGs pro Person mit mehreren hunderttausend Mark im Jahr dotiert sind. Von den Erträgen, die sie aus anderen Beteiligungen ziehen, nicht zu sprechen.

Dabei haben die Kuponschneider der zehn Allergrößten im Jahre 1980, obwohl die Ausschüttung insgesamt zurückgegangen ist, mehr Dividende erhalten als im Vorjahr. Sie verdienen sich also fett an der Wirtschaftskrise.

Es geht ihnen so schlecht...

Aber: Dividende sind nur ein Teil des Profits, den die Arbeiter für die Kapitalisten schaffen. Wenn beispielsweise, wie gesagt, Daimler Benz für das Jahr 1980 die genannten 450 Millionen Mark an Dividenden ausbezahlt, so ist dies etwa der zehnte Teil des wirklich erzielten Profits des Unternehmens, der für dieses Jahr auf 4,1 Milliarden Mark berechnet werden kann.

Die genannten hundert größten AGs der Bundesrepublik verzeichneten im Jahre 1978 einen Nettoprofit von 54,8 (was bis dahin Rekord war) und 1979 die enorme Summe von 67,1 Milliarden Mark. Dies ging zwar im letzten Jahr zurück, auf 64,9 Milliarden, aber dies ist immer noch mit weitem Abstand der zweitgrößte Schnitt, der je gemacht wurde. Von diesen 64,9 Milliarden wurden also 7,75 an Dividenden ausbezahlt.

Bleiben immer noch über 75 Milliarden Mark. Rund 1,5 Milliarden dieses Geldes wurden dem Grundkapital dieser Gesellschaft zugeführt. Die großen Konzerne sichern sich dabei die Erträge für das Stammhaus gerade in Krisenzeiten, indem sie ihre Tochtergesellschaften mehr zur Kasse bitten und auch andere sonstigen Erträge, die nicht aus der eigenen Produktion stammen; erhöhen. Der Anteil des Profits, der aus der eigenen Produktion stammt, sank gerade in den beiden Jahren 1975 und 1980, die in diesem Zeitraum die wirtschaftlich schlechtesten waren, auf jeweils ungefähr 75 Prozent, während er in den anderen Jahren 78 bis 79 Prozent ausmachte. Wenn bei diesem Vorgehen Tochtergesellschaften oder Firmen, an denen man maßgeblich beteiligt ist, geschlossen werden müssen, dann ist das eben Schicksal — für die dort arbeitenden Menschen.

Gleich und gleich gesellt sich gern?...

ist ein bekannter Spruch. Was in diesem Falle heißt: Die Arbeiter und Angestellten dieser 100 größten Aktiengesellschaften in der BRD bekommen an Lohn und Gehalt ungefähr gleichviel wie die Firmen an Profit machen. Um es genau zu sagen:

Im Jahr 1979 betrug der Profit dieser AG insgesamt 67,1 Milliarden Mark. Im selben Jahr betrugen die Löhne und Gehälter der etwas über zwei Millionen dort arbeitenden Menschen — brutto 65,1 Milliarden. Diese zwei Millionen Menschen — mit ihren Familien zusammen etwa 15 Prozent der westdeutschen Bevölkerung — bekamen also brutto zusammen zwei Milliarden Mark weniger als die Aktionäre dieser 100 AGs für ihre Betriebe zur Verfügung hatten.

Kommt an Umverteilung hinzu: Für die zwei Millionen Werktätigen die Lohnsteuer, die — durchschnittlich gerechnet bei Großbetrieben mit einer Reihe steuerbegünstigter Zuschläge — etwa 12 Prozent ausmachen dürfte. Der angebliche so astronomische Steuersatz für die Unternehmen erbrachte von diesen 100 AGs nur wenig mehr als das Lohnsteueraufkommen, nämlich etwa 12 Milliarden für 1979. Im Jahr darauf war es bereits ein Viertel weniger, knapp über 9 Milliarden.

Was aber diese Unternehmen von den Steuergeldern an den Staat wiederbekommen, sei es in Form von allgemeinen Subventionen, Forschungsmitteln oder Investitionsbeihilfen oder EG-Kartellregelungen, oder auch in Form solcher verdeckter Zuschüsse wie Mietbeihilfen (die ja in die Kassen der Vermieter fließen, und alle diese Monopole sind auch Großhauseigentümer) übertrifft ihre bezahlten Steuern um das Mehrfache.

Wenn also das ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands in seiner wirtschaftspolitischen Erklärung fordert, daß die Besteuerung der Profite der Konzerne und Banken drastisch angehoben werden müsse, so ist dies nicht nur eine Forderung, die sozial gerecht ist, weil sie die ungeheuren Summen des Profits der Kapitalisten beschneidet, sondern auch eine Forderung, die dazu geeignet ist, genügend Geld zu bekommen, um wirkliche Beschäftigungsprogramme zu finanzieren.

Denn konkret sehen diese Verhältnisse so aus:

	Gesamtprofit der 100 AGs	Steuern und Sozialabgaben	Nettoprofit
1979	67,09	12,30	54,79
1980	64,95	9,27	55,68

	Bruttolöhne und Gehälter	Steuern und Sozialabgaben	Nettoeinkommen
1979	65,1	18,97	46,22
1980	69,2	20,84	48,41

Tabelle in Milliarden Mark

Also: Die staatliche Steuerpolitik bewirkt in den Nettoeinkommen eine Umkehrung der Entwicklung in den Bruttoverhältnissen. Während die Steuern und Sozialabgaben der Unternehmen um 3 Milliarden sanken, stiegen sie bei den Beschäftigten um fast 2 Milliarden.

Gleich und gleich gesellt sich gern: Die zwei Millionen Arbeiter und Angestellten zu den 100 Aktiengesellschaften nämlich, die etwas mehr Geld besitzen als sie. Im Jahre 1980 genau 7,27 Milliarden Mark mehr. Und daß diese Entwicklung mit der berüchtigten Bonner „Operation 82" verstärkt wurde, daran vermag wohl niemand — außer den Sprechern der Unternehmerverbände — zu zweifeln.

Die Stillen im Lande

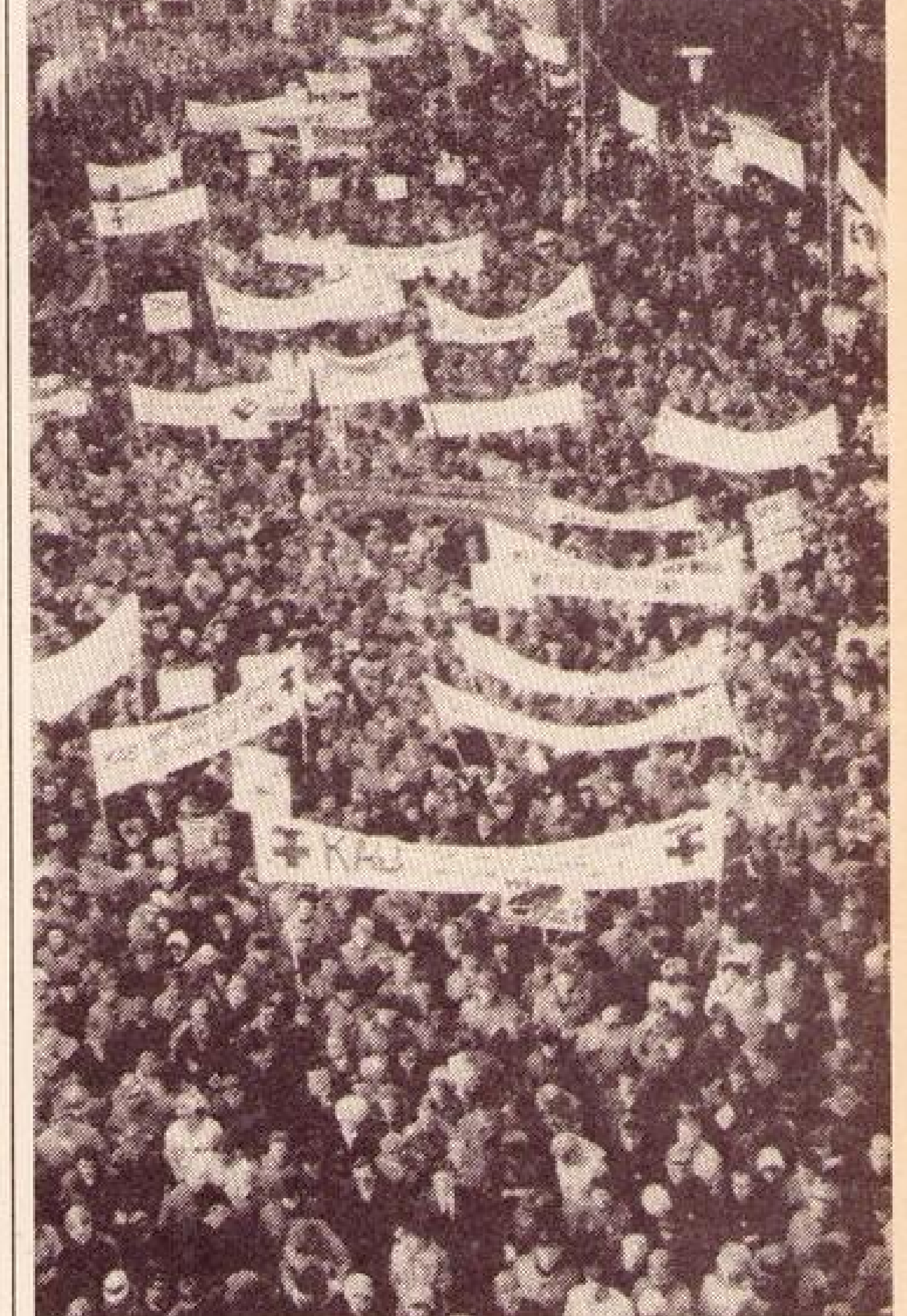
Neben diesen 100 Riesenbetrieben, neben den 1400 Aktiengesellschaften gibt es aber eben auch noch die über 37000 anderen Betriebe. Und dabei sind nicht nur die Kleinsten. Keine Aktiengesellschaften und daher auch nicht zur Veröffentlichung wenigstens eines Teils ihrer Geschäftsergebnisse verpflichtet, sind beispielsweise so bekannte und wichtige Monopole wie die Friedrich Krupp GmbH oder auch die Robert Bosch GmbH. Aber auch die Zentrale der Flicks, die Friedrich Flick Industrieverwaltung ist lediglich eine Kommanditgesellschaft auf Aktien und veröffentlicht keine Zahlen. Drei Gesellschaften immerhin, die alleine eine viertel Million Menschen beschäftigen und im Jahre 1980 einen Umsatz von 34,4 Milliarden Mark erzielten.

Die „enterbten Söhne" wie einmal über Krupp und Bosch junior geschrieben wurde — völlig unzutreffend geschrieben wurde — mögen sich als Personen noch so sehr unterscheiden, in einem sind sie sich gleich: Sie streichen mächtig ein. Rechnet man für diese drei Gesellschaften mit einem Profit von 15 Prozent des Umsatzes (bei den oben beschriebenen AGs beträgt er beinahe 20 Prozent), was sicher nicht zu hoch ist, so ist dies eine Summe von rund 5 Milliarden Mark, so daß eine Entnahme von 500 Millionen für die „Stiftungen", die den Nachfolgern ihre Gelder ausbezahlen, nicht übertrieben sein dürfte. Damit ist auch ein Jahreseinkommen für die Bosch-Familie von 100 Millionen Mark, wie es einmal — lebhaft dementiert — durch die Presse ging, so unwahrscheinlich nicht mehr.

Alle diese vielen Zahlen können nur eines: einen Eindruck davon vermitteln, wo der Reichtum, der in diesem Land geschaffen wird, hinfließt. Wo der Reichtum wächst, während die Zahl der Arbeitslosen wächst. Wo die wirtschaftliche Macht sich zusammenballt; während Existenzen vernichtet werden. Wo die Lohnfortzahlung bei Krankheit gestrichen werden soll — und zur selben Zeit Milliarden als Investitionsbeihilfe herbeigeschafft werden.

Solche enormen Gewinne, solche ungeheuren Geldmengen — auch als privates Vermögen der Reichen dieses Landes — die lassen sich vor allem, aber eben nicht nur von Großaktionären und Aufsichtsräten der größten Aktiengesellschaften von Industrie und Bergbau erzielen.

Noch nicht die Rede war von den Bankern — wo die Familien, die dort das große Geld machen, zum Teil dieselben sind, wie in der Industrie, aber eben auch andere. Solche Gewinne lassen sich aber auch mit Großgrundbesitz oder mit Nahrungsmittelbetrieben, die nicht nur von der Arbeit der Belegschaften, sondern auch von der der Bauern profitieren, erzielen. Will man die Reichen und Mächtigen in dieser Republik einigermaßen darstellen, so muß auch die Vertreter dieser Spezies würdigen. Das werden wir in weiteren in dieser Artikelserie im „Roten Morgen" tun.



Massenkundgebung der Belegschaft der Maxhütte gegen Entlassungspläne zu Beginn des letzten Jahres — während sie um ihre Arbeitsplätze fürchten, wachsen die Nettoeinkommen der Konzerne.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 17, 30 Nisan 1982 Yıl: 16 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar

Münih'te yabancı düşmanlığına karşı eylem

29 Nisan'da yapılacak İçişleri Bakanları konferansında tek tek eyaletlerde farklı sertlikle uygulanan yabancılar kararnameleri Federal Almanya çapında bütün bir karar olarak birleştirme girişiminde bulunulacak. Bunun için 24 Nisan'da yabancılar kararnamelerini hedefleyen bir yürüyüş düzenlendi. Partimiz KPD, "Yabancılar Kararnamelerine Karşı İnsiyatif Grubu" ve çeşitli insiyatifler tarafından düzenlenen bu yürüyüşü destekledi. 1200 kişinin katıldığı yürüyüşte yabancılar kararnamelerinin geri alınması talep edildi ve yabancı düşmanlığı lanetlendi. Yürüyüşte gür bir şekilde haykırılan sloganlardan biri de "Eğer birliğimizi korursak, patronlar bizi bölemez" sloganıydı. Bu eylem yabancı düşmanlığına karşı Münih'te mücadeleye yeni bir itilim kazandıracaktır.

1 Mayıs 1982

Sosyal hakların kısıtlanmasına ve çılgınca silahlanmaya hayır!

Bu yıl 1 Mayıs'a daha zor şartlar altında girmekteyiz. İşsizlik artmakta, işyerleri ard arda yok edilmekte, bunalım giderek derinleşmekte, sosyal haklar kısıtlanmakta ve çılgınca silahlanılmaktadır. İşte bu yıl işçiler çıkarları ve taleplerini gerçekleştirmek uğruna meydanları doldururken 1 Mayıs'a damgasını bu noktalar vurmaktadır.

Federal Hükümet "bütçe tasarruf programı" çerçevesinde emekçilerin sosyal haklarını kısıtladı ve sırtına yeni yükler bindirdi. Bunun yanı sıra fiat artışlarının altında imzalanan toplu sözleşmeler işçilerin gerçek ücretlerinin daha da düşürülmesine yol açtı.

Kısacası, artan işsizlik ve derinleşen bunalıma paralel olarak işçi sınıfı ve emekçi halkın yaşam koşullarının daha da ağırlaştırılması için saldırılarda yoğunlaştırıldı. Kapitalistler ve onların Bonn'daki sözcüleri bunalım yükünü emekçi halkın sırtına bindirmek için bir çok cephede saldırıya geçtiler. Gün geçmiyorki işyerleri kapatılmamış, rasyonalleştirme sonucunda binlerce işyeri yok edilerek toptan çıkışlara gidilmemiş olsun, sosyal haklara düzenlenen saldırıları sürekli bir yenisi izlemektedir. İşverenlerin ve hükümetin bu saldırılarına karşı her tarafta kararlı direniş örgütlenmelidir.

Artık sendikaların kapitalistlerin genel saldırılarına karşı harekete geçmelerinin zamanı gelmiştir. Sendikalar kapitalistlerin ve onların devletinin saldırılarını kararlı bir şekilde geri püskürtmelidirler.

Bir taraftan emekçi halk daha derin bir sefaletin içerisine itilirken, öte yandan kriz olmasına rağmen kapitalistlerin daha da zenginleşmesi ve yeni toptan çıkışlara gitmeleri için yapılan devlet yardımlarına ve vergiden hediyelere son verilmeli ve bunun için sendika hareketi sesini yükseltmelidir.

Buhranın faturasının zenginlere ödetilmesi için artık kararlı bir savaşım vermenin zamanı gelmiştir! Bunun için banka ve tekellerin kârları tesirli bir şekilde vergilendirilmelidir!

Hukuki olarak yeni işyerlerinin yaratılmasına ya da mevcut olanların korunmasına tabii kılınmayarak işverenlere verilen devlet yardımlarına son! Zenginlerin vergileri yükseltilmelidir!

Ayrıca sendika hareketi tamda 1 Mayıs'ta silahlanma giderlerinin düşürülmesini açık bir şekilde talep etmelidir. Çünkü silah tekellerine yapılan her yatırım bir tarafta silah tekellerinin kârlarına kâr katarken, öte yandan ise gelecek savaşın çıkmasını daha da hızlandıran bir yatırımdır. Bu yatırımlar aynı zamanda toplumsal değerlerin silahlanma uğruna çarcur edilmesi demektir. Bunun için çılgınca silahlanmaya ve sosyal hakların kısıtlanmasına karşı şiarı altında silahlanma giderlerinin en az yüzde 20 düşürülmesini talep etmeliyiz!

Ne varki bu talepleri gerçekleştirmek bugün sendikalarımızın başına çöreklenmiş sendika ağalarının patronlarla sosyal işbirliği politikası temelinde mümkün değildir. Sendika politikasında bir dönüşümü sağlamak, kapitalistlerin saldırılarını geri püskürtmek, taleplerimizin gerçekleştirilmesi uğruna sendikaların mücadele potansiyelini harekete geçirebilmek için sınıfın çıkarlarını esas alan bir çizgiye ihtiyacımız vardır. Bu çizginin ana noktalarını; işyerlerinin uzlaşmaz bir şekilde korunması, tam ücret karşılığında 35 saatlik iş haftası ve işsizlerin hakları için talepler oluşturmalıdır!

(„Gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung")

Heilbronn'da

Volksfront üyesi kaçırıldı

HEILBRONN. — Gericiliğe, faşizme ve savaşa karşı Volksfront'un Baden Württemberg Eyalet Birliği Yönetim Kurulu üyesi Heilbronn'lu Mina Hölzel bir kaç gün önce caddede giderken zorla arabaya bindirilerek kaçırılıyor. Kaçırılışından uzun bir süre sonra bırakılan Mina Hölzel'e sayısızca uyku habı veriliyor.

Burada bir polisiye filmin başlangıcına benzeyen olay çıplak bir gerçeği dile getirmektedir. Kaçırılışından önce Mina Hölzel'e bir dizi tehdit mektubu gönderiliyor ve ayrıca defalarca telefonla tehdit ediliyor. Son olarak edilen telefonda ise kendisine kaçırılacağı belirtiliyor.

Kaçırılışından sonra bilindiği kadarı ile kimsenin oturmadığı bir köy evine götürülen Hölzen'e kaçıranlar Volksfront'a üye olan Türkiyelilerin ismini soruyorlar. Ayrıca onlar Volksfron'un yabancı düşmanlığına karşı sürdürdüğü mücadeleyi durdurması için kendisinin ağırlığını koyması talep ediyor ve aksi taktirde bunun hesabını çocuklarından soracakları tehdidini savuruyorlar.

Mina Hölzen'i kaçıranlar Alman ve Türklerdi. Kaçırılışından önce gönderilen mektupların bazılarının üzerine gammalı haç çizilmişti. Kaçıranlar Volksfront üyesini sorguya çekerken ayaklarında sigara izmaritlerini söndürüyorlar.

Mina Hölzen'i kaçıran Türklerin ise elbiselerinde ve davranışlarından ötürü milli istibarattan olacaklarının ihtimali de büyüktür ki, soruna siyasi olarak bakılacak olursa, bu mümkün olan bir şeydir.

Halk Cephesi üyesi defalarca polisten güvenlik önlemlerinin alınmasını talep ettiği halde, bugüne dek bir adım atılmış değildir. Ayrıca olayı resmi olarak üstlenen polis kaçıranların yakalanması için ne bir resmi ilan verdi ne de söz vermelerine rağmen Mina Hölzen'in can güvenliğini korumak için önlem aldı. Bu kaçırmak olayı aydınlığa kavuşturulmalı ve Nazi örgütlerine karşı mücadele daha da yükseltilmelidir.

NPD Parti Kongresine karşı yürüyüş

2 Mayıs'ta NPD Witten'de Eyalet Parti Kongresini yapmak istiyor. 2 Mayıs aynı zamanda 1933'te Hitler faşistlerinin sendikalara karşı saldırılar düzenledikleri ve Alman sendika hareketini dağıttıkları gündür. Bunun için NPD Kongresinin özellikle böyle bir günde yapılması anti-faşistlere karşı bir provokasyondur.

Witten şehir Yönetimi Kongrenin yapılacağı salon olan Städtische Saalbau'yu NPD'lilere vermeyi reddetmesine rağmen, Arnsberg İdari Mahkemesi Nazileri destekleyen karar aldı.

Faşistlerin bu adice provakasyonuna karşı DGB-Witten Bölge Şubesi parti kongresinin başlayışından bir saat önce kongrenin yapılacağı yerde bir miting koydu. KPD Witten Yerel Örgütü tüm anti-faşistleri bu mitinge katılmaya çağırıyor.

Miting 2 Mayıs Pazar günü saat 10'da Bergerstr'deki Saalbau'nun önünde yapılacak.

'82 ücret turları:

Gerçek ücretler düşürüldü

Toplu sözleşme turları hemen hemen bütün işkollarında sona ermiş durumda. Şimdiye değin gerçek ücretlerde hiç bir zaman bu kadar bir düşüş yapılmamıştı. Şayet kamu emekçileri isyan etmezlerse, şimdiye kadar imzalanan toplu sözleşmelerden en ağır bir şekilde onlar etkilenmiş olmaktalar.

Kamu emekçilerinin ücret zammı uzlaşmasına karşı isyan edip etmeyecekleri gazetemiz baskıya verildiğinde henüz belli değildi. Ancak görüldüğü kadarıyla kamu emekçileri buna hazır değil. ÖTV Başkanı Kluncker ve şürekasının ikili oyunlarına karşı, yani lafta alabildiğince kamu emekçilerinin özel kurbanlar olarak seçilmesine karşı çıkarken, pratikte bunu kabul etmeleri kamu emekçilerinde büyük bir yılgınlığa yol açtı.

Uzlaşmada, 1 Mayıs '82'den itibaren 28 Şubat 1983'e kadar geçerli olan yüzde 3,6'lık ücret zammı yapılması kabul edildi. Bunu bir yıl üzerinden hesaplayacak olursak, böylece bu yüzde 3,15'lik bir ücret artışını ifade etmektedir.

Bunu diğer işkollarında yapılan ücret zamları (yüzde 4,2) ile karşılaştıracak olursak, bu tamda Bonn Hükümeti'nin istediği yüzde 1'lik ücret kısıtlamasını dile getirmektedir.

Öte yandan bazı işkolunda ise sendika yönetimi yüzde 4,2'lik bir ücret artışı ve gelecek yılın şubat ayında yeni ücret grupları üzerine görüşme (Yapılacak olan toplu sözleşme anlaşmasının 1. 1. 1984'ten itibaren yürürlüğe konulması öngörülüyor) uzlaşmasını kabul etti.

Basım işçileri mücadeleye hazır olduğu halde sendika yönetiminin uzlaşmaya gitmesi gerekli olan bir şey değildir. Anlaşmaya varılmadan önceki gece 89 işyerinde yuvarlak olarak 9000 işçi arkadaş protesto eylemlerine katıldı. Bu da IG Druck sendikasının hâlâ mücadeleci bir sendika tabanına sahip olduğunun bir göstergesidir.

(„Lohnrunde '82: drastische Reallohnabbau")

Falkland:

İngiliz filosu derhal geri çekilmelidir!

Arjantin sahili yakınındaki Falkland adaları üzerine çatışmalar daha da kızıştı. Güney Georgia adalarında İngiliz filosu ilk savaş çıkarma girişiminde bulundu. Bu emperyalist savaş filosunun derhal geri çekilmesi ancak ada sorunun çözümü yönünde ilk bir adım olabilir. Çünkü şimdi hem Arjantin hem de İngiliz hükümeti ülke içerisindeki mevzilerini sağlamlaştırmak için halkı milliyetçi bir temelde kışkırtmaktadır. Öte yandan ABD Hükümeti kendisininde bir tasarruf yapması için arabulucuk rolünü oynamaya kalkışırken, Bonn Hükümeti ise İngiliz emperyalistlerine destek sağlamaktadır.

Falkland adaları üzerine başlatılan kavga üzerine bir kez daha şunun altını çizmeliyiz ki, bu çatışmalarda hiç bir tarafta haklı değil. Eğer bugün İngiliz Thatcher Hükümeti "İngilizlerin şanını koruma" adı altında İngiliz sömürgeciliğini güçlendirmek istiyorsa, bunun hiç bir haklı yanı olamaz ve bunun içinde soruna sağlam bir kafayla yaklaşan birisi İngiliz emperyalizminin saldırısını desteklemezde. Falkland adaları İngiliz emperyalizmi için stratejik ve askeri bir öneme sahiptir. İngiliz emperyalistlerinin ada üzerine çatışma sürdürmesinin nedeninin biri budur.

Arjantin cuntasına gelince, bu da güya halkın milli çıkarlarının temsilciliğini yapma adına ülke içerisinde düşen itibarını tekrardan kazanmak istemektedir. Onun bugün Malvin adalarını (Falkland adalarının esas ismi) ulusal egemenlik mücadelesinin merkezine koyması, kendisinin ne kadar bunu isteyip istemediğinin bir göstergesidir. Çünkü İngiliz emperyalizminin adalarda hakimiyetinin olması, bu ülkenin egemenliği için esas tehlikeyi ya da ana sorunu oluşturmamaktadır.

Bunun için Bonn Hükümetinin AET üzerinden İngiliz emperyalizminin sömürgecilik siyasetini desteklemesi ve Arjantine karşı boykot tedbirlerinin alınmasını talep etmesi, onun İngiliz emperyalizmi ile olan eşit hedeflerini dile getirmektedir.

Federal Almanya'daki savaş karşıtları bir tarafta İngiliz emperyalistlerinden savaş filolarını geri çekmelerini, öte yanda ise Bonn Hükümeti'nden İngiliz Hükümeti desteklemekten vazgeçmesini talep etmelidirler.



Toptan çıkışlar beş günlük grevin ardından geri alındı

Rockwell-Golde işçileri mücadelelerinde zafer kazandılar!

FRANKFURT/MAİN. — Rockwell Golde işçileri mücadelelerini zaferle sonuçladılar. Onlar toptan çıkışların verilmesini önlemek için "Tüm işyerlerinin uzlaşmaz bir şekilde korunması" şiarı altında greve gitti ve işyerini işgal ettiler. İşçi arkadaşlar beş gün boyunca sürdürdükleri mücadelelerinin sonucunda hedeflerine ulaştılar: İşletme Yönetimi tüm çıkışları geri alacağını açıkladı. Rockwell Golde işçilerinin izlediği bu mücadele yolu, bir tarafta işyerlerinin kapatılmasına ve toptan çıkışlara karşı işçi ve sendika hareketinin izlemesi gereken yolu gösterirken, öte yandan ise yerli ve yabancı işçilerin mücadele birliğinin ne kadar gerekli olduğuna işaret etmektedir.

"Kızıl Şafak"ın geçen sayısında da ayrıntılı olarak yazdığımız gibi 16 Nisan, cuma günü öğle üstü Frankfurt Rockwell Golde işçileri greve gittiler ve işyerini işgal ettiler. İşçi arkadaşların mücadeleye atılmalarının nedenini, patronun toptan çıkışlara gitmek istemesi ve firmanın bir bölümünde üretimi Como'ya (Kuzey İtalya'da bir şehrin ismi) aktarmak istemesi oluşturuyordu.

Rockwell Golde, çok uluslu bir şirket olan ABD silah tekeli Rockwell International'ın bir şubesidir. Bu firmada çeşitli ülkelerdeki büyük otomobil firmaları için araba yedek parçası üretilmektedir. 8 yıl önce 900 işçisinin bulunduğu Frankfurt Rockwell Golde şubesinde şimdi yuvarlak olarak 340 işçi çalışmaktadır. Firmanın bu şubesinde açılır kapanır araba tavanı vb. yedek parçalar yapılmaktadır.

Yaklaşık olarak iki ay önce yapılan işyeri toplantısında işletme yönetimi üretimin bir bölümünü Como'ya aktaracağını ve bunun içinde en az 115 işçinin (önceden 140 veya 160 işçinin çıkışı verileceğinden bile söz ediliyordu) çıkışını vereceğini açıklamıştı.

Bunun için geçen hafta işçi arkadaşlar işyerinin bahçesinde toplanarak gelişmeler üzerine bilgi verilmesini istediler. Arkadaşlar bahçede toplanırken işletme yönetimi ile işyeri işçi temsilciliği arasında görüşmeler sürüyordu. İşçi temsilciliğinin üyelerinin büyük çoğunluğu tüm işyerlerinin korunması ve hiç bir işçi arkadaşın çıkışının onaylanmaması gerektiği düşüncesindeydiler.

İşçi arkadaşların başlattıkları grev daha sonra işyerinin işgaline dönüştü. İşçi arkadaşların eylemleri ilk olarak protesto şeklinde başlarken, işletme yönetiminin işçilerin ileri sürdükleri talepleri kabul etmemesi ve gece vardiyasında çalışan arkadaşlara lokavt uygulaması üzerine protesto tüm işyerlerinin korunması için kararlı bir kavgaya dönüştü.

Rockwell Golde işçileri daha işyerinin işgalini başlatmadan önce kendilerine tüm işyerlerinin korunmasını ve çıkışların geri alınmasını hedef edinmişlerdi. Onların mücadelelerine damgasını vuran bu noktayı işgal eyleminin başlamasının ardından, firmanın giriş kapısına asılan şu sloganlar çok açık bir şekilde gösteriyor: "Tüm işyerlerini uzlaşmaz bir tarzda koruyalım!", "Sosyal tazminatlarınız sizin olsun, biz iş istiyoruz!"

İşyerinin işgal eyleminde önemli olan ikinci bir nokta ise, işçi arkadaşların tüm eylem süresince uyanıklıklarını korumalarıdır. Onlar savaşımlarını militan ve kararlı bir şekilde sürdürdüler. Her türlü hayati tehlikeyi bile göze alarak işçiler malların işgal edilmiş olan fabrikadan dışarı çıkarılmasını önlediler. İşte işçi arkadaşların kararlılığı, militanca mücadeleye atılışı ve her şeyden öncede uyanık olmaları Rockwell Golde'de işgal eylemine damgasını vuran bir diğer önemli noktadır.

Tüm işgal eylemi süresince olağanüstü bir mücadele azmine sahip olan işçi arkadaşlar, işverenin kendilerini bölme girişimlerine karşı durdu, birliğini korudu, patronun geceleyin polisi kendi üzerlerine saldırtacağı tehditine karşı yılgınlığa kapılmalıdır. İşçileri yıldıramayan, onlara göz dağı veremeyen işletme yönetimi bu kezde, eylemde yer alanların çoğunluğunu Türkiyeli işçi arkadaşlar oluşturduğundan ötürü, Cuntanın uzantısı olan Türk Çalışma Ateşeliği'nden yetkilileri eylem yerine çağırarak Türkiyeli işçilere çalışmaları için baskı yapmasını talep ediyor. Tabiiki faşist cuntanın temsilcilerinin işgal eyleminde bulunan işçilerin yanına gelmesi üzerine "Milliyet" gazetesi onların "çıkışların geri alınmasını istediklerini ve işçilerin hakları için harekete geçtiklerini" yazıyor. Ancak bu sahtekarlıktan başka bir şey değil! İşletmenin önüne giden konsolosluk yetkilileri Türkiyeli işçi arkadaşların isimlerini yazıp gidiyorlar. Ve onların oraya gitmesinin gerçek nedenini Türkiyeli işçi arkadaşlara baskı yapmak oluşturuyordu. İşçilerin kararlılığı karşısında bu gücü kendisinde göremeyen Çalışma Ateşesi yetkilileri eylem yerinden ayrılıyorlar. Onlar işçilerin sorunları ile ilgilenmek istiyorlardılarsa, şimdiye kadar neredeydiler? Onlar işçinin dostu değil, patronların dostudurlar ve patronun çağrısı üzerine işyerine gittiler. "Milliyet" gazetesi bu gerçeği ters çevirerek yazıyor.

İşgal eyleminin 5. gününde de şiparişler gitmemesi üzerine İsveş Volvo firmasında üretime ara veriliyor. Eğer işgal eylemi bir kaç gün daha sürmüş olsaydı, o zaman diğer büyük otomobil fabrikalarında da üretim dondurulmuş olurdu.

Çarşamba sabahı IG Metall'ın ve işyeri işçi temsilciliği'nin, işverenin ve İşverenler Birliği'nin bulunduğu toplantıda görüş birliğine varıldı. Yapılan anlaşmayla tüm çıkışlar geri alındı. Daha sonra işyeri toplantısında imzalanan bu anlaşma üzerine açıklama yapıldı. İşyeri işçi temsilciliği ve IG Metall işçileri anlaşmayı kabul etmeye ve işbaşı yapmaya çağırdı. İşçi arkadaşlar bu çağrıya ikilemli bir tavır takınarak sonunda uydular. Çünkü yapılan anlaşma bazı yaş noktalarıda içermektedir. Anlaşmada 115 işçi arkadaşın çıkışının geri alındığı, greve gidildiği günlerin ücretlerinin ödeneceği ve işçilere greve katıldılar diye hiç bir disiplin cezasının verilmeyeceği noktaları yer alıyor. Hiç şüphesiz bu üstün bir başarıdır!

Ama buna rağmen anlaşmada büro emekçilerinin işyerlerinde rasyonalleştirmeye gidilmesi ve çıkışların verilmesi tavizinin yer alması olumlu bir şey değildir. Gerçi büro emekçileri işgal eylemine ve greve katılmadılar, ama buna rağmen bu sendikanın ve işyeri işçi temsilciliğinin onlara karşı talepleri içeren bir anlaşmayı imzalamalarını gerektirmez. Bu adım işçi ve büro emekçilerinin daha da bölünmesine hizmet etmekte ve son tahlilde patronun işine yaramaktadır. Aynı zamanda sendika yönetimi ile işyeri işçi temsilciliğinin Rockwell kapitalistlerine "çalışma güçlüklerinin AFG (Çalışma Teşviki Kanunu) çerçevesinde kısa devre çalışmaya giderek atlatma" imkânını tanıyan bir tavizi vermeleri bir sorun teşkil etmektedir. Çünkü böylece "çalışma güçlükleri" işsizlik sigortasından, yani işçilerin kendi cebinden atlatılmış olmaktadır ki, Rockwell Golde kapitalistleri son yıllarda milyarlarca kâr elde ettiler!

Bazı işçi arkadaşlar işletme yönetimi üretiminin bir kısmını başka ülkeye aktarma planını geri alıncaya dek grevi sürdürmenin gerektiği düşüncesini paylaşıyorlardı. İşçi arkadaşların böylesi kararlı bir tutum takınmaları kuşkusuz prensip olarak doğrudur. Ama soruna yaklaşırken daha geniş hedefi kapsayan bir talebin gerçekleştirmesi için mücadeleyi sürdürmenin ya da diğer işletmelerde de dayanışma eylemlerini örgütleyerek patrona güçlü bir siyasi baskının yapılmasının ortamı olup olmadığı somut olarak değerlendirilmelidir.

Fakat buna rağmen, Rockwell Golde'de başlatılan kavga işçilerin önemli bir zaferi olarak değerlendirilmelidir. Ekonomik krizin giderek derinleştiği ve toptan çıkışların ard arda birbirini izlediği şu koşullar altında ilk olarak bir tekel yönetimi toptan çıkışları geri almak için dize getirildi. Frankfurt Rockwell Golde işçileri mücadeleleri ile bir tarafta tüm işyerlerinin uzlaşmaz bir şekilde korunabileceğini pratik olarak gösterirken, öte yanda ise temel bir çözümün ancak kararlı bir işyeri işgali ile mümkün olduğunu ispatladılar. Bu çizgi ilk olarak VDM'de daha sonra Videocolor'da ve şimdi de Rockwell Golde'de izlendi. Rockwell Golde işçileri bu savaşta zaferle çıktılar. Onlar mücadeleleri ile tüm işçi ve sendika hareketi için işyerlerinin kararlı bir şekilde korunmasının mümkün olduğunu gösterdiler. Rockwell Golde işçilerinin mücadelesi aynı zamanda birleşik gücün, yerli ve yabancıların mücadele gücünün ürünü ortaya koydular. Şimdi görev işyerlerinin korunması savaşımında bu yolu devam ettirmektir.

(„Rockwell-Golde-Arbeiter haben gesiegt!")



Örnek bir direniş; Rockwell Golde işçileri işyerlerini korumak için başlattıkları grev ve işyeri işgal eylemini zaferle sonuçladılar.

"Rote Fahne"de sansür

Rockwell Golde işçileri işyerinin kapısına üzerinde "Tüm işyerlerini uzlaşmaz bir şekilde koruyalım!" yazılı bir pankart asmıştılar. Ne varki Almanya Komünist İşçi birliği (KABD) Merkez Yayın Organı "Rote Fahne" (Kızıl Bayrak) bu sloganı sansüre tabii tutarak, Rockwell Golde işçilerine adadığı makalesinde şöyle yazıyor: "Tüm işyerlerini koruyalım!" — Bu talep temelinde Frankfurt Rockwell Golde işçileri 17 Nisan (doğrusu 16 Nisan olması lazım, KŞ) cuma gününden beri işyeri işgalini sürdürmekteler."

"Rote Fahne" yazarları gazetelerinde "uzlaşmaz bir şekilde savunma" yerine sadece "savunma" terimini geçirerek slogan sansüre etmeye neden gerek duydular?

"Rote Fahne" yazarları bu doğru sloganı sansür etmeden aynen yayınlamaktan niçin korkuyorlar? Çünkü partimiz KPD bu sloganın propagandısını yapmakta ve bunu "Rote Fahne" yazarları da çok iyi biliyorlar. Onlar okurlarının işyerinde başlatılan işgal eyleminde KPD'nin bir etkisinin olduğunu öğrenmelerini çirkin bir metoda başvurarak önlemek istiyorlar. Peki Almanya "işçi sınıfı partisini" kurma girişiminde olduğunu ileri süren KABD'nin bu tür gülünç sansür metoduna ihtiyacı varmıydı acaba?

DKP'nin (Alman "Komünist" Partisi) gazetesi "UZ" slogana duyduğunu alerjiyi dile getirmemek için daha kararlı ve ustaca bir tutum takınarak slogan üzerine bir tek kelime dahi yazmadı. DKP Yönetimin böylesi bir tutum takınması üzerine fazla bir şey söylemeye gerek yoktur. Niçin? Çünkü işyerlerimizin uzlaşmaz bir şekilde savunulması talebi revizyonistlerin istediklerinden çok daha geniş bir hedefi dile getirmektedir. Eğer onlar bunu kabullenecek olsalar, o zaman kapitalizme karşı devrimci sınıf mücadelesinde yer almış olurlar! "Allah bu beladan korusun!"

(„Zensur in der 'Roten Fahne")

KPD Rockwell Golde işçileri ile dayanışmaya girdi

KPD'li yoldaşlar mücadelenin ikinci gününde, yani cumartesi günü Rockwell Golde işçilerinin mücadeleleri ile dayanışmaya girdi, onlara çay ve katıklı ekmek götürdüler. Bunun yanı sıra KPD Frankfurt Yerel Örgütü onlara bir dayanışma mesajını iletti ve mücadele fonuna 100 DM'de bağışta bulundu. Dayanışma mesajında şöyle denilmekte: "Cuma günü saat 12.30'da greve gittiğinizi ve işyerini işgal ettiğinizi öğrendiğimizde çok sevindik! (...)

Ve siz berrak bir hedefe, yani işyerlerinizi koruma hedefine sahipsiniz. Bizim işyerlerine ihtiyacımız var. Bunun için sosyal tazminat planlarına artık son verilmelidir! İşyerlerinin kararlı bir şekilde korunması için mücadele etmek gereklidir. (..)"

KPD Frankfurt Yerel Örgütü'nün geçen cumartesi günü grevdeki işçilere dağıttığı bildiride ise şöyle denilmekte: "Büyük çoğunluğunuzun yabancı olması sizler için durumu iki kat daha zorlaştırmaktadır. Bunun için önünüzde tek bir alternativ var: İşyerleri kararlı bir şekilde korunmalı! Her türlü sosyal tazminat planları reddedilmelidir!

Sosyal tazminat planları değil, işyerlerine ihtiyacımız var!

Bu nedenle buradaki işyerlerini koruma garantisi verilinceye dek firmanın işgali sürdürülmelidir. (...) IG Metall'ın Frankfurt Yerel Yönetimine ikinci bir kez sorumluluğundan ve görevinden yan çizmesi olanağı tanınmamalıdır. O şimdi harekete geçmeli, Frankfurt'ta işçilerin pratik dayanışmasını örgütlemelidir. (...) Eğer işyerlerinizi koruma mücadelesinde başarı ile çıkacak olursanız, bununla sizin gibi aynı durumla karşı karşıya kalan işçilere de bir sinyal vermiş olursunuz!

O zaman onlarda şunu diyecektir: Biz de sizin gibi yapacağız!" Çarşamba sabahı iki "Kızıl Şafak" yazarı Frankfurt Rockwell Golde işçilerine KPD Merkez Komitesi'nin bir dayanışma mesajını ve mücadele fonlarına bağışı iletmek için Frankfurt'ta hareket ettiler. Ne varki onlar Rockwell Golde firmasına vardıklarında, işe tekrardan başlanılmıştı.

Patronlardan biri iki "KŞ" yazarına müdahale etmek için harekete geçtiysede, buna rağmen onlar işçiler tarafından içeriye alındı. Bu, grev sona ermesine rağmen, işçilerin hakimiyetinin henüz alt edilememiş olduğunun bir göstergesidir! Yoldaşlar, işyeri işçi temsilcisine dayanışma mesajını ve 500 DM'ta bağışı ilettiler.

Bunun ardından iki muhabirimiz grevde aktiv ve militan bir rol oynayan Türkiyeli işçi arkadaşlardan biriyle konuştular. Türkiyeli işçi arkadaşla yapılan röportajı gelecek sayıda yayınlayacağız.

KPD Merkez Komitesi'nin dayanışma mesajında şöyle denilmekte: "Frankfurt Rockwell Golde'de 110 işçi arkadaşın işten çıkarılmasına ve işyerinin taksim taksim kapatılmak istenmesine" karşı siz en doğru cevabı verdiniz: Grev ve işyerinin işgali. (...) Bu tamda patronların anladığı dildir ve onlar bundan öcü gibi korkmaktalar. Ancak bu yolla Frankfurt Rockwell Golde'de tüm işyerlerinin korunmasını sağlayabilirsiniz. (...)

İşyerlerinizi uzlaşmaz bir şekilde korumak için firmayı işgal etmekle izlediğiniz yol kararlı olan yoldur. Bu mücadele yolu tüm işçi ve sendika hareketinin izlemesi gereken yol olmalı ve olacaktır da!"

(„KPD an der Seite Der Rockwell-Golde-Kollegen")

Rockwell Golde işçileri ile dayanışma

Rockwell Golde işçilerinin grev ve işyerinin işgal eylemi kısa sürmesine rağmen, onlarla dayanışma geniş boyutlar kazandı. Bir kaç ay önce işyerlerini korumak için firmayı işgal eden, ama IGM Bölge Yönetiminin bir sosyal tazminat planı hazırlaması ve böylece işçileri bölmesi sonucu yenilgiye uğrayan VDM işçilerinin 100'ü kurulan "Eski VDM'liler İşsiz İnsiyatifinde" birleştiler. 84 üyesinin imzaladığı bu insiyatif adına Rockwell Golde işçilerine gönderilen bir dayanışma mesajında şöyle denilmekte: "Sizi cesaretinizden dolayı tebrik ederiz, devam edin!"

İşyerinin kapatılmasını önlemek için ocak ayında 18 gün boyunca işyerini işgal eden Videocolorlu işçi arkadaşlar, mart ayında Frankfurt Rockwell Golde'de işyeri toplantısı yapılması üzerine orada Videocolor İşçilerinin Grev Komitesi adına bir bildiri dağıttılar. Grev Komitesi Sözcülüğünü yapan Udo Tischer tarafından hazırlanan ve onun imzasını taşıyan bu bildiride Rockwell Golde işçileri işyerlerinin korunması için mücadeleye atılmaya çağrılmaktalar. Udo Tischer ayrıca Rockwell Golde'de yapılan bir işyeri toplantısına da katılarak Videocolor'daki işyeri işgalinde edindiği tecrübeleri aktardı.

Şimdi Mannesmann-Demag'ta mı işgal eylemi devam edecek?

Rockwell Golde işçilerinin grevlerini başarıyla sonuçlandırmalarının aynı günü öğleden sonra Mannesmann-Demag'ın bulunduğu Frankfurt-Bockenheim'de de işletme yönetiminin 140 işçi arkadaşın çıkışını vermek istemesi protesto edildi. Protesto eyleminin ardından IG Metall bir toplantı yaptı. IG Metall Yerel Yönetim Kurulu Başkanı Günter Otto, Rockwell Golde işçilerinin kararlı tavırlarıyla, yani grev ve işyerini işgal etmekle çıkışların geri alınmasını sağladıklarını itiraf etmek zorunda kaldı. Ayrıca toplantıda konuşan Rockwell Golde işyeri işçi temsilciliği başkanı Heinz Göppner "eğer diğer işçi arkadaşlar bizden öğrenmezlerse, bu beni üzer" dedi.

Hamburg'da belediye seçimleri:

Yabancı düşmanlığını kışkırtan ırkçı HLA'da seçimlere katılmak istiyor

HAMBURG. — Çeşitli eyaletlerde yapılan belediye seçimlerine paralel olarak bir dizi faşist ve ırkçı komitelerde kurulmaktadır. Bu komiteler yabancı düşmanlığını kışkırtmayı ve bu yolla kendilerine, faşist düşünceler için parsa toplamaya çalışmaktalar. Son olarak kurulan faşist insiyatiflerden biride "Hamburg Yabancıları Durdurun Listesi (HLA)"dır. Bu ırkçı liste Hamburg'ta yapılan belediye seçimlerine de katılmak istiyor. 22 Nisan'da bu liste bir parti olarak tanındı. Bununla devlet tarafından ırkçı listeye seçimlere katılması için ön şartlar yaratılmış olmaktadır. HLA'nın seçimlere katılması üzerine kesin karar 7 Mayıs'ta alınacak.

HLA faşist NPD tarafından yönlendirilmekte ve yönetimininde ayrıca "Nasyonal Sosyalist Eylem Cephesi" (ANS) adlı terörist örgütün üyeleride yer almaktadır. Faşist İnsiyatif kendisine yabancı düşmanlığını kışkırtmayı, ırkçı düşüncelerin ve faşist ideolojinin propagandasını yapmayı temel almış olmasına rağmen, buna karşı yetkililer hiç bir önlem almamaktalar.

Hamburg SPD tarafından yönetilmesine ve insiyatif seçim kampanyasında, açıkca yabancılara karşı politika izleyerek bununla bir siyasi tasarruf yapmaya çalışmasına rağmen şimdiye kadar buna karşı hiç bir adım atılmadı.

Bu faşist insiyatifin kuruluşunu öğrenen anti-faşistler hemen harekete geçerek insiyatifin kurucularının NPD'li faşistler olduğunu ortaya koydular. Anti-faşistlerin baskısı üzerine Hamburg SPD'li Eyalet İçişleri Bakanı Pawlezyk'te basına yaptığı açıklamalarda HLA'nın NPD tarafından kurulduğunu ve siyasi olarak onun yönlendirdiğini söylemek zorunda kaldı. Ama buna rağmen şimdiye değin ırkçı insiyatife karşı bir şey yapılmadı. Çeşitli anti-faşist örgütler ve KPD bu faşist insiyatifin yasaklanmasını talep ettikleri halde, devlet makamları gene kendi yolları izlemekte ve faşist insiyatifin biz yabancı işçi ve emekçilere karşı panzehirlerini dökmelerine imkân sağlamaktalar.

HLA adlı insiyatifin yönetim kurulu başkanı 1976-1978'e kadar NPD'nin eyalet başkanı olan H. J. Sabrautzki'dir Başkan yardımcısı hâlâ NPD eyalet başkanı yardımcısı olan Ulrich Harder ve NPD Gençlik Örgütü" Junge Nationaldemokraten"in üyesi Michael Anrejewski'dir. HLA Hakem Komisyonu'nda ise hâlâ NPD eyalet başkanı olan Immanuel Regehy bulunmaktadır. Onun yardımcıları olarak ise ANS faşist örgütü üyesi bulunan Christian Grabsch ve Ulrich Thadart seçildiler.

Bu listenin seçime katılması önlenilmeli ve İnsiyatifin faaliyetleri tamamen yasaklanmalıdır. Bunun için sadece formalite icabı bir iki göstermelik hukuki önlemin alınması yeterli değildir. Açıkca siyasi bir karar alınmalıdır. Hamburg Senatosu bu faşist insiyatife karşı net bir siyasi karar almaya zorlanmalıdır. 7 Mayıs'ta bu insiyatifin seçime katılması hakkının kesin olarak tanınması halinde, açıkca faşist ideolojinin desteklenmesi için adım atılmış olur.

SPD/FDP Hükümet Koalisyonu ve CDU/CSU tarafından biz yabancılara, özellikle Türkiyelilere karşı sürdürülen yabancı düşmanı propaganda (sertliği birbirinden farklı da olsa dahi) ve alınan kararlar faşistleri daha cesaretlendirmekte ve onların biz yabancılara karşı fiili saldırılara girişmesine bile ortam yaratmaktadır. Örneğin bir kaç gün önce Hamburg'un Bamberg semtinde 20'yi aşkın faşist zincir sopalı bir şekilde iki Türkiyeli gence saldırarak ağır bir şekilde yaralıyorlar.

Bonn'daki parti ve politikacılar yabancılara karşı sınırlayıcı önlemler almalarına ve yabancı düşmanlığının artmasına gerekçe olarak sözde "yabancıların sayılarının fazla olduğunu" sahte bir şekilde gösteriyorlar. Onlar bu tür manevralarla yabancı düşmanlığının gerçek nedenlerini örtbas etmek ve halkın dikkatlerini başta biz Türkiyeliler olmak üzere yabancıların üzerine çekmekteler.

Artan işsizliğin ve derinleşin ekonomik bunalımın gerçek kaynağının örtbas edilmesi için sahte sorumluların bulunması lazım! Bugün bunun sorumluları olarak yabancılar gösterilmekte, yabancıların işyerlerini ellerinden aldıkları, yabancı gençlerin Alman gençlerinin okul ve mesleki eğitimini vs. bloke ettikleri ileri sürülmekte ve böylece yerli ve yabancıların birliği bölünmeye çalışılmaktadır. Hakim sınıflar bu yolla halkın buhranın gerçek kaynağını görmelerini önlemek istemekteler. Yabancı düşmanlığı ile buhranın yükünün yerli ve yabancı halkın ve işçi sınıfının üzerine yıkılmasının ortamı oluşturulmaktadır. Kapitalistler ve onların Bonn'daki sözcüleri buhranın faturasını emekçi halka ödettirebilmek için hiç bir direnişle karşılaşmak istememekteler. Ancak bunu başarabilmek, yerli ve yabancılardan oluşan Batı Alman işçi sınıfının kendilerine karşı, sermayenin saldırılarına karşı birleşik mücadelesinin gelişmesini önlemek, yerli ve yabancı işçilerin kendi aralarında birbirlerini yemelerini sağlamak için yabancı düşmanlığını kışkırtmaktalar. Kısacası, hakim sınıflar ve onların Bonn'daki temsilcileri böl ve yönet taktiği temelinde hareket etmekteler.

Devletin bu yabancılara karşı izlediği bu politikadan güç alan faşist örgüt ve çeteler yabancı düşmanlığını daha da koyu bir şekilde kışkırtmakta, işçi ve emekçi halkta yabancı düşmanı eğilimleri körüklemekte, kısacası böylece hakim sınıflara iyi bir hizmeti sunmaktalar. Bunun içinde bir tarafta faşist ideolojinin propagandası devlet yardımları ile teşvik edilirken, öte yanda ise onların fiili saldırılarına göz yumulmakta ve faşist saldırganların eli kolu sallayarak dolanmalarına imkân sağlanmaktadır.

İşsizliğin artması ve bunalım giderek derinleşmesi halkta işyerini kaybetme ve geçimini sürdürme korkularını artırmaktadır. İşte bu durumda faşistlerin işçi sınıfının en zayıf halkasını oluşturan biz yabancılara karşı kışkırtmaya girişmelerinin ve bunun için de halkta destek görmelerinin zemini vardır. Onlar bu yolla bir taraftan yeni bir faşist diktatörlüğün kurulması için kitle tabanı oluştururken, öte yandan ise işçi sınıfının birliğini bölme açısından kapitalistlere hizmet etmekteler.

Bunun içindirki SPD'nin hükümet olduğu Hamburg'ta faşist HLA'ya karşı adım atılmamaktadır. Nitekim SPD'de sermayenin bir partisidir. Bunun içinde sermayenin çıkarına olan adımları kendiliğinden engellemek istememektedir. Ayrıca bugün NPD'nin ve onun yönetiği HLA'nın taleplerinin bazılarını SPD daha da yumuşak bir dille ileri sürmektedir.

Hamburg'ta belediye seçimlerine katılmak isteyen faşist insiyatif, gerçek yüzünü gizleyerek ve halkın duygularını sömürerek programında sinsice şöyle yazmakta: "Almanlar ve yabancılar 20 yıl boyunca her iki tarafında çıkarı temelinde dostca birlikte yaşadılar. Biz onların işgücü sayesinde ekonomimizi geliştirdik; onlarda ülkelerinde var olan işsizlikte kurtuldu ve burada bizim hayat standartımızda yer aldılar. Ama şimdi ilişkilerin olumsuz yanı ağır basmaktadır." Faşistlerin kendi gerçek yüzlerini gizlemek için başvurdukları bu düzenbazlığın açık anlamı şudur: defolun, şimdi size ihtiyacımız yok! Programlarında devamla "Henüz dosta ayrılmanın ortamı var. Fakat bunun için 10 yıl sonra geç olur" diyerek biz yabancıları tehdit etmelerine ve bu isteklerini bilakis fiili saldırılara bile dönüştürmelerine rağmen devlet yetkilileri onlara karşı hiç bir önlem almamakta ve bu faşist insiyatifi yasaklamamaktadır. Devlet bunları yasaklamak yerine yabancıları sınır dışı etmeye kalkışmaktadır.

Bunun için anti-faşistlerin önünde duran görev yabancı düşmanlığına karşı direnişin yükseltilmesi, yerli ve yabancıların birliğinin pekiştirilmesidir. Anti-faşistler şimdi bir taraftan HLA'ın seçime katılmasını önlemek için mücadeleyi yükseltmeleri gerekirken, öte yanda ise tüm faşist örgütlerin dağıtılması ve faşist düşüncelerin propagandasının yasaklanmasını talep etmelilerdir. Gerici kararlara karşı mücadelenin faşistleştirmeye karşı mücadelenin bir parçası olduğunu unutmayalım!. Öyleyse haydi iş başına!

Polis ırkçıların koruyuculuğunu yapıyor



BATI BERLİN. — (Halk Muhabiri) 16. 4.'de burada NPD tarafından bir "Yabancıları Durdurun Halk İnsiyatifi" kurulmak isteniyordu. Bunun için yapılacak toplantıda Bochum'dan NPD seçim adayı prof. Hagen-Prehl'de konuşacaktı.

Toplantının yapılacağı lokalin önünde yaklaşık olarak 120 anti-faşist toplandık. Polis 5 takviye arabası ile eylem yerine geldi!

Toplantının yapılmasını engelleyemedik, çünkü polis vahşice eyleme katılanlara saldırdı. (Onlar ilk önce koruma techizatları olmaksızın saldırıya geçtiler).

Ancak ortam buna rağmen çok iyidi. Biz, Naziler ve sempatizanları lokali terk edinceye kadar orada kaldık, ve onlar dışarı çıktıklarında hemen hemen hepsinin fotoğraflarını çekmeyi başardık....

Bu eyleme yabancı arkadaşlarda katıldılar. KJD (Alman Komünist Gençliği) gençlerden önce sabahleyin 1000 bildiriyi çevrede posta kutularına attı ve dağıttı. Bunun üzerine çevrede oturan halktan bir çok kişide protesto eylemine katıldı.

(„Polizeischutz für Rassisten")

KPD'nin 1 Mayıs toplantılarına katılalım!

BATI BERLİN: *30 Nisan, saat 19.30'da Hasenheidestr'deki Schultheiss'te.*
KÖLN: *30 Nisan, saat 19.30'da, Gaststätte "Mathildenhof"da, Mathildenstrasse, Köln-Deutz. Toplantıda* **KPD Başkanı Ernst Aust** *konuşuyor; programda "Zeitzünder" kabera grubu var.*
STUTTGART: *1 Mayıs, saat 16.00'da Turnhalle Kaltental'da, Fuchswaldweg 43.*
FRANKFURT: *1 Mayıs, saat 15.00'de Ostpark'ta. Toplantı'da konuşma yapılacak ve Rock well Golde işçilerinin mücadelesi anlatılacak.*

Diyarbakır Askeri Cezaevinde faşist katliam

Yakın geçmişte Kenan Evren faşist cuntası Kürt ve Türk halkı ve diğer azınlık halklar üzerindeki vahşice katliamlarına bir yenisi daha ekledi. Özellikle kürt halkı üzerinde azgınca bir terör estiren faşist cunta 20'yi aşkın insanı Diyarbakır Cezaevinde katletti.

Faşist cunta 12 Eylül 1980'de iktidarı ele geçirdiğinden bu yana Türkiye halkına karşı vahşice katliamlara girişmekte, Türkiye halkına karanlık günler yaşatmaktadır. O yönetime el koyduğundan beri işçi sınıfı ve emekçi halk üzerindeki sömürü ve katliamlarını kat kat artırdı, Kürt halkına karşı topyekün bir soykırıma girişti.

Gün geçmiyorki bugün Türkiye'de özgürlük isteyen, baskı sömürü ve zulme başkaldıran demokratlar, devrimciler komünistler sokak ortalarında, köylerde kurşuna dizilmemiş olsunlar. Sadece cunta iktidarı eline geçirdiğinden bu yana onlarca insan işkence hanelerde, hapishanelerde katledildi, onlarcası hakkında hiç bir savunmak hakkı olmadan ve mahkeme önüne çıkarılmadan idam kararları verildi, kurşuna dizildi...

Türk ve Kürt halkının özgürlük ve hak istemini kan ve vahşet saçarak boğmaya çalışan faşist çete şimdiye kadar yüzlerce demokrat, devrimciyi, komünisti, kısacası kendisine karşı olan herkesi yargıladı, bir çoğu hakkında idam kararları aldı.

Şimdiye kadar gözü dönmüşcesine işçi sınıfının kanı ve canı pahasına kazandığı haklara azgınca saldıran faşist generaller çetesi bir taraftan DİSK yöneticilerini savunmasız bırakarak yargılarken öte yandan ise sözümona tarafsızlığının ilanını yapmak için tutukladığı MHP'li faşist katilleri ard arda serbest bırakıyor, Cunta, devrimcilere ve komünistlere karşı uyguladığı aynı metodla DİSK Genel Başkanı Abdullah Baştürk'e kendilerinin hazırladığı ifadeyi imzalatmak için onu dar ağacına bile götürdüler.

Yönetime geldiğinden bu yana Kürt ulusu üzerinde kanlı operasyonlar düzenleyen, kadın çocuk genç yaşlı demeden herkesi süngüden geçiren faşist cunta bu katliamlarına şimdi bir yenisini daha ekledi. Yakın geçmişte Diyarbakır Askeri Cezaevinde tutuklulara karşı saldırıya geçen askeri bir birlik 20'yi aşkın insanı katletmiş ve bir çoğunu ise ağır şekilde yaralamıştır. Elimize ulaşan haberlere göre ölü sayısının daha yüksek olduğu belirtilmektedir.

Faşist Generaller halka ve devrimcilere karşı vahşice katliamlarına her geçen gün bir yenisini ekleyerek halkın özgürlük istemine süngüsüyle cevap vererek, acı sonunu biraz daha çabuklaştırıyor. Ama tarihte hiç bir güç şiddete başvurarak halkın haklı davasının önüne geçememiştir. Bunun için faşist generallerin saltanatıda geçicidir. Zafer er geç Türkiye halkının olacaktır.

(„Faschistisches Massaker im Militärgefägnis von Diyarbakır")

Türkiye'de 12 Mart 1971 askeri faşist diktatörlüğü döneminde idam edilen üç devrimcinin 10. ölüm yıldönümünde düzenlenen

İdamları protesto yürüyüşüne katılalım!

Yer: Köln-Ebertplatz
Tarih: 8 Mayıs 1982
Saat: 11.30'da
Düzenleyenler: Avrupa'da Halkın Kurtuluşu Sempatizanları